



Hermann de Boer

Die Kirche in Bewegung bringen

Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden,
Bewahrung der Schöpfung in Niedersachsen

Herausgegeben vom Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen

Hermann de Boer

Die Kirche in Bewegung bringen

Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden,
Bewahrung der Schöpfung in Niedersachsen

Herausgegeben vom Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation
evangelischer Kirchen in Niedersachsen

Impressum

Herausgeber: Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen

c/o Tobias Schäfer-Sell (Vorsitzender), Otto-Brenner-Str. 9, 30159 Hannover

Bildnachweis: WCC (Abb. 1,6), Baltruweit/Linz, Jesus Christus – das Leben der Welt (Abb. 3), Ev.-ref. Landeskirche Kanton Zürich (Abb. 4), Joanna Linden-Montes/WCC (Abb. 5), Susanne Ruge/HkD (Abb. 11), privat (Abb. 2, 8, 9, 12, 14–18)

Der Verfasser hat sich bemüht, alle Bildrechte einzuholen. Sollten dennoch Urheberrechte verletzt worden sein, sind die betroffenen Personen oder Institutionen gebeten, sich mit dem Verfasser oder dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.

Satz und Layout: D. Riedstra, 29320 Hermannsburg

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH Hannover

Auflage: 500 Stück

Ausgabe: Dezember 2020



Inhalt

Zum Geleit	4
Einleitung	6
Aufbrüche	9
Der Aufruf von Vancouver	14
Der Konziliare Prozess auf nationaler und internationaler Ebene	19
Das Ökumenische Netz in Niedersachsen	28
Anders leben lernen	34
Margarete Harms – eine Frau mit Zivilcourage	
Die Versammlungen 1988	38
Die Ökumenische Versammlung Niedersachsen	
Das Regionale Forum	40
Die niedersächsische Erklärung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990	43
Reaktionen auf die Niedersächsische Erklärung	47
Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess	51
Verfasste Kirche und Gruppen	58
Konziliarer Prozess und Gemeinde	62
Ökumenische Foren	67
Ökumenische Pilgerwege mit dem Fahrrad	78
Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens: Pilgerwege in Niedersachsen	84
Kirche des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung werden	87
Anhang	91
Veröffentlichungen des Arbeitskreises Konziliarer Prozess	
Veröffentlichungen des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen	92
Anmerkungen	93

Zum Geleit

Die Kirche in Bewegung bringen! Wirklich ein passender Titel für das Anliegen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Niedersachsen. Ein Titel, der Anspruch, Hoffnungen und Erfahrungen des Konziliaren Prozesses auf den Punkt bringt und hoffentlich viele Leserinnen und Leser neugierig macht auf die Lektüre dieses Buches.

Für diejenigen, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten mit und im Ökumenischen Netz in Niedersachsen unterwegs waren, bietet Hermann de Boer einen detailreichen Überblick über Anliegen, Ziele und Arbeitsweisen des Konziliaren Prozesses. Zahlreiche Weggefährtinnen und Weggefährten kommen zu Wort, und ihr Engagement zu spezifischen Themen und an konkreten Orten wird gewürdigt. Die Namen wecken Erinnerungen an Begegnungen und Gespräche und an gemeinsam Erlebtes. Die Freude über das, was gelingen konnte, aber auch die Frustration und die Trauer über das, was auch nicht gelungen ist und als mahnende Aufgabe bleibt, bestimmt die Lektüre.

Der Autor nimmt die vergangenen 50 Jahre ökumenischen Engagements in den Blick und zeichnet nach, wie die Themen und Anliegen des Ökumenischen Rates der Kirchen auch in Niedersachsen aufgenommen und weitergetragen wurden. Das Motto der ökumenischen Bewegung: *think globally and act locally* wird in seinen Ausführungen konkret. Herausforderungen im Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung werden beispielhaft in Erinnerung gerufen. Dies gilt für das Engagement der Kirchen zur Überwindung der Apartheid in Südafrika, für den Protest gegen atomare Aufrüstung in Deutschland und in Europa und natürlich für das Nein zur Atomenergie! Die Abschlussdokumente der Vollversammlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen wurden in den ökumenischen Netzwerken rezipiert und verstärkt. Das gilt auch für die Internationale Ökumenische Friedenskonvokation 2011 in Kingston, Jamaika oder die Umsetzung der Einladung zum Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens der Vollversammlung in Busan 2013. Immer ging es darum, für die Kirchen in Niedersachsen zu beschreiben, wie internationale Solidarität mit Geschwistern im globalen Süden zu gestalten sei.

Der Konziliare Prozess entwickelte seine Dynamik auch in der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und den Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACKN). Auf den Synoden der Landeskirchen wurde über die Themen und Anliegen des Konziliaren Prozesses diskutiert und gestritten, und Repräsentanten der Kirchenleitungen suchten das Gespräch mit den Sprechern und Sprecherinnen des Netzwerkes. Für alle, die sich hier engagierten, gab es viel zu entdecken und zu lernen: über die Rolle und Bedeutung von Basisgruppen, das ökumenisch motivierte Engagement von Gemeinden und Kirchenkreisen und die Gesprächsbereitschaft und Entscheidungskraft kirchenleitender Organe. Dabei zeigte sich, dass auf allen Ebenen das Engagement einzelner Frauen und Männer prägend war und die Anliegen im Interesse der Sache und in der Umsetzung konkret aufgenommen werden konnten. Dies gilt natür-

lich auch für den Autor selbst. Hermann de Boer hat als Gemeindepastor, Dozent in Falkenburg und als langjähriger Superintendent im Kirchenkreis Ronnenberg die Anliegen des Konziliaren Prozesses nie aus dem Blick verloren. Sein berufliches Engagement in der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers bot zahlreiche Möglichkeiten, die Anliegen, die für ihn Lebens- und Glaubens Themen geworden waren, authentisch vorzustellen und ins Gespräch zu bringen.

Es ist mir wichtig auch die geistliche Dimension des Konziliaren Prozesses in Niedersachsen zu thematisieren. Andachten, Lieder, Gebete und Segensworte haben die Treffen in den Netzwerken geprägt. Immer war deutlich, dass hier Menschen unterschiedlicher Herkunft und Prägung zueinander gefunden hatten, um gemeinsame Anliegen engagiert voranzutreiben. Neben engagierten Gemeindeleuten gab es auch immer friedensbewegte Frauen und Männer, die distanziert und kritisch auf die verfassten Kirchen schauten und dies auch formulierten. Oft war es notwendig und sinnvoll, in säkular verständlicher Sprache zu beschreiben, warum Christinnen und Christen gemeinsam mit vielen anderen unterwegs waren, um dem Frieden, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung eine Chance zu geben. Dies fand seinen Ausdruck auch in den Pilgerwegen und den Pilgerreisen, an die Hermann de Boer am Ende des Buches erinnert. Für den einen oder die andere ist das Engagement im Konziliaren Prozess auch zu einer spirituellen Lebensreise mit Höhen und Tiefen geworden.

Viele Frauen und Männer, die in diesem Buch genannt werden, schauen auf eine reiche Lebensgeschichte zurück. Von manchen haben wir uns verabschieden müssen. Wir denken an sie alle mit Respekt und Dankbarkeit. Die Anliegen des Konziliaren Prozesses und des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen sind auch heute aktuell und werden in den heute sinnvollen und möglichen Formen des Engagements weitergetragen. Dies gilt z.B. für den Schulterchluss mit den jungen Leuten der Fridays for Future-Bewegung, für das Engagement der Kirchen und Missionswerke gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, das zeigt sich auch an der kirchlichen Förderung von Friedensorten und dem Eintreten für Geflüchtete in Niedersachsen und weltweit.

Ich wünsche dem Buch viele Leser und Leserinnen aus unterschiedlichen Generationen – verbunden mit einem Dank für das große Engagement derer, die hier genannt sind, und einem Gruß an alle, die in unseren Kirchen und in der Zivilgesellschaft unterwegs sind als Botschafter und Botschafterinnen für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung!

Rainer Kiefer, Dezember 2020

Direktor

Evangelisches Missionswerk in Deutschland

Einleitung

Das Überleben der Menschheit und die Zukunft unseres Planeten stehen auf dem Spiel. Die Gefährdungen des Lebens haben völlig neue Dimensionen angenommen. Eine radikale Umkehr in der Wirtschaft, in der Politik und in unserer Lebensweise ist deshalb dringend notwendig. Diese Einsichten standen am Beginn einer Bewegung, die sich in den Kirchen seit den 1980er Jahren ausgebreitet hat. Die globale Krise zeigte sich in der weltwirtschaftlichen Ungerechtigkeit, die für Millionen von Menschen Armut und Hunger bedeutete, im atomaren Wettrüsten der Großmächte, das die Welt an den Rand eines Atomkriegs brachte, und in der Ausbeutung der Ressourcen der Erde, die alles der Gewinnoptimierung unterordnete. Im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung verdichtete sich die Vision, dass die Kirchen als eine gesellschaftliche Kraft gemeinsame und verbindliche Antworten auf die Überlebensfragen unserer Zeit finden und zu Veränderungen im Denken und Handeln beitragen.

Dieser Konziliare Prozess ist zu einem gemeinsamen Lernweg der christlichen Kirchen auf allen Ebenen geworden. Er hat ein breites Echo in Basisinitiativen und Gemeinden, mit etwas Verzögerung auch in den Kirchenleitungen gefunden. Ein weltweiter Höhepunkt war die Ökumenische Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul/Südkorea. Auf nationaler Ebene fanden 1988 Versammlungen von Kirchen und Basisinitiativen in Königstein und Stuttgart sowie in Magdeburg und Dresden statt. In Europa hat der Konziliare Prozess die Europäischen Ökumenischen Versammlungen in Basel 1989, Graz 1997 und Sibiu 2007 wesentlich beeinflusst.

Auch in Niedersachsen haben sich Gruppen, Gemeinden und Kirchen über Jahrzehnte aktiv am Konziliaren Prozess beteiligt. Diese Region steht im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Aufgezeigt werden soll, was die Menschen, die sich im Konziliaren Prozess in Niedersachsen engagiert haben, bewegt hat. Was erreicht werden konnte, welche Schwierigkeiten auftraten und was auch weiterhin nicht abgegolten ist.

Ergibt es Sinn, heute noch an den Konziliaren Prozess zu erinnern? Der Begriff ist weitgehend in Vergessenheit geraten und damit auch die großen Hoffnungen, die viele Christ*in-

**„Gerechtigkeit stark machen,
Frieden stiften,
die Schöpfung
bewahren – diese
Anliegen gehören zur Kirche,
wenn sie glaubwürdig
sein will.“¹**

nen mit diesem Prozess verbunden haben. Dietrich Bonhoeffers Ruf von 1934 nach einem „großen ökumenischen Konzil der Heiligen Kirche Christi“, das das Wort vom Frieden so sagt, dass die Welt es „zähneknirschend“ vernehmen muss und „die Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen [und Töchtern] im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet“² – dieser Ruf ist eine Vision geblieben. Das kraftvolle Friedenszeugnis, das die Welt zur Umkehr bewegen kann, ist auch durch den Konziliaren Prozess nicht erreicht worden. Viele der Gruppen, die diesen Prozess initiiert und vorangebracht haben, haben sich enttäuscht von der Kirche abgewandt oder sich anderen Themen zugewandt.

Die Situation in der Welt hat sich seit den 1980er Jahren grundlegend verändert. Geblieben aber ist, dass Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Kernthemen der Kirche sind, weil sich an ihnen die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten entscheidet. Geblieben ist, dass „die Zeit drängt“, wie Carl Friedrich von Weizsäcker es 1985 ausgedrückt hat. Heutige Bewegungen wie „Fridays for future“ mahnen angesichts des Klimawandels und seiner verheerenden Folgen: „Die Zeit läuft ab, jetzt kann man noch etwas tun, bald wird es zu spät sein.“ So sind wir – auch fast 40 Jahre nach dem Beginn des Konziliaren Prozesses – zurückgeworfen auf die alles entscheidende Frage: Was macht uns Hoffnung angesichts der Überlebenskrise unserer Welt? Ist die Rettung unserer Erde überhaupt noch möglich?

Vor diesem Hintergrund ergibt es Sinn, heute nach den Anfängen, dem Verlauf und den Wirkungen des Konziliaren Prozesses zu fragen. Erkenntnisse, zu denen dieser Prozess geführt hat, werden im Folgenden ausführlich wiedergegeben. So lässt sich der Fortgang des Prozesses und seiner Ergebnisse dokumentieren. Deutlich wird aber auch, dass viele dieser Erkenntnisse immer noch auf ihre Umsetzung in konkrete Praxis warten.

Ich selbst bin fast 40 Jahre lang beteiligt gewesen am Konziliaren Prozess in Niedersachsen: als Gemeindepastor, als Dozent am Lutherstift in Falkenburg, als Superintendent, als Mitglied des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen, als langjähriger Vorsitzender des Arbeitskreises Konziliarer Prozess der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und auch als Mitglied von Friedens-, Eine-Welt- und Tschernobyl-Gruppen. Meine Sicht des Konziliaren

**„Die Zeit drängt“,
Carl Friedrich
von Weizsäcker**

Prozesses ist also nicht die eines neutralen Beobachters, sondern die eines aktiv Beteiligten, denn für mich ist dieser Prozess ein Lebensthema geworden. Trotz mancher Enttäuschungen auf dem langsamen und mühevollen Weg bleiben für mich die Anliegen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung lebendig und unverzichtbar.

Völksen, November 2020
Hermann de Boer

Aufbrüche

Verarmung und Hunger als Folge des Weltwirtschaftssystems, Rassismus und Apartheid, die Bedrohung des Friedens durch Massenvernichtungsmittel, die rapide fortschreitende Zerstörung der Schöpfung – seit Beginn der 1970er Jahre wurde immer deutlicher, dass die Zukunft des Lebens auf dieser Erde bedroht ist. In der Bundesrepublik bildete sich eine Zivilgesellschaft heraus, in der informelle Bewegungen diese Themen aufgriffen und zu einem Faktor politischen Handelns wurden. Parallel dazu entstanden auch in den Kirchen Initiativgruppen, die zum entschlossenen Handeln drängten und die Lebensfragen auch als Fragen des Bekennens und des Kircheseins verstanden.

In den 1960er Jahren begannen kirchliche Jugendverbände, entwicklungspolitische Themen aufzugreifen und auf den Skandal hinzuweisen, dass Millionen von Menschen an Hunger sterben, während andere im Überfluss leben. Dritte-Welt-Gruppen entstanden in vielen Kirchengemeinden, die den ungerechten Welthandel zum Thema von Gottesdiensten und Aktionen machten. Mit dem Verkauf von Kaffee, Schokolade und Kunsthandwerk aus der „Dritten Welt“ begann sich die Idee des fairen Handels zunächst in den Kirchen auszubreiten. Aus dieser Bewegung entstand 1971 die „Aktion Dritte Welt Handel“. Die verkaufte Ware sollte nicht nur einen gerechten Lohn garantieren, sie wurde auch Gegenstand politischen Lernens. 1969 beschloss der Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“. Damit sollte ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass nach vielen ökumenischen Erklärungen gegen den Rassismus nun auch etwas dagegen getan werden müsse. Denn „der Rassismus ist kein unabänderlicher Wesenszug des Menschen. Ebenso wie die Sklaverei und andere gesellschaftliche Manifestationen menschlicher Sünde kann und muss er bekämpft werden.“⁴³ In dem Beschluss werden die Kirchen aufgerufen, „über Wohltätigkeit, Zuwendungen und die üblichen Programme hinaus zu sachgerechtem und opferbereitem Handeln zu finden, um damit menschenwürdige und gerechte Beziehungen der Menschen untereinander zu schaffen und einen radikalen Neuaufbau der Gesellschaft voranzutreiben. Ohne dass wirtschaftliche Mittel bereitgestellt werden, um damit die Neuverteilung der Macht auf ein festes Fundament zu stellen und kulturelle Eigenständigkeit sinnvoll zu machen, wird es in unserer Welt keine Gerechtigkeit geben.“⁴⁴



Abbildung 1.
Logo des Ökumenischen Rates
der Kirchen

Christliche Gruppen unterstützen das Anti-Rassismus-Programm des ÖRK

In dem Programm ging es um Rassismus allgemein in der Welt, besonders aber um die Überwindung der Apartheid in Südafrika. Ein Sonderfonds wurde als integraler Bestandteil des neuen Programms eingerichtet, aus dem Organisationen Gelder erhalten sollten, „die von unterdrückten Rassengruppen errichtet oder zur Unterstützung der Opfer von Rassendiskriminierung gebildet worden sind“, damit sie „in ihrem Kampf um wirtschaftliche, soziale und politische Gerechtigkeit unterstützt werden“.⁵

Heftig umstritten war dieses Programm vor allem wegen seiner finanziellen Unterstützung von Befreiungsgruppen im südlichen Afrika, die einen bewaffneten Kampf zur Befreiung ihrer Völker führten. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) kritisierte, dass Befreiungsbewegungen finanzielle Hilfe erhalten sollten, die zwar zweckgebunden für humanitäre Zwecke war, die entsprechende Verwendung der Mittel aber nicht nachgewiesen werden musste.⁶ Diese Kontroverse führte dazu, dass das Anti-Rassismus-Programm und der Sonderfonds vor allem von vielen christlichen Gruppen unterstützt wurde. Kirchenkreise nutzten ihre Partnerschaften, um Besuchergruppen aus Südafrika einzuladen. Nach der gewaltsamen Niederschlagung des Schüler- und Studentenaufstands in Soweto 1976 erklärte der Lutherische Weltbund auf seiner Tagung 1977 in Dar-es-Salaam, dass in Südafrika der „status confessionis“ gegeben sei. Der Reformierte Weltbund bewertete 1982 die theologisch-kirchliche Unterstützung der Apartheid als Häresie und suspendierte die Mitgliedschaft der weißen reformierten Kirchen im südlichen Afrika, die daran festhielten. Ab 1978 setzte sich die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland für wirtschaftlichen Druck auf Südafrika ein. Ihr Aufruf zum ‚Früchteboycott‘ wurde zu einer sehr erfolgreichen Aktion, die allerdings von den Kirchenleitungen als unangemessenes politisches Kampfmittel abgelehnt wurde.

In den 1970er Jahren wuchs der Protest gegen die atomare Rüstung in weiten Teilen der Erde. Zahllose regionale und örtliche Friedensinitiativen, darunter viele christliche Gruppierungen und Kirchengemeinden, engagierten sich gegen die wachsende Kriegsgefahr. 1976 fand in Hannover die erste Friedenswoche statt, 1980 stand sie bundesweit unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“. Zum Kristallisationspunkt der Friedensbewegung wurde der Nachrüstungsbeschluss der NATO von 1979, der besagte, dass die NATO Pershing II-Raketen und Marschflugkörper in Europa stationieren werde, falls die Sowjetunion ihre SS-20-Raketen nicht abbaute. Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1981 in Ham-

burg nahmen 90.000 Menschen unter dem Motto „Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle“ an der ersten großen Friedensdemonstration in Europa teil. 1981 erreichte die Friedensbewegung in der Bundesrepublik einen Höhepunkt mit der Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten mit 300.000 Teilnehmer*innen.

In den Kirchen wurde heftig über den Frieden und die Verantwortung der Kirche gestritten. In ihrer Friedensdenkschrift vom Herbst 1981 erklärte die EKD, dass „Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern, die von Christen geforderte Antwort [ist] auf den Frieden, den Gott in Jesus Christus verheißen hat.“⁴⁷ Sie hielt aber an der Geltung der „Heidelberger Thesen“ von 1959 fest: „Die Kirche muss auch heute ... die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen (vgl. Heidelberger These VIII).“⁴⁸ Ganz anders äußerte sich das Moderamen des Reformierten Bundes 1982 in seiner Erklärung zur „Friedensverantwortung der Kirche“: „Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der ‚status confessionis‘ gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht ... Den Massenvernichtungsmitteln gilt von Seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu GOTT dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses ‚Nein!‘, ein ‚Nein ohne jedes Ja.‘“⁴⁹ Bei den christlichen Friedensinitiativen fand diese Erklärung breite Zustimmung, auf dem Kirchentag 1983 in Hannover trugen die ‚lila Tücher‘ die Aufschrift „Die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu den Massenvernichtungsmitteln“. Die Erklärung des Reformierten Bundes ist teilweise scharf kritisiert worden, so etwa von der Kirchenleitung der VELKD: „Wir können dem Aufruf des reformierten Moderamens nicht zustimmen, politische Entscheidungen – selbst solche auf Leben und Tod – zu Bekenntnisfragen der Kirche zu erklären.“¹⁰

Schon 1972 rückte der Club of Rome mit der Veröffentlichung seines Berichts „Die Grenzen des Wachstums“ die dramatische ökologische Situation ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“¹¹ Eine breit gefächerte Ökologiebewegung entstand, die gegen die Luftverschmutzung und die Verseuchung der Meere, gegen Autoabgase, Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen kämpfte.

„Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle“

Schon bald richtete sich der Protest insbesondere gegen die zivile Nutzung der Atomenergie. 1977 bestimmte die niedersächsische Landesregierung Gorleben als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“. Gegen diese Pläne leisteten viele Gruppierungen Widerstand, der im Mai 1979 einen Höhepunkt fand im ‚Gorleben-Treck‘ mit einer abschließenden Großdemonstration in Hannover, an der rund 100.000 Menschen teilnahmen, darunter Tausende Bauern und Bäuerinnen aus dem Wendland mit ihren Treckern. Am Widerstand gegen ein atomares Endlager im Gorlebener Salzstock beteiligten sich auch viele Christ*innen. Mehrere Holzkreuze wurden auf Kreuzwegen nach Gorleben getragen. Seit 1989 werden an jedem Sonntag die „Gorlebener Gebete“ gefeiert.

Am 26. April 1986 kam es im Block IV des Kernkraftwerks von Tschernobyl in der Ukraine zur bislang größten Katastrophe der Atomindustrie. Eine Explosion zerstörte das Reaktorgehäuse, die Brennstäbe begannen zu schmelzen, und Radioaktivität entwich. Wieviel radio-



Abbildung 2. Gorlebener Gebet am 15. Oktober 2017

aktives Material in die Atmosphäre geschleudert wurde, lässt sich nur annähernd ermitteln. Man geht von mindestens sieben Tonnen aus. Damit war erstmals im Bereich der kommerziellen Nutzung der Atomenergie ein katastrophaler Unfall eingetreten.

Im Zuge des erwachenden ökologischen und entwicklungspolitischen Bewusstseins entstanden seit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik auch Gruppierungen, die für eine tiefgreifende Änderung des westlichen Lebensstils eintraten. Die Ökumenische Initiative Eine Welt (ÖIEW) verfolgte das Ziel, eine Lernbewegung für eine zukunftsfähige Lebensweise anzustoßen: „Wir beginnen zu begreifen, dass zur Mitverantwortung für die ganze Welt folgendes gehört: umweltgerecht leben, damit menschliches Leben auf der Erde fortbestehen kann; einfach leben, damit andere überhaupt leben können; solidarisch leben, damit in Zusammenarbeit mit anderen Gerechtigkeit verwirklicht wird, gesprächsbereit leben, damit Verständnis wachsen und Wahrheit sich durchsetzen kann.“¹²

Der Konziliare Prozess wäre nicht möglich gewesen ohne die fast unüberschaubare Zahl lokaler oder regionaler Gruppen, ohne bundes- und weltweit tätige Organisationen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einsetzten. Die Stärken dieser Initiativen waren ihre bunte Vielfalt, ihr Engagement, ihre christliche Motivation. In den verfassten Kirchen stießen sie häufig auf Ablehnung, aber sie erhielten wichtige Impulse durch die weltweite ökumenische Bewegung. Sie bildeten die ökumenische Basis, bei der die Impulse aus Vancouver auf fruchtbaren Boden fielen.

**„umweltgerecht leben,
damit menschliches
Leben auf der Erde
fortbestehen kann;
einfach leben, damit
andere überhaupt leben
können“**

„Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben.“

Der Aufruf von Vancouver

Bereits bei seiner Gründung 1948 in Amsterdam stand für den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) die Frage im Mittelpunkt, wie sich die Kirche zu den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen verhalten und wie sie ihre eigene Rolle definieren sollte. Unter dem Eindruck von zwei Weltkriegen formulierte die Versammlung das klare Bekenntnis: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“ In der Begründung wurde auf die „unterschiedslosen Zerstörungen“ verwiesen, die der moderne Krieg anrichtet. „Die herkömmliche Annahme, dass man für eine gerechte Sache einen gerechten Krieg mit rechten Waffen führen könne, ist unter solchen Umständen nicht mehr aufrecht zu erhalten.“¹³ Damit vollzog die ökumenische Bewegung einen Bruch zu früheren Äußerungen, wonach Kriege zur gefallenen Welt der Sünde gehörten und damit unvermeidlich seien.

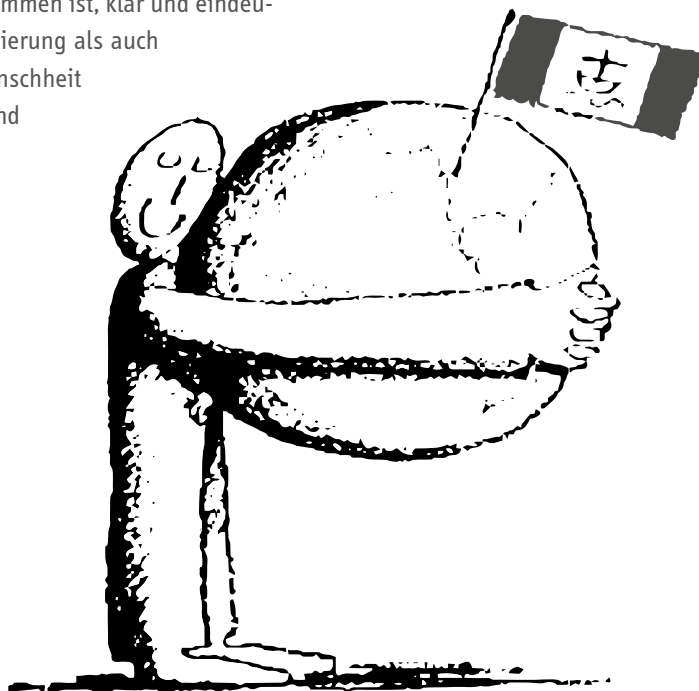
Seit der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft 1966 in Genf hat der ÖRK sein Erscheinungsbild gründlich verändert: Die Delegierten kamen jetzt zur Hälfte aus Ländern der Dritten Welt. Der Konferenzbericht bekennt sich zu einem Nuklearpazifismus: „Gegenseitiger nuklearer Selbstmord kann niemals Gerechtigkeit herstellen; denn er zerstört alles, was die Gerechtigkeit zu verteidigen oder zu erreichen wünscht. Wir sagen jetzt allen Regierungen und Völkern, dass der Atomkrieg gegen Gottes Willen und das Größte aller Übel ist.“¹⁴ Die 4. Vollversammlung des ÖRK 1968 in Uppsala vollzog eine bewusste Zuwendung zur Welt und stellte das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt: „Wir hören den Schrei derer, die sich nach Frieden sehnen. Die Hungernden und die Ausgebeuteten rufen nach Gerechtigkeit. Die Verachteten und Benachteiligten verlangen ihre Menschenwürde. Millionen suchen nach einem Sinn ihres Lebens. Gott hört diese Rufe und richtet uns. Er spricht aber auch das befreiende Wort. Wir hören ihn sagen: Ich gehe vor euch her ... Im Vertrauen auf Gottes erneuernde Kraft rufen wir euch auf: Beteiligt euch an dieser Vorwegnahme des Reiches Gottes, und lasst heute schon etwas von der Neuschöpfung sichtbar werden, die Christus an seinem Tag vollenden wird.“¹⁵ Auf der 5. Vollversammlung in Nairobi 1975 heißt es in einem Appell an die Kirchen zur Weltrüstungssituation: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutsame Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen.“¹⁶ Die-

sen Gedanken einer Selbstverpflichtung, ohne Rüstung leben zu wollen, haben vor allem christliche Gruppen der Friedensbewegung in Europa aufgegriffen. Auf seiner 6. Vollversammlung 1983 in Vancouver hat der ÖRK den Einsatz und den Besitz von Nuklearwaffen geächtet: „Wir glauben, dass für die Kirchen die Zeit gekommen ist, klar und eindeutig zu erklären, dass sowohl die Herstellung und Stationierung als auch der Einsatz von Kernwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellen und dass ein solches Vorgehen aus ethischer und theologischer Sicht verurteilt werden muss.“¹⁷

Seit der Vollversammlung in Nairobi kristallisierten sich neben der Verantwortung für den Frieden in der Welt Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit als wesentliche sozialetische Anliegen heraus. In Nairobi wurde ein Studienprogramm ins Leben gerufen, das die Grundlagen einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft entwickeln sollte als neues Paradigma der ökumenischen Sozialethik.

Die Kirchen in der DDR hatten in der Friedensfrage schon früh das Drängen Dietrich Bonhoeffers auf ein Friedenskonzil aufgegriffen. Bei der Tagung des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum und der ökumenischen Jugendkonferenz 1974 in Fanø/Dänemark hatte Bonhoeffer in einer Morgenandacht ausgeführt:

„Nur das eine große ökumenische Konzil der Heiligen Kirche Christi aus aller Welt kann es so sagen, dass die Welt zähneknirschend das Wort



*JESUS CHRISTUS • DAS LEBEN DER WELT
SECHSTE VOLLVERSAMMLUNG DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN
VANCOUVER • KANADA • 24. JULI -10. AUGUST • 1983*

Abbildung 3. Plakat der Vollversammlung des ÖRK, Vancouver 1986

**„Wir sollten uns
eindeutig zu diesem
Bund für
Gerechtigkeit und
Frieden verpflichten“.**

vom Frieden vernehmen muss und alle Völker froh werden, weil diese Kirche Christi ihren Söhnen im Namen Christi die Waffen aus der Hand nimmt und ihnen den Krieg verbietet und den Frieden Christi ausruft über die rasende Welt.“¹⁸

Für die 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983 schlug dann die DDR-Delegation ein gesamtchristliches Friedenskonzil vor. Es müsse „geprüft werden, ob die Zeit reif ist für ein allgemeines christliches Friedenskonzil, wie es Dietrich Bonhoeffer angesichts des drohenden Zweiten Weltkrieges vor fünfzig Jahren für geboten hielt.“¹⁹

Aus diesem Vorschlag wurde dann die Empfehlung der Fachgruppe 6 („Für Gerechtigkeit und Menschenwürde kämpfen“), die von der Vollversammlung bestätigt wurde:

- „a) Die Kirchen sollten auf allen Ebenen – Gemeinden, Diözesen und Synoden, Netzwerken christlicher Gruppen und Basisgemeinschaften – zusammen mit dem ÖRK in einem konziliaren Prozess zu einem Bund zusammenfinden:
- um Christus, das Leben der Welt, als den Herrn über die Götzen unserer Zeit zu bekennen, als den guten Hirten, der seinem Volk und der ganzen Schöpfung ‚Leben und Leben in seiner ganzen Fülle‘ bringt;
 - um den dämonischen Mächten des Todes zu widerstehen, die dem Rassismus, dem Sexismus, der Klassenherrschaft, der Unterdrückung der Kasten und dem Militarismus innewohnen;
 - um die Missstände in der Wirtschaftsordnung, der Wissenschaft und der Technologie zu verurteilen, die den Mächten und Gewalten gegen das Volk dienen.
- b) Wir sollten uns eindeutig zu diesem Bund für Gerechtigkeit und Frieden verpflichten, wie Delegierte aus Mittelamerika und aus den USA dies hier in Vancouver bereits getan haben, um damit ein Zeichen für den Widerstand gegen jede Form der Unterdrückung zu setzen und um auf dem Weg zu Frieden und Gerechtigkeit einen Schritt vorwärts zu kommen.

- c) Wir sollten die häretischen Kräfte verwerfen, die den Namen Christi oder die Bezeichnung ‚christlich‘ dazu missbrauchen, die Mächte des Todes zu rechtfertigen.“²⁰

Der ÖRK wurde aufgefordert, als Höhepunkt des verpflichtenden Prozesses in Kirchen und christlichen Netzwerken „ein ökumenisches Konzil für Leben, Gerechtigkeit und Frieden“ einzuberufen. In die Programmrichtlinien für den ÖRK wurde der Passus aufgenommen: „Gerechtigkeit, Frieden und das Wohl der ganzen Schöpfung sind untrennbar miteinander verknüpft. Heute Jesus Christus – das Leben der Welt – zu bekennen und nach diesem Bekenntnis in der Welt zu leben, schlägt sich nieder vor allem im Gebet und in Aktion und Reflexion für Frieden und Gerechtigkeit. Die Dringlichkeit der Lage macht erforderlich, dass wir mit allen zusammenarbeiten, die mit uns auf eine gerechte und friedliche Gesellschaftsordnung und das Wohl der ganzen Schöpfung hoffen, und vor allem mit denen, die sich in Wort und Tat den Mächten des Todes widersetzen.“²¹

Die Vollversammlung von Vancouver hat grundlegende Orientierungspunkte benannt, die für den Fortgang des Konziliaren Prozesses wegweisend geblieben sind:

- Die Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und dem Wohl der ganzen Schöpfung sind eng miteinander verflochten: „Bei den Friedens-, Gerechtigkeits- und Umweltfragen handelt es sich um ein Krisensyndrom. Auf dieses bis an die Wurzeln unserer Kultur gehende und die Zukunft des Lebens bedrohende Krisensyndrom muss die Weltchristenheit gemeinsam und in der höchsten Verbindlichkeit ihres Auftrags antworten.“²²
- In diesen Fragen geht es um das gemeinsame und verbindliche Bekenntnis in dieser Welt, um das Bekenntnis „Jesus Christus – das Leben der Welt“. Diese Fragen sind Bekenntnisfragen. Denn im Bekenntnis gehören nach der reformatorischen Tradition der Glaube und das aus ihm folgende Handeln zusammen. Anders die EKD 1982: „Fragen des innerweltlichen Überlebens, so wichtig sie sind, dürfen nicht mit Fragen des Glaubens verwechselt und zu Bekenntnisfragen gemacht werden.“²³
- Die Dringlichkeit der Lage macht das Zusammenwirken aller Sozialgestalten von Kirche erforderlich: Ortsgemeinden, Initiativ- oder Nachfolgegruppen, Regionalkirche

**Die Fragen von
Gerechtigkeit, Frieden
und dem Wohl
der ganzen
Schöpfung sind
eng miteinander
verflochten.**

Konziliarität ist eine Grundstruktur kirchlichen Lebens.

und weltweite Kirche machen sich in einem gemeinsamen Prozess auf den Weg, um eindeutige und verbindliche Antworten auf die Überlebensfragen unserer Zeit zu finden.

- Seit den 1970er Jahren spielt der Begriff ‚Konziliarität‘ in der ökumenischen Diskussion eine zentrale Rolle. Er wird als ein Prozess verstanden, den die Kirchen auf dem Weg zu voller Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst beschreiten. „Der Prozess, in dem Klarheit über die Schritte kirchlichen Bekenkens gewonnen wird, ist der Prozess der Konziliarität.“²⁴ Konziliarität ist eine Grundstruktur kirchlichen Lebens, ein Prozess kommunikativer Wahrheitsfindung mit dem Ziel, verbindliche Gemeinsamkeit herzustellen. „Konziliarität meint diejenige Lebensform der Kirche, in der Konfliktfähigkeit und Konsensbereitschaft nicht als einander ausschließende Alternativen gelten; als konziliar wird die Bereitschaft bezeichnet, durch den Konflikt hindurch und nicht an ihm vorbei Möglichkeiten gemeinsamen Sprechens und Handelns zu finden ... Konziliarität stellt sich nur her, wo der Mut zu eindeutigem Reden vorhanden ist und wo der Pflicht zu klaren und eindeutigen Positionsbestimmungen nicht um der Einheit der Kirche willen vorschnell ausgewichen wird.“²⁵
- Der ÖRK hat in Vancouver nicht von einem ‚Konzil,‘ sondern von einem ‚konziliaren Prozess‘ gesprochen. Der Grund liegt nicht nur in den Bedenken der römisch-katholischen Kirche und der orthodoxen Kirchen, für die der Begriff des Konzils rechtlich eng gefasst ist. Betont wird vielmehr das gemeinsame Unterwegssein.

Der Konziliare Prozess auf nationaler und internationaler Ebene

Nach der Vollversammlung in Vancouver vergingen fast zwei Jahre, ohne dass vom ÖRK konkrete Hinweise gegeben wurden, wie der konziliare Prozess praktisch gestaltet werden sollte. Offensichtlich war „der Genfer Stab auf die Beschlüsse von Vancouver nicht vorbereitet“²⁶ gewesen. Dabei hatte sich die bedrohliche Lage in der Welt weiter verschärft. „Die Raketen, deren Aufstellung in Europa, ‚Nachrüstung‘ genannt, man hatte verhindern wollen, rollten in ihre Arsenale. Das Baumsterben, Zeichen der Vergewaltigung der Natur durch rücksichtslosen Einsatz von Technik, machte Schlagzeilen. Die Verzweiflung angesichts von Verarmung, Verschuldung und Hunger in den Ländern der Dritten Welt wuchs. Die Flüchtlingsströme in Afrika, Asien, Lateinamerika, aber auch Europa schwemmten Millionen Menschen aus ihrer Heimat in Nachbarländer, oft in andere Erdteile. Die kleinen Kriege in den Regionen, Aufstände, Befreiungs- und Unterdrückungskämpfe forderten weiter Blut, bedrückten Menschen oder ließen sie gänzlich verschwinden. Hatten die Kirchen eine Chance, diesen Lauf zu wenden? Wenn ja, warum traten sie nicht an? ... Hatten sie Vancouver nicht zur Kenntnis genommen, oder wollten sie dem Aufruf nicht folgen?“²⁷

In dieser Situation setzte der 21. Deutsche Evangelische Kirchentag 1985 in Düsseldorf ein wichtiges Zeichen. Der Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker rief in einer Veranstaltung mit rund 16.000 Teilnehmer*innen zu einem ökumenischen Friedenskonzil auf:

„Wir bitten die Kirchen der Welt, ein Konzil des Friedens zu berufen. Der Friede ist heute Bedingung des Überlebens der Menschheit. Er ist nicht gesichert. Auf einem Ökumenischen Konzil, das um des Friedens willen berufen wird, müssen die christlichen Kirchen in gemeinsamer Verantwortung ein Wort sagen, das die Menschheit nicht überhören kann. Die

„Wir bitten die Kirchen der Welt, ein Konzil des Friedens zu berufen.“

**„ein Ereignis,
das es seit den Tagen
der Reformation nicht
mehr gegeben hat“**

Zeit drängt. Wir bitten die Kirchenleitungen, alles zu tun, damit das Konzil so rasch wie möglich zusammentritt. Wir bitten die Gemeinden, dem Aufruf zu einem Konzil durch ihre ausdrückliche Unterstützung Kraft zu verleihen.“²⁸

Weizsäckers Aufruf, vom Kirchentag verabschiedet, fand ein beachtliches Echo. Innerhalb weniger Wochen gingen bei der Kirchentagsleitung mehr als 60.000 Zustimmungserklärungen ein, von Einzelnen, Gemeinden und Gruppen. Allerdings blieb unklar, wer das Konzil einberufen sollte. Auf Widerspruch stieß auch der Begriff ‚Konzil‘. „Nach dem Selbstverständnis der orthodoxen und der römisch-katholischen Kirchen können in einem Konzil nur Kirchen zusammenkommen, die in voller, also auch eucharistischer Gemeinschaft leben. Und auch die Zusammensetzung eines solchen Konzils ist genau festgelegt: Die Bischöfe versammeln sich dort.“²⁹

Die Synode der EKD wie auch weitere Synoden unterstützten den Aufruf von Düsseldorf. Im Dezember 1986 bat der Rat der EKD die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), zu einem Forum der Kirchen in der Bundesrepublik zu den Themen des konziliaren Prozesses einzuladen. Im Mai 1987 sprach die Mitgliederversammlung der ACK die Einladung zum Forum für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aus. Anliegen dieses Forums sollte es sein, „die biblisch-theologischen, die geistlichen und ethischen Aspekte des Themas zu entfalten“.³⁰ Alle teilnehmenden Kirchen sollten nach einem festgelegten Schlüssel Delegierte entsenden, je 40 aus der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz, weitere 40 aus den übrigen Kirchen. Das Forum traf sich 1988 in zwei Abschnitten in Königstein (Taunus) und Stuttgart. Am 22. Oktober 1988 wurde – nach intensiven und kontroversen Debatten – die Erklärung von Stuttgart „Gottes Gaben – unsere Aufgabe“ einmütig verabschiedet. Die Veranstalter sahen darin „ein Ereignis, das es seit den Tagen der Reformation nicht mehr gegeben hat“.³¹ Die ökumenische Basisbewegung war an den Foren nicht beteiligt worden. Sie organisierte aber in Königstein wie in Stuttgart ein umfangreiches Begleitprogramm mit Pilgerwegen, Gebetsketten und thematischen Veranstaltungen. Auf diese Weise konnten Berührungspunkte zwischen der Basisbewegung und den verfassten Kirchen abgebaut werden. Vor allem mit seinen spirituellen Elementen und Aktionen hat das Begleitprogramm wesentlich zum Gelingen des Forums beigetragen.

In der DDR lud die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR 1987 zu einer Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ein, die dann 1988/89 in Dresden, Magdeburg und nochmals Dresden stattfand. Mit dem Aufruf „Eine Hoffnung lernt gehen“ hatte sie sich an die Gemeinden gewandt, sich mit Vorschlägen an der Vorbereitung der Versammlung zu beteiligen, woraufhin etwa 10.000 Gemeindeglieder wie auch Kirchenferne schriftliche Vorschläge einsandten. Auf der dritten Vollversammlung in Dresden im April 1989 wurde ein Wort verabschiedet, das angesichts der friedlichen Revolution historische Bedeutung bekam. Darin heißt es:

„Eine Hoffnung lernt gehen“

„Wir haben versucht, die Herausforderungen unserer Zeit vom Evangelium her zu bedenken. Wir haben erkannt: der biblische Ruf zur Umkehr trifft uns heute neu. Unsere Arbeit in der Ökumenischen Versammlung mündet in drei wichtige Einsichten, die uns binden und verpflichten:

- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen;
- wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen;
- wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Leben auf dieser Erde zu schützen und zu fördern.“³²

Im Rückblick erscheint an der Ökumenischen Versammlung bemerkenswert, „dass sich hier die Kirchen mit einem zivilgesellschaftlichen Aufbruch verbündeten“.³³ Kirchen und gesellschaftskritische Gruppen beteiligten sich gemeinsam an einem offenen Gesprächsprozess. So hatte die Versammlung „ihren Ort im Übergang, im Transferraum zwischen Kirche und Politik. Sie hat vielen, die sich dann politisch engagierten, wichtige inhaltliche Impulse vermittelt.“³⁴

Vom 15.–21. Mai 1989 fand in Basel unter dem Motto „Frieden in Gerechtigkeit“ die Europäische Ökumenische Versammlung statt, veranstaltet von der Konferenz Europäischer



Abbildung 4.
Logo der Europäischen
Ökumenischen Versammlung
in Basel 1989

Kirchen (KEK) und dem katholischen Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE). Zum ersten Mal seit 450 Jahren versammelten sich die Kirchen Europas, und zwar aus Verantwortung für die bedrohte Welt. „Gemeinsam suchten protestantische, anglikanische, katholische und orthodoxe Christen nach zukunftsorientierten Worten und Taten, um ein verpflichtendes und zukunftsfähiges Zeugnis für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung abzulegen.“³⁵ Beteiligt waren neben den Delegierten auch die verschiedensten Bewegungen und Initiativen, die im Rahmen der „Zukunftswerkstatt Europa“ ihr vielfältiges Engagement vorstellten. Die Versammlung fiel zudem in die Zeit gravierender politischer und gesellschaftlicher Veränderungen in Ost- und Mitteleuropa. Damit fand die Versammlung „in einem echten Kairos“³⁶ statt.

Kern des Schlussdokuments, das einstimmig verabschiedet wurde, ist Gottes Ruf zur Umkehr, die allein den Zugang zum Leben eröffnet. „Gottes Vergebung zu suchen, heißt, dem Ruf zur Umkehr Folge zu leisten. Umkehr zu Gott bedeutet mehr als ein bloßes Annehmen der Vergebung. Umkehr bedeutet Veränderung des Herzens, der Einstellung und der Geisteshaltung. Unsere Umkehr zu Gott fordert, dass wir uns aktiv Gottes Gerechtigkeit zuwenden, Gottes Schalom annehmen und in Harmonie mit der ganzen Schöpfung Gottes leben.“³⁷



Abbildung 5.
Weltversammlung
des ÖRK, Seoul 1990

Diese Umkehr schließt ein, „den Mächten der Zerstörung und des Todes (zu) widerstehen“: „Jeder Mensch, unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nation und Sprache trägt Gottes Bild in sich und ist darum gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft ... Armut und Hunger sind ein Skandal, der uns nicht ruhen lassen darf ... Der Krieg als Mittel zur Lösung von Konflikten muß überwunden werden. Wir werden, jeder in seinem Lande, alles daransetzen, dass die Vision gemeinsamer Sicherheit verwirklicht werden kann ... Laßt uns der Illusion den Kampf ansagen, dass der Ausbeutung der Natur keine Grenzen gesetzt sind. Der friedliche Umgang mit der Natur setzt die Absage an lebensbedrohende Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft voraus ... Von uns allen ist ein radikal veränderter, einfacher Lebensstil gefordert.“³⁸

Auf der Basler Versammlung ist deutlich geworden, dass die umfassende Gefährdung des Lebens alle Kirchen in gleicher Weise betrifft und sie herausfordert, gemeinsame Antworten zu geben. So wurde im Schlussdokument die Einheit der Kirchen als der universale Leib Christi betont, ohne den Schmerz über das, was sie weiterhin trennt, auszuklammern: „Durch die Taufe und die Antwort des Glaubens auf das Hören von Gottes Wort sind wir Christen bereits eins in Christus, auch wenn wir noch nicht in voller Gemeinschaft leben. Um diese zu erreichen, suchen wir die in Lehre und Praxis noch bestehenden Unterschiede zu überwinden. In diesem Streben halten wir uns an die Vision einer Gemeinschaft, in der die verschiedenen Traditionen nicht mehr Anlass der Trennung, sondern der gegenseitigen Bereicherung sind.“ Da alle Kirchen den Weg zu dieser Gemeinschaft zusammen gehen müssten, werde die Trennung am Tisch des Herrn „besonders schmerzlich“ empfunden, „denn dort empfangen und feiern wir den neuen Bund, der gleichzeitig der Bund der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung ist“.³⁹

Ungleich schwieriger gestalteten sich die Vorbereitung und Durchführung der Weltversammlung vom 6. bis 12. März 1990 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, zu der der ÖRK im Rahmen des in Vancouver beschlossenen konziliaren Prozesses eingeladen hatte. Sie „markiert eine wichtige Etappe auf dem Weg zu gemeinsamen und verbindlichen Erklärungen und Aktionen zu den dringenden Fragen des Überlebens der Menschheit“⁴⁰, so der Zentralausschuss des ÖRK. Bereits im Vorfeld wurde deutlich, dass der ÖRK den konziliaren Prozess und die Vorbereitung der Weltversammlung nur halbherzig vorangetrieben hatte.

**„Jeder Mensch,
unabhängig von
Geschlecht, Rasse,
Nation und Sprache trägt
Gottes Bild in sich.“**

**„Wir bekräftigen,
dass Gott auf der Seite
der Armen steht.“**

Eines der größten Probleme der Vorbereitung war die Mitwirkung der römisch-katholischen Kirche. Der Vatikan lehnte es aus ekklesiologischen Gründen ab, Mitveranstalter der Versammlung zu sein. Wenige Monate vor der Versammlung wurde auch die offizielle Beteiligung der römisch-katholischen Kirche durch stimmberechtigte Delegierte abgesagt, so dass lediglich Beobachter entsandt wurden.

Während der Weltversammlung zeigte sich, dass die Bedrohungen des (Über-)Lebens derart unterschiedlich beurteilt wurden, dass es nicht gelang, sich auf eine globale Analyse zu einigen. Zu unterschiedlich war die jeweilige Sicht der Delegierten aus den verschiedenen Weltregionen. So kam es etwa zu Spannungen, weil viele Delegierte des Südens die weltweite Ungerechtigkeit als die zentrale Frage ansahen, Delegierte des Nordens dagegen die Probleme der Umweltzerstörung. Der erste Teil des Schlussdokuments konnte daher im Plenum nicht behandelt und abgestimmt werden. Dies lag auch an dem enormen Zeitdruck, unter dem die gesamte Versammlung gelitten hat.

Verabschiedet wurden mit überwältigender Mehrheit zehn Grundüberzeugungen („affirmations“) zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung:

- „I. Wir bekräftigen, dass alle Ausübung von Macht vor Gott verantwortet werden muß.
- II. Wir bekräftigen, dass Gott auf der Seite der Armen steht.
- III. Wir bekräftigen, dass alle Rassen und Völker gleichwertig sind.
- IV. Wir bekräftigen, dass Mann und Frau nach dem Bilde Gottes geschaffen sind.
- V. Wir bekräftigen, dass Wahrheit zur Grundlage einer Gemeinschaft freier Menschen gehört.
- VI. Wir bekräftigen den Frieden Jesu Christi.
- VII. Wir bekräftigen, dass Gott die Schöpfung liebt.
- VIII. Wir bekräftigen, dass die Erde Gott gehört.
- IX. Wir bekräftigen die Würde und das Engagement der jüngeren Generation.
- X. Wir bekräftigen, dass die Menschenrechte von Gott gegeben sind.“⁴¹

Alle Grundüberzeugungen sind jeweils nach dem Muster „Wir bekräftigen, wir widerstehen,

wir verpflichten uns“ weiter ausgeführt. Sie sind – nach dem theologischen Konzept der Weltversammlung – die gemeinsame Antwort auf Gottes Bund. Wir Menschen antworten auf die fortbestehende Bundestreue Gottes, indem wir gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung eintreten. Die Solidarität des Bundes verpflichtet uns zu gemeinsamem Handeln und Eintreten

- „für eine gerechte Wirtschaftsordnung und für die Befreiung von der Last der Auslandsschulden;
- für wirkliche Sicherheit aller Staaten und Völker und für eine Kultur der Gewaltlosigkeit;
- für die Erhaltung der Erdatmosphäre und für die Entwicklung einer Kultur, die es erlaubt, in Harmonie mit der ganzen Schöpfung zu leben;
- für die Abschaffung von Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen und im Interesse aller Menschen, und für den Abbau von Verhaltensmustern, die die Sünde des Rassismus fortsetzen.“⁴²

Die Weltversammlung in Seoul konnte die hohen Erwartungen zweifellos nicht erfüllen. Dem Norden und dem Süden gelang es nicht, zu einer gemeinsamen Sprache finden, die den Herausforderungen der Zeit gerecht wurde. Der zugrunde gelegte theologische Gedanke von der Erneuerung des Bundes mit Gott, die in einzelnen „Bundesschlüssen“ zu politischen Konkretionen führt, hat sich nur bedingt als tragfähig erwiesen. Die Ergebnisse der Weltversammlung haben besonders diejenigen, die sich im Konziliaren engagiert hatten, enttäuscht. Für Carl Friedrich von Weizsäcker, der an der Weltversammlung teilgenommen hatte, war sie „ein Schritt auf einem Weg, der noch nicht zu Ende gegangen ist“.⁴³

Nach der Weltversammlung in Seoul wurden zentrale Aspekte des Konziliaren Prozesses auf unterschiedliche Weise aufgegriffen und weitergeführt. Auf dem Hintergrund der fortschreitenden ökonomischen Globalisierung begann ein ökumenischer Prozess für „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“. Der Lutherische Weltbund prangerte auf seiner Vollversammlung 2003 in Winnipeg/Kanada die wirtschaftliche Ungerechtigkeit mit scharfen

„Die Solidarität des Bundes verpflichtet uns zu gemeinsamem Handeln.“

„Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“

Worten an: „In unseren vielfältigen Lebenssituationen sind wir alle mit denselben negativen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik konfrontiert, die zu wachsender Not, vermehrtem Leid und größerem Unrecht in unseren Gemeinschaften führen. Als Communio müssen wir der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung so begegnen, dass wir dieser Realität und ihren Auswirkungen Widerstand entgegensetzen, sie grundlegend umwandeln und verändern. Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügelm Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienst. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet wird.“⁴⁴

Der Reformierte Weltbund formulierte 2004 in Accra/Ghana ein Bekenntnis, in dem es u.a. heißt: „(16) Wir glauben, dass die Integrität unseres Gottesglaubens auf dem Spiel steht, wenn wir uns gegenüber dem heute geltenden System der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung ausschweigen oder untätig verhalten ... (19) Darum sagen wir Nein zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird. Nein aber auch zu allen anderen Wirtschaftssystemen – einschließlich der Modelle absoluter Planwirtschaft - , die Gottes Bund verachten, indem sie die Notleidenden, die Schwächeren und die Schöpfung in ihrer Ganzheit der Fülle des Lebens berauben.“⁴⁵

Während sich die Kirchen in Deutschland äußerst schwertaten, diese klaren Positionen zur Frage weltweiter Gerechtigkeit aufzugreifen, fand eine andere Initiative des ÖRK breite Zustimmung. 1998 beschloss die 8. Vollversammlung des ÖRK in Harare/Simbabwe, für die Jahre 2001 bis 2010 eine „Dekade zur Überwindung der Gewalt“ ins Leben zu rufen. Der Zentralkomitee des ÖRK formulierte in einem Rahmenkonzept die Ziele der Dekade, „um die Friedensschaffung vom Rand in das Zentrum des Lebens und Zeugnisses der Kirche zu bringen:

- Ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem breiten Spektrum von direkter und struktureller Gewalt zu Hause, in Gemeinschaften und auf internationaler Ebene, und Lernen von lokalen und regionalen Analysen der Gewalt und Wegen zu ihrer Überwindung;
- Aufforderung an die Kirchen, Geist, Logik und Ausübung von Gewalt zu überwinden, auf jede theologische Rechtfertigung von Gewalt zu verzichten und erneut die Spiritualität von Versöhnung und aktiver Gewaltlosigkeit zu bekräftigen;
- Gewinnung eines neuen Verständnisses von Sicherheit im Sinne von Zusammenarbeit und Gemeinschaft statt Herrschaft und Konkurrenz;
- Lernen von der Spiritualität Andersgläubiger und ihren Möglichkeiten, Frieden zu schaffen, Zusammenarbeit mit Gemeinschaften Andersgläubiger bei der Suche nach Frieden und Aufforderung an die Kirchen, sich mit dem Missbrauch religiöser und ethnischer Identität in pluralistischen Gesellschaften auseinanderzusetzen;
- Protest gegen die zunehmende Militarisierung unserer Welt und insbesondere gegen die Verbreitung von Feuer- und Handfeuerwaffen.⁴⁶

Zum Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt fand im Mai 2011 eine Ökumenische Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika statt unter dem Motto „Ehre sei Gott und Friede auf Erden“. Die rund 1.000 Kirchenvertreter*innen beschlossen einen ökumenischen Aufruf, in dem sie sich für das Leitmotiv des gerechten Friedens als neuem Paradigma für Friedenstheologie und Friedensethik einsetzten: „Als Mitglieder der Gemeinschaft, die Christus als Verkörperung des Friedens verkündet, folgen wir dem Aufruf, die göttliche Gabe des Friedens in gegenwärtige Kontexte von Gewalt und Konflikt hineinzubringen. So begeben wir uns auf den Weg des gerechten Friedens; er fordert von uns die Bemühung, das Ziel zu erreichen, wie die Bereitschaft, auf dem Weg zu bleiben. Wir laden Menschen aller Weltanschauungen und religiösen Traditionen ein, sich auf das Ziel einzulassen und sich gemeinsam auf den Weg zu machen. Gerechter Friede verlangt von uns allen, dass wir ihn mit unserem Leben bezeugen.“⁴⁷



Logo der Dekade/ÖRK

Das Ökumenische Netz in Niedersachsen

Den Aufruf zu einem Konziliaren Prozess haben zunächst vor allem Gruppen und Initiativen an der Basis der Kirchen aufgegriffen. Im Anschluss an die 6. Vollversammlung des ÖRK in Vancouver kamen 1984 im Lutherstift in Falkenburg und in Stade unterschiedliche Gruppen aus Niedersachsen wie die „Ökumenische Geschwisterschaft“, das Netz für Frieden und Gerechtigkeit im Elbe-Weser-Dreieck, die „Ökumenische Werkstatt“ sowie Friedens-, Dritte-Welt- und Umweltgruppen zusammen, um gemeinsam zu überlegen, wie sie die Ergebnisse von Vancouver aufgreifen und umsetzen könnten. So entstand die „Initiative für ein Ökumenisches Netz in Niedersachsen“. Wesentlichen Anteil daran hatte Johanna Linz, eine der Delegierten in Vancouver. Sie schrieb in einem Aufruf zur Mitarbeit: „Wir wollen ein Forum der Verknüpfung sein, ein Kontaktnetz für alle in dieser Richtung engagierten Gruppen, die als soziale Gestalt von Kirche miteinander leben und handeln wollen. Wir wollen einen gemeinsamen Weg des Austausches, der Information, der Stärkung und Ermutigung, des gemeinsamen Feierns und Tuns, der die Selbständigkeit der Gruppen nicht behindert.“⁴⁸

Vorbild war das Pfingsten 1983 gegründete „Ökumenische Netz in Baden“, das die großen Lebensfragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung „zugleich als Fragen des Glaubens, des Bekenntnisses zu Jesus Christus, des Kircheseins und als politische“⁴⁹ verstand.

Aus der niedersächsischen Initiative wurde nach dem Treffen im Februar 1985 in Hannover-Wettbergen das „Ökumenische Netz in Niedersachsen“ (ÖNN). Auf dem Netztreffen im Oktober 1985 in der Willehadi-Gemeinde in Garbsen wurde mit der Wahl eines Sprecherrates eine lose Struktur geschaffen. Die wichtigsten Zusammenkünfte sollten künftig zwei Netztreffen im Jahr sein, jeweils an einem Wochenende an unterschiedlichen Orten Niedersachsens.

Vorträge und Berichte von den Netztreffen, weiterführende Informationen und Aktionen wurden den Mitgliedern über einen „Netzbrief“ mitgeteilt. In den Jahren 1985 bis 2010 er-



Abbildung 7.
Einladung zum Netztreffen
in Bentierode 2001

schiene 43 Ausgaben des Netzbriefes, die jeweils an die Mitglieder des ÖNN und an weitere Interessierte versandt wurden.

Das Ökumenische Netz sollte keine zusätzliche Gruppe, auch kein organisatorischer Dachverband sein, sondern dem Austausch von Erfahrungen, der Planung gemeinsamer Vorhaben und der gegenseitigen Ermutigung dienen. „Das Ökumenische Netz möchte Gruppen und Einzelne sammeln, die an der Hoffnung festhalten: Eine lebendige Kirche kann ein Instrument Gottes sein, in dieser Welt Frieden, Gerechtigkeit und Fülle des Lebens zu erneuern und zu bewahren.“⁵⁰ Eine vordringliche Aufgabe sahen die Gruppen darin, die von der Vollversammlung in Vancouver geforderte „Verbindung von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung stärker als bisher bewusst zu machen und in die kirchliche Friedens- und Dritte-Welt-Arbeit einzubringen“.⁵¹

Von Anfang an arbeiteten im Ökumenischen Netz sowohl Basisgruppen als auch engagierte Christ*innen mit. Sie miteinander zu vernetzen, hatte das Ziel, ausgehend von örtlichen und regionalen Erfahrungen aktuelle Herausforderungen der Gerechtigkeit, des Friedens

**„Eine lebendige Kirche
kann ein Instrument
Gottes sein“.**



Abbildung 8.
Mahngang in Bergen-Belsen 1990

**„Der Konziliare Prozess
in Niedersachsen wäre
nicht so weit
vorangekommen ohne
das ÖNN.“**

und der Bewahrung der Schöpfung aufzugreifen, gemeinsame Positionen zu erarbeiten und sie in die Kirchen und in die Öffentlichkeit einzubringen. Zugleich gab das Ökumenische Netz Gruppen wie Einzelnen eine Stimme in der Kirche, die ohne diese Vernetzung kaum gehört worden wäre. Im Laufe der Jahre ist die Zahl der Gruppen, die im Ökumenischen Netz mitarbeiteten, immer stärker zurückgegangen. Das ÖNN trug dem Rechnung, indem es sich schließlich nicht mehr als ein Netz von Gruppen verstand, sondern als ein Zusammenschluss von Einzelnen, die sich an ihren Orten in unterschiedlichen Gruppen engagierten.

Während der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Seoul im März 1990 hat das ÖNN zu einem „Hoffnungsweg in Niedersachsen“ aufgerufen. Der Hoffnungsweg sollte den weltweiten konziliaren Prozess unterstützen und auf die Orte in der näheren Umgebung aufmerksam machen, an denen die eigene Verstrickung in Ungerechtigkeit, Unfrieden und die Zerstörung der Schöpfung sichtbar wird. Zahlreiche Initiativen und Gemeinden haben sich mit Gottesdiensten und Veranstaltungen an diesem Hoffnungsweg beteiligt. Den Abschluss bildete ein Mahngang mit dem Aachener Friedenskreuz auf dem Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Aus Anlass des 50. Jahrestages des Einmarsches deutscher Truppen in die Sowjetunion hat das ÖNN am 22. Juni 1991 einen „Hoffnungsweg“ veranstaltet, der von Bremervörde zum ehemaligen Kriegsgefangenenlager in Sandbostel führte. Das „Stalag X B“ durchliefen bis zur Befreiung am 29. April 1945 mehrere hunderttausend Gefangene aus der Sowjetunion und anderen europäischen Ländern. Tausende von ihnen starben an Hunger und Krankheiten. Die Teilnehmer*innen des Hoffnungsweges forderten die Errichtung einer Gedenk- und Dokumentationsstätte, aber es dauerte weitere 22 Jahre, bis an diesem Ort am 29. April 2013 die Gedenkstätte Lager Sandbostel eröffnet wurde.

Der Konziliare Prozess ist für das Ökumenische Netz in Niedersachsen ein zentrales Anliegen geblieben. „Der Konziliare Prozess in Niedersachsen wäre nicht so weit vorangekommen ohne das ÖNN. Das ÖNN wäre nicht, was es ist, ohne den Konziliaren Prozess. Das ÖNN hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Konziliare Prozess in den Kirchen, Gemeinden und Gruppen in Niedersachsen Fuß fassen konnte. Viele Initiativen gingen vom ÖNN aus oder wurden durch das ÖNN verstärkt.“⁵²

Eine ständige „Arbeitsgruppe Konziliarer Prozess“ im ÖNN ist bereits 1989 gegründet worden und hat sich im Laufe der Jahre zu einem „Leitungskreis“ zwischen den Netztreffen entwickelt. Sie wurde viele Jahre von Pastor Günther Reinboth geleitet. Ab 2004 traten an die Stelle der Netztreffen und der „AG Konziliarer Prozess“ Vortragsveranstaltungen, die etwa alle zwei Monate stattfanden. 2005 übernahm Pastor Dr. Günther Overlach ihre Leitung. Themenschwerpunkte der Vortragsveranstaltungen mit namhaften Referent*innen waren die Anliegen des Konziliaren Prozesses: Gerechtigkeit (Armut, Globalisierung, Privatisierung u.a.), Frieden (Nahostkonflikt, Flüchtlingsproblematik, Rechtsradikalismus u.a.) und Bewahrung der Schöpfung (Energiepolitik, Asse II, kirchliche Energiekonzepte). Zudem wurden kirchliche Ereignisse und Veranstaltungen wie die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu, die Charta Oecumenica oder das EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“ beraten.

**Aus der Arbeit des ÖNN
gingen zahlreiche
Eingaben und Aufrufe
hervor.**

Aus der Arbeit des ÖNN gingen zahlreiche Eingaben und Aufrufe an Synoden, Kirchenleitungen, Ministerien und an die Öffentlichkeit hervor:

- Erklärung zur Erweiterung des Auftrages und zu weltweiten Einsätzen der Bundeswehr (1993)
- Eingabe an die hannoversche Landessynode zu den Themen „Änderung des Militärseelsorgevertrages“ und „Kirchlicher Dienst homosexuell lebender Kirchenmitglieder“ (1994)
- Presseerklärung zum Widerstand gegen die geplante Zwischenlagerung von Atom-
müll in Gorleben (1994)
- Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland – Stellungnahme zur „Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozess über ein gemeinsames Wort der Kirchen“ (1995)
- Erklärung zum Strategischen Konzept der NATO (2001)

Kirche für andere als Maßstab der Kirchenreform

- Eingaben an die hannoversche Landessynode betr. Altfallregelung für Flüchtlinge (2005/06)
- Kirche für andere als Maßstab der Kirchenreform – Kritische Erwägungen zum EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“ (2007)
- Politischer Blick und diakonisches Handeln (2010).

Von den verfassten Kirchen wurde das ÖNN als Vertretung der zahlreichen Initiativgruppen im Konziliaren Prozess wahrgenommen. 1988 hat das ÖNN maßgeblich die Ökumenische Versammlung Niedersachsen vorbereitet. In den niedersächsischen Arbeitskreis Konziliarer Prozess, der 1992 gegründet wurde, hat das ÖNN die Vertreter*innen engagierter Gruppen entsandt. Gemeinsam mit dem Arbeitskreis hat sich das ÖNN an der Planung und Durchführung von Pilgerfahrten mit dem Fahrrad beteiligt. Auf mehreren Evangelischen Kirchentagen war das ÖNN durch Stände auf dem Markt der Möglichkeiten und in Pilgerherbergen vertreten.

Am 18. September 2010 wurde das Ökumenische Netz in Niedersachsen nach 25 Jahren mit einem Abschiedsfest im Ökumenischen Gemeindezentrum Hannover-Mühlenberg aufgelöst. In einer Presseerklärung zum Abschiedsfest des ÖNN heißt es:

„Mit einem Abschiedsfest hat das Ökumenische Netz Niedersachsen (ÖNN) am 18. September 2010 nach 25 Jahren Arbeit seine Treffen beendet. Von den gut 200 Engagierten aus niedersächsischen Friedens-, Gerechtigkeits- und Umweltgruppen, die im Laufe der Jahre am Netz mitgeknüpft hatten, waren noch einmal über 50 zusammengekommen, um Bilanz zu ziehen und voneinander Abschied zu nehmen.

Die Gründung des ÖNN 1985 – maßgeblich von Johanna Linz betrieben – nahm den Impuls der ÖRK-Vollversammlung von 1983 in Vancouver zu einem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf. Mit mehreren Netztreffen jährlich, mit 43 Ausgaben eines Netzbriefes, mit großen Niedersächsischen Versammlungen, mit der Beteiligung an inzwischen sechs Fahrrad-Pilgerfahrten und am Arbeitskreis der Landeskir-

chen zum Konziliaren Prozess hat das ÖNN 25 Jahre lang vielen Gruppen im ganzen Land, die sich für diese Themen einsetzten, eine gemeinsame Plattform geboten. In diesen Jahren der breitesten Aktivität wurde das Netz von Hermann de Boer geleitet. Als landesweites Forum hat das ÖNN regionalen Problemen zu breiterer Aufmerksamkeit in Kirche und Öffentlichkeit verholfen. Es hat den Anliegen des Konziliaren Prozesses Stoßkraft in die Kirchen hinein verliehen und den Gruppen bei ihrer Arbeit in den Gemeinden den Rücken gestärkt. Als Erfolg, für den das ÖNN dankbar sein kann, ist sicherlich zu verbuchen, dass viele seiner zunächst umstrittenen Anliegen inzwischen zu kirchlichen Positionen geworden sind, z.B. die Ablehnung der Atomenergie, ebenso, dass es inzwischen kompetente landeskirchliche Arbeitsstellen für diese Themenfelder gibt.

In den letzten Jahren machte sich bei den Netztreffen wie in vielen anderen gesellschaftlichen Gruppierungen eine Überalterung der Teilnehmer*innen bemerkbar, die auch durch Verjüngungs-Versuche nicht auszugleichen war. Die jüngere Generation pflegt andere Formen der Vernetzung.

Das Netz war allerdings keine bloße Arbeitsgemeinschaft. Es waren im Laufe der oft jahrelangen gemeinsamen Arbeit, bei gemeinsamen Pilgerwegen und Demonstrationen, viele persönliche Beziehungen gewachsen. Und viele brauchen für ihren Einsatz am Ort für die gleichen Ziele weiterhin Ermutigung. Deshalb sind wir noch einmal zu einem Abschiedsfest zusammengekommen, haben gemeinsam gesungen, uns erinnert und uns gegenseitig ermutigt. Mit einem Feierabendmahl, in dem Dank und Buße, Bitte und Fürbitte zusammengefasst waren, haben wir die gemeinsame Arbeit von 25 Jahren ausklingen lassen.“⁵³

**„Das ÖNN hat den
Anliegen des Konziliaren
Prozesses Stoßkraft in die
Kirchen hinein
verliehen.“**

Anders leben lernen

Im Ökumenischen Netz in Niedersachsen haben Menschen eine Heimat gefunden, für die Glaube und politisches Handeln zusammengehören. Eine Frau, die durch ihr Leben und ihr vielfältiges Engagement im hohen Alter viele beeindruckt hat, war Margarete Harms aus Verden. Es sind Menschen wie sie, die mit ihrem Leben für eine andere Kirche wie auch für eine gerechte und friedliche Welt, für ein Leben im Einklang mit der Schöpfung eingetreten sind. In ihnen hat der Konziliare Prozess ein Gesicht bekommen.

Zusammen mit Gertrud Mrowka habe ich Margarete Harms im November 2001 im Altenheim in Verden besucht. In einem mehrstündigen Gespräch hat sie von ihrem wechselvollen Leben berichtet. Entstanden ist daraus der folgende Artikel.⁵⁴

Margarete Harms – eine Frau mit Zivilcourage

Wenn Margarete Harms auf ihre 93 Lebensjahre zurückblickt, steht ihr deutlich vor Augen, was ihr Leben verändert hat: „Wir sind die Generation, die geschwiegen hat. Aus Feigheit haben wir geschwiegen, und diese Schuld bleibt.“ Diese bittere Erkenntnis hat ihre zweite Lebenshälfte geprägt. Denn bis heute hat sie das Gefühl, „dass man etwas tun muss“. Und so war sie trotz ihres hohen Alters immer dort präsent, wo Leben in Gefahr ist. Im August 2001 wurde sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet – auch für ihren zivilen Ungehorsam.

Politik spielte im Leben von Margarete Harms zunächst kaum eine Rolle, da sie, wie sie selbst sagt, „furchtbar unpolitisch erzogen wurde“. Sie wurde am 27. Juni 1908 in Port Elizabeth in Südafrika geboren, wo ihr Vater als Pastor in der deutschen Gemeinde tätig war. Aufgewachsen ist sie in zwei großen diakonischen Einrichtungen: im Stephansstift in Hannover und auf dem Kalandshof in Rotenburg/Wümme. 1928 heiratete sie einen Pastor, mit dem sie erneut nach Südafrika ging. Vier Jahre später kam er durch einen Badeunfall ums Leben. Sie kehrte mit ihren beiden kleinen Kindern zurück nach Deutschland und wohnte kurze Zeit bei ihren Eltern im Pfarrhaus in Burgdorf. Als ihr Vater verstarb, zog sie mit ihrer Mutter und den beiden Kindern nach Verden.

**In Menschen wie
Margarete Harms hat der
Konziliare Prozess ein
Gesicht bekommen.**

Um auf eigenen Füßen zu stehen, übernahm sie die Leitung einer Pension in Bad Salzuflen. Dort lernte sie ihren zweiten Mann, ebenfalls einen Pastor, kennen, der wie sie selbst der Bekennenden Kirche angehörte. Eigentlich wollten beide nach Südafrika, aber ihrem Mann wurde das politische Zuverlässigkeitszeugnis, das für eine Ausreise nötig war, von den Nationalsozialisten verweigert. So begleitete Margarete Harms ihren Mann 1938 in seine erste Gemeinde in Drebber, einem kleinen Ort in der Nähe von Diepholz. Fünf weitere Kinder wurden geboren. Nach der Taufe des jüngsten Kindes musste ihr Mann 1944 als Soldat nach Ostpreußen, von wo er nicht wieder zurückkehrte. Vor seiner Abreise bat er seine Frau, „dafür zu beten, dass er nicht schießen muss“. Margarete Harms blieb einige Jahre im Pfarrhaus, bis sie 1950 in ihr Haus in Verden zurückkehrte – heimlich, weil die Stadt den Zuzug einer Frau mit sieben Kindern nicht genehmigt hätte. Sie hatte nicht gelernt, Selbstbewusstsein zu entwickeln. Aber als Witwe und alleinerziehende Mutter tat sie alles, was in ihren Kräften stand, um ihre Kinder zu erziehen und zu versorgen.

Die Kraft zum Durchhalten fand Margarete Harms in ihrem Glauben an Gott. Ihre Überzeugung, dass Christsein auch heiße, Verantwortung für die Welt zu übernehmen und nicht wegzuschauen, führte sie schließlich in die Politik. „Ich wurde erst politisch, als ich 70 war, als die Kinder erwachsen und die Enkelkinder geboren waren.“ Ihr politisches Handeln begann, als sie sich für die Bewahrung der Schöpfung einsetzte. Wegen des ursprünglich in Lichtenmoor geplanten Endlagers für atomaren Müll schloss sie sich der Anti-AKW-Bewegung an. Junge Leute hatten zwei Güterwagen besetzt und dort einen Treffpunkt für weitere Aktivitäten eingerichtet. Ihr war es wichtig, sich mit diesen jungen Menschen zu solidarisieren und ihnen Mut zu machen, sich für die Erhaltung unserer Erde einzusetzen. „Seitdem bin ich voll eingestiegen und habe kaum eine Demo ausgelassen.“ Sie beteiligte sich an Demonstrationen gegen das AKW in Brokdorf und blockierte zusammen mit vielen anderen die Straßen zur geplanten Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. In Verden gehörte sie zu den Mitbegründerinnen des Ortsverbandes der Grünen.

Seit der großen Friedensdemonstration 1981 in Bonn engagierte sich Margarete Harms zunehmend in der Friedensbewegung. In Mutlangen protestierte sie gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und wurde verhaftet. Als sie in Mutlangen zum ersten Mal vor Gericht stand, hatten Friedensfreunde Blumen in den Gerichtssaal gestellt. Dankbar erinnert

**„Ich wurde erst politisch,
als ich 70 war.“**

*Abbildung 9. Margarete Harms
(2. v.r.) auf der Castor-Blockade
1997 in Gorleben*



sie sich, dass zwei ihrer Töchter sie zum Prozess begleiteten. Ihren Kindern erklärte sie ihr wachsendes Engagement mit den Worten: „Wenn du mit der Umwelt anfängst, ergeben sich alle anderen Aktivitäten für Frieden und Gerechtigkeit von selbst.“

Auf ihr Verhältnis zur Kirche angesprochen, macht Margarete Harms aus ihrer Enttäuschung keinen Hehl: „Ich habe an der Kirche gelitten, weil sie nicht da war, wo sie nötig gewesen wäre.“ Während sie sich immer aktiver an verschiedenen Initiativen beteiligte, musste sie miterleben, wie sich die Kirche zunehmend distanzierte. Ganz anders erlebte sie die Kirche aber in Gestalt christlicher Gruppen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einsetzten. Ein wichtiges Erlebnis war für sie die Ökumenische Versammlung in Siegen, wo das Abendmahl ökumenisch gefeiert wurde: „Da stand ein junger Katholik neben mir als Pastorenfrau!“ Sie wurde Mitglied im Ökumenischen Netz in Niedersachsen, in dem sie bis heute viele Freundinnen und Freunde an ihrer Seite weiß. Glauben und politisches Handeln bilden für sie eine Einheit. Denn sie hat immer erfahren, dass „dir Kräfte geschenkt werden, von denen du gar nicht weißt, dass sie in dir stecken.“ So sieht

sie das Leitmotiv ihres Lebens in dem Vers von Dietrich Bonhoeffer: „Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag. Gott ist mit uns am Abend und am Morgen und ganz gewiss an jedem neuen Tag.“

Einen ruhigen Lebensabend gönnt sich Margarete Harms bis heute nicht. Sie gehört weiterhin zu der kleinen Schalom-Gruppe in Verden. Auf unsere Frage, ob sie trotz ihres Alters an den Treffen abends noch teilnehmen kann, erklärt sie fröhlich: „Weil ich abends nicht mehr so gerne aus dem Haus gehe, treffen wir uns hier im Altenheim.“ Nachdem zwei Verdener Frauen ihren Urlaub in Bosnien verbracht und dort das Wiederaufbauprojekt eines katholischen Paters kennengelernt hatten, war sie an der Gründung einer Bosnienhilfe beteiligt, die jährlich drei Hilfstransporte organisiert. Noch mit 88 Jahren begleitete sie einen dieser Transporte in das vom Krieg zerstörte Bosnien.

Mit ihrer kleinen Kraft hat Margarete Harms Erstaunliches bewirkt. Vielen Jüngeren ist sie durch ihr Engagement zu einem überzeugenden Vorbild geworden. Ihre Hoffnung setzt sie auf die Generation ihrer Nachkommen. So hat sie auch das Bundesverdienstkreuz, wie sie sagt, „nur stellvertretend für euch alle angenommen; für mich wollte ich das nicht.“ Auch von ihren Enkeln erwartet sie, „dass sie nicht gleichgültig bleiben, sondern Verantwortung übernehmen“. Die Aufgabe ihrer eigenen Generation hat sie selbst immer wieder mit großer Eindringlichkeit zu erfüllen versucht: „Wir müssen Mahner bleiben.“

Margarete Harms verstarb 2013 im Alter von 104 Jahren.

**Mit ihrer kleinen
Kraft hat Margarete
Harms Erstaunliches
bewirkt.**

Die Versammlungen 1988

Während zahlreiche Basisgruppen die Impulse der 6. Vollversammlung des ÖRK aufgriffen und auf eine Beteiligung der Kirchen und Gemeinden drängten, blieben die Kirchenleitungen zunächst zögerlich. Nach dem Düsseldorfer Kirchentag und dem Aufruf von Carl Friedrich von Weizsäcker zu einem „Konzil des Friedens“ haben viele Kirchengemeinden den Aufruf durch Unterschriftensammlungen unterstützt. Auch in Niedersachsen wurden diese Initiativen aufgegriffen. In Ostfriesland fand am 15. November 1986 ein „Ökumenisches Friedenstreffen“ von Christ*innen verschiedener Konfessionen statt. In Oldenburg kamen am 13. Februar 1988 rund 700 Menschen zur „Ökumenischen Regionalversammlung“ zusammen, zu der ein ökumenischer Trägerkreis eingeladen hatte.

**Zahlreiche Basisgruppen
griffen auch in
Niedersachsen die
Impulse von
Vancouver auf.**

Schließlich haben sich auch die Landessynoden Hannover, Braunschweig, Oldenburg und diejenige der Ev.-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland für eine Beteiligung am konziliaren Prozess ausgesprochen. Die hannoversche Landessynode hat im November 1985 den Arbeitskreis „Friedenssicherung und Friedensförderung“ mit den Vorbereitungen für ein ökumenisches Friedenskonzil beauftragt. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen (ACKN) sollte für dieses Vorhaben gewonnen werden. Diese lehnte jedoch ab, weil viele Mitgliedskirchen vor den politischen Themen zurückschreckten. So kam es in Niedersachsen zu zwei parallel laufenden Planungsprozessen, die in zwei unterschiedlichen Versammlungen im Herbst 1988 mündeten. Während die Ökumenische Versammlung auch Gruppen und Christ*innen der römisch-katholischen Kirche einbezog, blieb das Regionale Forum auf die fünf Kirchen der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen beschränkt. Auch hier hat sich gezeigt, dass an der Basis der Kirche häufig mehr Ökumene möglich ist als auf höheren Ebenen.

Die Ökumenische Versammlung Niedersachsen

Die „Gruppe Offene Kirche e.V.“ hat Anfang 1987 eine Ökumenische Regionalversammlung mit Beteiligung aller Ebenen der Kirche vorgeschlagen. Das „Ökumenische Netz in Niedersachsen“ hat sich diesem Vorschlag angeschlossen. Das gemeinsame Ziel war ein breit an-

gelegtes Treffen von christlichen Gruppen und Initiativen sowie kirchlichen Einrichtungen und Diensten, die bereits auf dem Weg zu einer „Ökumenischen Weltversammlung“ waren. Diese wurden frühzeitig zur aktiven Beteiligung aufgefordert und um Rückmeldung gebeten, in welcher Form sie sich eine Mitwirkung vorstellen könnten. Die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der geplanten Versammlung lag bei einem Trägerkreis, in dem 20 Gruppen aus verschiedenen Kirchen zusammenarbeiteten. Der Trägerkreis einigte sich darauf, dass die Ökumenische Versammlung den vielfältigen Gruppen und Initiativen in Niedersachsen Gelegenheit geben sollte, ihre Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung darzustellen und Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Anliegen und Überzeugungen zu klären und Schritte zu verbindlichem Handeln zu vereinbaren.

Das Ergebnis dieses intensiven Planungsprozesses war die „Ökumenische Versammlung Niedersachsen“, die vom 9. bis 11. September 1988 im Ökumenischen Kirchencentrum in Hannover-Mühlenberg stattfand. Rund 500 Personen aus ganz Niedersachsen nahmen daran teil. In meiner Begrüßung habe ich als Vertreter des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen das Selbstverständnis dieser Versammlung umrissen: „Schon das Zustandekommen dieser Ökumenischen Versammlung in Niedersachsen ist ein Zeichen. Sie ist von unten entstanden. Sie lebt vom Engagement der Christinnen und Christen in Gruppen und Gemeinden. Sie vereint Katholiken und Protestanten. Hier wird Kirche sichtbar in einer ihrer lebendigsten Gestalten: in der Gestalt der Gruppen, die sich auf den Weg der Schöpfung gemacht haben.“⁵⁵

Den Auftakt bildete ein Politisches Nachtgebet, in dem Alt-Bischof Kurt Scharf die Predigt hielt. Im anschließenden Gespräch unterstrich er die Bedeutung von kleinen Gruppen in der Kirche: „Wichtig ist, dass wir nicht darauf aus sind, in großer Geschlossenheit erst eine vollständige Einheit herzustellen, ehe wir zu wirklichen Taten und Beispielen kommen, sondern hier müssen Minderheiten innerhalb der Kirche handeln. Und die Minderheiten, die Initiative entwickeln, die Opferbereitschaft zeigen, die energisch rufen und nicht müde werden zu rufen, aber auch Beispiele geben, die werden die Kirche und dann auch die Welt verändern.“⁵⁶ Grußworte sprachen Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und der hannoversche Landesbischof Horst Hirschler, der dafür plädierte, dass sich auch Gruppen, die anderer Meinung sind als das Ökumenische Netz, am konziliaren Prozess beteiligten. In 40 Arbeitsgruppen wurde an Themen des Konziliaren Prozesses gearbeitet. Als Ergebnis ihrer Beratungen verabschiedeten

**„Schon das
Zustandekommen dieser
Ökumenischen
Versammlung in
Niedersachsen ist
ein Zeichen. Sie ist von
unten entstanden.“**

Die fünf evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen luden zum Regionalen Forum ein.

die Teilnehmer*innen eine gemeinsame Schlusserklärung, das „Sendschreiben“. Darin heißt es: „Wir sind auf dem Weg. In Initiativgruppen und Gemeinden brechen wir auf, um die lebenszerstörenden Strukturen, in die wir uns verstrickt haben, zu überwinden ... Wir wollen uns in unsere Gruppen, Gemeinden und Kirchen entsenden lassen, um mutiger und eindeutiger als bisher unseren Weg zu gehen. Wir suchen Gespräche und gemeinsames Handeln mit allen, die für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung eintreten.“⁵⁷

Das Regionale Forum

Der Arbeitskreis „Friedenssicherung und Friedensförderung“ in der Hannoverschen Landeskirche übernahm im Sommer 1987 die Initiative für die Vorbereitung einer Regionalversammlung im Herbst 1988. In einem Vorbereitungskreis unter der Leitung von Landessuperintendent Hartmut Badenhop arbeiteten auch Vertreter der anderen Kirchen der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen sowie ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen mit, ich gehörte dem Kreis als Vertreter des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen an.

Zu dem Regionalen Forum in Niedersachsen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung am 4./5. November 1988 in Hannover luden die fünf evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen ein. Die Kirchenkreise/Propsteien/Bezirke der beteiligten Kirchen wurden gebeten, jeweils drei Delegierte für das Forum zu benennen.

Ziel dieses Forums sollte sein,

- „dass die Kirchenkreise/Propsteien/Kirchenbezirke und die Gruppen, die sich am konziliaren Prozess beteiligen, miteinander ins Gespräch kommen;
- dass ihre Initiativen und Vorarbeiten miteinander verknüpft werden;
- dass im gemeinsamen Hören, Beraten, Beten und Feiern unser Beitrag für die Ökumenische Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 erarbeitet wird“.⁵⁸

Zur Vorbereitung erhielten alle Gemeinden ein Arbeitspapier zu den drei Bereichen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Sie wurden aufgefordert, sich im Vorfeld des Regionalen Forums mit den Texten und Fragen auseinanderzusetzen und ihre Antworten einzureichen. Mehr als 60 Eingaben von Gemeinden, Gruppen und Einzelnen wurden dem Vorbereitungskreis daraufhin zugesandt. Daran wird deutlich, dass sich unterschiedliche Ebenen der Kirche an der Vorbereitung intensiv beteiligten, für die der Konziliare Prozess ein wichtiges Anliegen geworden war.

An dem Regionalen Forum in der Neustädter Hof- und Stadtkirche St. Johannis in Hannover nahmen rund 450 Delegierte aus den Kirchenkreisen der beteiligten Landeskirchen teil sowie dreißig Vertreter*innen ökumenischer Gruppen und dreißig Gäste der ACKN. Im Plenum und in zahlreichen Arbeitsgruppen wurde intensiv an den Themen des Konziliaren Prozesses gearbeitet. Gestritten wurde insbesondere über die Frage, ob auf dem Forum eine Schlusserklärung verabschiedet werden sollte. Der Vorbereitungskreis hatte wenige Tage vor dem Forum allen Delegierten mitgeteilt, dass „die Abstimmung über Texte zu diesem Zeitpunkt nicht geeignet ist, um das Gespräch zwischen den verschiedenen Positionen zu fördern“. Weiter heißt es in den Schreiben vom 26. Oktober 1988: „Eine Abstimmung über eine Schlusserklärung würde ausgiebige Gespräche über den Text erfordern, die in dem zeitlichen Rahmen des Forums nicht möglich sind, und eine bloße Abstimmung ohne eine ausgiebige Aussprache wäre der Sache nicht angemessen.“ Von zahlreichen Delegierten und Gruppen wurde jedoch vehement eine Abschlusserklärung gefordert, u.a. von 38 Delegierten, die auf einer Tagung im Lutherstift in Falkenburg den Entwurf einer solchen Erklärung erarbeitet hatten. Diese „Falkenburger Erklärung“ fasste die Ergebnisse der vorausgegangenen Ökumenischen Versammlungen in Aurich, Oldenburg und Hannover-Mühlenberg zusammen.

Entgegen der Absicht des Vorbereitungskreises sprach sich eine Mehrheit der Delegierten für die Verabschiedung einer Schlusserklärung aus. An dieser Frage drohte das Forum angesichts der unterschiedlichen Positionen zu scheitern. Die engagierten Gruppen drängten auf Ergebnisse, die Vertreter der Kirchenleitungen versuchten dies zu verhindern. Ein Krisenstab wurde eingesetzt, der in einer Nachtsitzung schließlich einen Kompromiss fand. Ergebnisse des Regionalen Forums sollten in „Vereinbarungen“ festgehalten werden, eine

An der Frage einer Schlusserklärung drohte das Forum zu scheitern.

**„Wir sind einen Schritt
im konziliaren Prozess
weitergekommen.“**

gemeinsame Erklärung sollte auf einem Folgetreffen vereinbart werden. So wurden schließlich von den Delegierten „Verabredungen“ beschlossen, in denen sie sich verpflichteten, den konziliaren Prozess durch Gottesdienst und Gebet, durch Veranstaltungen und Aktionen in den Gemeinden und Gruppen zu begleiten und die Arbeitsergebnisse des Forums, die Erklärungen von Stuttgart und Magdeburg sowie die Falkenburger Erklärung als weitere Beratungsgrundlage für den konziliaren Prozess in Niedersachsen anzusehen.⁵⁹

Der Verlauf des Regionalen Forums zeigt, dass zwischen engagierten Gruppen und Kirchenleitungen erhebliche Spannungen bestanden, die sich vor allem in der Kontroverse um eine Schlusserklärung zuspitzten. Dennoch haben sich beide Seiten aufeinander zu bewegt und konnten sich auf einen gemeinsamen Lernprozess einlassen. Das war vielleicht das wichtigste Ergebnis dieses Forums. Dr. Günter Linnenbrink, Vizepräsident im Landeskirchenamt Hannover, fasste in einem Kommentar in der „Evangelischen Zeitung“ seine Eindrücke zusammen: „Es wartet noch viel Arbeit auf uns. Als wir nach dem Gottesdienst auseinandergingen, hatte ich das Gefühl: Wir sind einen Schritt im konziliaren Prozess weitergekommen.“⁶⁰

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen, die sich nicht zu einer aktiven Beteiligung am Konziliaren Prozess durchringen konnte, lud lediglich zu einer Studientagung in der Evangelischen Akademie Loccum am 28. bis 31. Oktober 1988 ein. Sie stand unter dem Thema „Das Gebet für den Frieden und das Handeln der Christen“. Damit wurde die Chance nicht ergriffen, durch eine Mitträgerschaft der ACKN dem Konziliaren Prozess in Niedersachsen eine größere ökumenische Weite zu geben.

Die niedersächsische Erklärung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990

Vom 16. bis 18. Februar 1990 fand im Ökumenischen Kirchencentrum Hannover-Mühlenberg das II. Regionale Forum Niedersachsen statt. Ziel sollte – wie auf dem I. Regionalen Forum vereinbart – sein, eine Erklärung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu verabschieden.

Im Mai 1989 wurde ein Vorbereitungskreis gebildet, dessen Mitglieder je zur Hälfte von den beteiligten Kirchen (den Ev.-luth. Landeskirchen Braunschweig, Hannover und Oldenburg sowie der Ev.-ref. Kirche) und vom Ökumenischen Netz Niedersachsen berufen waren. Auch die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen (ACKN) war durch ein Mitglied vertreten. Mit der Organisation des Forums wurde Pastorin Marina Kortjohann im Landeskirchenamt in Hannover beauftragt.

Der Vorbereitungskreis erarbeitete einen ersten Entwurf einer Niedersächsischen Erklärung, der den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen und engagierten Gruppen zugänglich gemacht wurde. Daraufhin gingen zahlreiche kritische Stellungnahmen und Änderungsvorschläge ein. Diese wurden in einen zweiten Entwurf eingearbeitet, der dann in einer nochmals überarbeiteten Fassung den Delegierten des II. Regionalen Forums als Verhandlungsgrundlage diente. Im Verlauf dieses Überarbeitungsprozesses wurde zum einen der theologische Teil deutlich erweitert und an den Erklärungen von Basel, Stuttgart und Dresden ausgerichtet. Zum andern wurde stärker auf niedersächsische Probleme eingegangen, die als „Brennpunkte“ formuliert wurden. Der Entwurf wurde nach eingehender Beratung und Diskussion in vielen Arbeitsgruppen des II. Regionalen Forums nochmals ergänzt.

Die Niedersächsische Erklärung geht davon aus, dass wir „einer noch nie dagewesenen Bedrohung von globalem Ausmaß“⁶¹ gegenüberstehen. In dieser Situation bekräftigt die

„eine noch nie dagewesene Bedrohung von globalem Ausmaß“

**„Jesus ruft uns zur
Umkehr aus der
Ungerechtigkeit, dem
Unfrieden und der
Schöpfungszerstörung.“**

Erklärung: „Zeugnis und Dienst von Christen für Gerechtigkeit unter den Menschen, für Frieden zwischen den Völkern und für die Bewahrung des Lebens der ganzen Schöpfung gründen im Glauben an Gott, den Schöpfer, Erlöser und Heiliger allen Lebens.“⁶²

Dieser Glaube führt zum Bekenntnis der eigenen Schuld, weil Kirchen sowie Christ*innen die gesellschaftliche Dimension des Glaubens verleugnet haben, weil sie sich gefangen nehmen ließen von einem Wirtschaftssystem, das „unzählige Menschen in der Zweidrittelwelt ihrer elementarsten Lebensgrundlagen beraubt“,⁶³ weil sie ein Abschreckungssystem mit Massenvernichtungsmitteln zuließen, das „durch Hochrüstung den Armen Brot und Leben nimmt“,⁶⁴ weil sie ihre „Mitwelt ausgebeutet und damit Gottes Liebe zu allen Geschöpfen verleugnet haben“.⁶⁵ Mitten in dieser schuldhaften Verstrickung „ruft uns Jesus zur Umkehr aus der Ungerechtigkeit, dem Unfrieden und der Schöpfungszerstörung. Weil der Umkehrruf Jesu unser Herz, unser Verhalten wie auch unsere Verhältnisse ändern will und kann, darum ist Umkehr heute unsere einzige Chance.“⁶⁶

Theologisch beruft sich die Niedersächsische Erklärung auf die biblische Vorstellung vom „Schalom“, in der Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eng miteinander verbunden sind: „Nach biblischem Verständnis schafft Gottes Gerechtigkeit umfassenden Frieden (Römer 5,1) und eine Hoffnung, die auch die ganze Schöpfung umgreift (Römer 8, 19.21) ... Schalom ist der biblische Ausdruck für ein alle Lebensbezüge des Menschen umfassendes Heilsein und Wohlergehen seines Leibes, seiner Seele, der Gemeinschaft und der belebten und unbelebten Mitwelt. Schalom bezeichnet die Lebensform, in der alle miteinander ‚genug haben‘ – sowohl im materiellen Sinn erfüllter Grundbedürfnisse als auch hinsichtlich des Gottesverhältnisses und aller Daseinsbeziehungen.“⁶⁷ Insofern drückt die biblische Schalom-Verkündigung den unmittelbaren Zusammenhang von Glauben und Weltverantwortung, von Gottes Schalom und dem Heil und Wohl der Menschen und der Welt aus.

Die Teilhabe am Schalom verpflichtet dazu, „die uns anvertrauten Güter des sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Lebens gerecht mit allen Menschen zu teilen und dabei vorrangig für Lebensrecht und Würde der Armgemachten dieser Erde einzutreten“.⁶⁸ Zu den Verabredungen der Niedersächsischen Erklärung im Blick auf die

Gerechtigkeit unter den Menschen gehören die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Basis eines umfassenden Schuldenerlasses, eine staatliche Entwicklungszusammenarbeit ohne vorrangige wirtschaftliche Eigeninteressen und die schrittweise Anhebung des finanziellen Beitrags der Kirchen zur Überwindung von Armut, Hunger und Not in der Zweidrittelwelt auf 5 Prozent. Gerechtigkeit bedeutet, für die Fremden, Flüchtlinge und Asylsuchenden einzutreten, die Armut im eigenen Land zu überwinden und sich für eine erneuerte Gemeinschaft von Frauen und Männern einzusetzen.

Die Aussagen der Niedersächsischen Erklärung zum Frieden zwischen den Völkern gehen aus von der friedensethischen Grunderkenntnis der ökumenischen Christenheit seit der ersten Vollversammlung des ÖRK (Amsterdam 1948): „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, weil Krieg „Sünde wider Gott“ und „eine Entwürdigung des Menschen“ bedeutet. Mit Bezug auf die Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 wird nicht nur der Einsatz, sondern auch schon die Herstellung und Stationierung von Atom- und anderen Vernichtungsmitteln für unvereinbar angesehen mit dem Glauben an Gott, den Schöpfer, Erlöser und Heiliger des Lebens.

Die Verabredungen zum Schutz des Lebens in der ganzen Schöpfung beginnen mit dem Bekenntnis: „Gott gibt mit seiner Schöpfung jeder gegenwärtigen wie jeder zukünftigen Generation der Menschen, Tiere und Pflanzen das unveräußerliche Recht auf gesunde Nahrung, sauberes Wasser, reine Luft und so viel Energie, wie sie benötigt.“ Daraus folgt als Handlungskonsequenz: „In verantwortlicher Haushaltschaft wollen wir unseren persönlichen Lebensstil ändern, damit dieses Recht wieder gewahrt und das Leben der ganzen Schöpfung Gottes wiederhergestellt wird.“⁶⁹

In allen drei Bereichen werden eine Reihe von Brennpunkten benannt, an denen sich Christ*innen in Niedersachsen für die Überwindung der weltweiten wie der innergesellschaftlichen Ungerechtigkeit, für Abrüstung und Versöhnung sowie für einen verantwortlichen Umgang mit Gottes Schöpfung einsetzen.

Die Niedersächsische Erklärung wurde im Abschlussplenum mit großer Mehrheit angenommen. Zu einigen strittigen Themen wurden Dissense formuliert: Wehrdienst-/Kriegs-



Abbildung 10.
Titelblatt der Niedersächsischen
Erklärung, 1990

**Die Niedersächsische
Erklärung wurde mit
großer Mehrheit
angenommen.**

dienstverweigerung, Militärseelsorge, berufliche Anstellung von homosexuell Lebenden in kirchlichen Berufen und Gentechnik. Zu diesen Themen wurde durch Tendenzabstimmungen festgestellt, wie die Mehrheitsverhältnisse waren.

Beschlossen hat das II. Regionale Forum, „nachdrücklich unsere Kirchen, ihre Synoden und Leitungsgremien (zu) bitten, sich die Niedersächsische Erklärung zu eigen zu machen und die sich daraus ergebenden notwendigen Beschlüsse zu fassen“.⁷⁰

Reaktionen auf die Niedersächsische Erklärung

Die Niedersächsische Erklärung hat, wie nicht anders zu erwarten, sehr unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. In der Darstellung beschränke ich mich hier auf Stellungnahmen aus der Landessynode und den Bericht des Landeskirchenamtes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers.

Die Vereinigung „Lebendige Volkskirche“ e.V. (LVK) hat im Anschluss an die Debatte der Landessynode im Frühjahr 1991 ausschließlich kritische Stimmen zur Niedersächsischen Erklärung und zum Konziliaren Prozess veröffentlicht.⁷¹ Im Vorwort wird ausdrücklich der Stellungnahme des Synodalpräsidenten, Dr. Krömer, zugestimmt: „Die Landessynode kann sich m.E. die ‚Niedersächsische Erklärung‘ in ihrem politischen Teil so wenig wie im wirtschaftlichen zu eigen machen. Im Gegenteil gibt es in der Erklärung so gut wie nichts, woran die Synode weiterarbeiten könnte.“ Zur Niedersächsischen Erklärung wird festgestellt: „Das ihr zugrundeliegende Menschenbild ist das des Idealismus, gegebenenfalls auch das des Marxismus, nicht aber der Bibel. Die Bibel stellt den Menschen als – gerechtfertigten und der Rechtfertigung bedürftigen – Sünder dar, der Vergebung und Gesetz braucht, dazu ‚Obrigkeit‘ und ‚Schwert‘.“⁷²

Ausführlicher äußerte sich Pastor Dr. Jan Olaf Rüttgart als Vertreter der LVK in einer theologischen Stellungnahme während der Synodensitzung. Er behauptete, dass der Konziliare Prozess „an der Mehrheit der kirchlichen Bevölkerung vorübergegangen“ sei. „Die Engagierten bestimmten seit der ‚Falkenburger Erklärung‘ Inhalt und Tendenz. Statt vorrangig das Gespräch mit zurückhaltenden Gemeindegliedern zu suchen, entstand der Eindruck als sollte unter Zeitdruck die Kirche mit ihren Organen und Gremien zu ‚eindeutigem Zeugnis und verbindlichem Handeln‘ genötigt werden. Die engagierten Gruppen haben nicht für die Kirche gesprochen.“⁷³ Rüttgarts Kritik wie auch die Voten anderer Vertreter*innen der „Lebendigen Volkskirche“ während der Synodaldebatte zielten darauf, den Konziliaren Prozess als das Anliegen einiger ökumenischer Gruppen, also einer Minderheit in der Kirche, abzuwerten und so der Niedersächsischen Erklärung die Legimitation zu entziehen.

**Die Niedersächsische
Erklärung hat sehr
unterschiedliche
Reaktionen ausgelöst.**

Spannungen zwischen der Schalom-Theologie und der Zwei-Reiche-Lehre

Dr. Rüttgart kritisierte vor allem die theologische Ausrichtung der Niedersächsischen Erklärung. Sie verzichte auf die „Zwei-Reiche-Lehre als sozial-ethische Grundanschauung“⁷⁴ und orientiere sich stattdessen an der „Schalom-Theologie“. Der Abschnitt „Umkehr in den Schalom“ trage „den Charakter jüdischer Thoraunterweisung, Jesus erscheint als Lehrer der wahren Lebensgebote“. Der Vorwurf der Gesetzlichkeit gipfelt in der fragwürdigen Gegenüberstellung: „Jüdische Unterweisung und neuzeitliches, ethisiertes Christentums rufen die Menschen, zur Befolgung des wahren göttlichen Lebensgesetzes umzukehren und verheißten ihnen dadurch Leben. Die Tiefe prophetischer Sündenerkenntnis und Gerichtspredigt ... wird dabei verdrängt. Urchristliche und reformatorische Verkündigung ruft den Sünder zur Umkehr zu dem Gott, der ihm im gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus entgegenkommt.“⁷⁵

Auch der Bericht des Landeskirchenamtes der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers vom 25. Mai 1990 weist auf „erhebliche, nicht ohne weiteres aufhebbar Spannungen“ zwischen der Schalom-Theologie und der Zwei-Reiche-Lehre hin. Während die inhaltlichen Forderungen „im Zusammenhang der Schalom-Theologie gleichsam als unmittelbare Folgerungen aus dem Bekenntnis des Glaubens verstanden werden und als Forderungen des Glaubensgehorsams im Sinne einer Nachfolgeethik den Christen vor Augen gestellt werden, sind die ethischen Forderungen für die Vertreter der Zwei-Reiche-Lehre im Bereich des Gesetzes (theologisch gesprochen) verortet, insofern sie als Ergebnis der Reflexionen einer vom Glauben an Christus bestimmten politischen und wirtschaftlichen Vernunft zu beschreiben sind. Das bedeutet: So sehr ich als Christ oder als kirchliche Gemeinschaft für ihre Realisierung einstehe, so wenig erwerbe ich dadurch Rechtfertigung vor Gott, Heil. Zugleich muss ich zugestehen, dass es unterschiedliche, christlich ebenfalls vertretbare ethische Positionen gibt.“⁷⁶ Von daher wird in Frage gestellt, ob es zulässig sei, angesichts dieser divergierenden Ansätze durch „Trendabstimmungen“ Mehrheitsverhältnisse kenntlich zu machen.

Diese Kritik der theologischen Ausrichtung der Niedersächsischen Erklärung lässt vollkommen außer Acht, dass sich die „Schalom-Theologie“ auf Konsensformulierungen in den vorausgegangenen ökumenischen Erklärungen von Stuttgart, Basel und Dresden gründet. Wie so oft sind diese Stellungnahmen aus dem ökumenischen Kontext offensichtlich kaum zur Kenntnis genommen worden. Stattdessen wird die Zwei-Reiche-Lehre unkritisch als allein

gültige theologische Lehre herangezogen, ohne ihre verhängnisvolle Wirkungsgeschichte auch nur zu erwähnen.

Das Landeskirchenamt sieht es in seinem Bericht als nötig und wichtig an, dass der Dialog zwischen Vertretern der „verfassten Kirche“ und „ökumenisch-kirchlichen Gruppen“ fortgesetzt wird. Er sieht aber in der Bildung eines Arbeitskreises Konziliarer Prozess die Gefahr, dass „neben den verfassungsmäßig legitimierten kirchenleitenden Organen eine Parallelstruktur aufgebaut“⁷⁷ werde. Die Angst vor neuen Strukturen war jedoch unbegründet, da es denen, die sich für den konziliaren Prozess einsetzten, darum ging, in den Kirchen Räume zu schaffen für eine auch strittige Auseinandersetzung über die Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, die von den verfassungsmäßig legitimierten Organen nur von untergeordneter Bedeutung waren. Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess war von Anfang an nicht so gedacht, dass er „im Namen der Kirche“ sprechen könne, sondern als ein Ort, an dem Vertreter*innen der verfassten Kirche und der engagierten Gruppen sich auf weitere Impulse für den konziliaren Prozess verständigen konnten.

Anders als die LVK stellte Prof. Dr. Ulrich Becker als Vertreter der „Gruppe Offene Kirche“ (GOK) in seiner Stellungnahme auf der Frühjahrstagung der Hannoverschen Landessynode 1991 die Niedersächsische Erklärung in den Kontext der ökumenischen Bewegung, um zu zeigen, „dass wir hier in Hannover mit dieser Aufgabe nicht allein stehen“.⁷⁸ Becker betonte den Zusammenhang von Glauben und weltbezogenem Handeln, der auch für das Verhältnis von Verkündigung und Diakonie grundlegend ist. Gegenüber dem Vorwurf, die Niedersächsische Erklärung hielte die Unterscheidung von Gesetz und Evangelium nicht durch, verwies er auf die Notwendigkeit, „dass etwas getan werden muss zur Rettung des Lebens auf dieser Erde“. Den einzelnen nur auf sein im Evangelium befreites Gewissen zu verweisen, sei zu wenig. „Man muss und will doch etwas tun, aber was? Die Erfahrung trostloser Ohnmacht – das ist die Erfahrung des Gesetzes. Ihr korrespondiert ein befreiendes Evangelium, das mehr zu sagen hat, als dass diese Ohnmacht nur bestätigt wird, sondern das dann hinzufügt, z.B.: ‚Liebet eure Feinde‘ oder ‚Halte deine Wange hin‘ oder ‚Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, nichts als Recht üben und die Güte lieben‘ ...“⁷⁹

**„dass etwas getan
werden muss zur Rettung
des Lebens auf dieser
Erde“**

**„Der Konziliare Prozess
ist eine wichtige Aufgabe
der christlichen
Gemeinde.“**

Die Synoden der evangelischen Kirchen in Niedersachsen haben sich auf unterschiedliche Weise mit der Niedersächsischen Erklärung befasst. Die Gesamtsynode der Ev.-ref. Kirche hat sie sich im Grundsatz zu eigen gemacht, wenn sie auch nicht allen Einzelaussagen zustimmen konnte. Sie hat die Gemeinden aufgefordert, sich mit der Erklärung zu beschäftigen. In der Oldenburger Synode wurde ausführlich über die Niedersächsische Erklärung berichtet und beraten. Die Braunschweiger Landeskirche hat eine Themensynode zum Schwerpunkt „Umwelt“ durchgeführt. Die Synode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers hat nach kontroverser Beratung folgenden Beschluss gefasst: „Die Landessynode dankt dem Vorbereitungskreis und allen an der Erarbeitung der ‚Niedersächsischen Erklärung‘ Beteiligten. Der Konziliare Prozess, das Bemühen um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, ist eine wichtige Aufgabe der christlichen Gemeinde. Die Landessynode hat bisher einige Punkte der niedersächsischen Erklärung kontrovers diskutiert. Sie hält es für notwendig, dass die Kirchenkreistage die niedersächsische Erklärung mitberaten und dazu Stellung nehmen. Sie wünscht sich eine intensive Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der niedersächsischen Erklärung.“ Außerdem hat die Landessynode Einzelthemen der Niedersächsischen Erklärung an ihre Ausschüsse überwiesen.

Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess

In der Niedersächsischen Erklärung wurde im Blick auf die Weiterarbeit verabredet: „Für die Begleitung des konziliaren Prozesses muss ein ‚Arbeitskreis Konziliarer Prozess‘ gegründet werden; er soll aus ca. 20 bis 25 Personen bestehen und paritätisch mit Frauen und Männern besetzt sein, die anteilig benannt werden von den Kirchen, die das Zweite Regionale Forum Niedersachsen veranstalteten, von den beteiligten Kirchen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen im Lande Niedersachsen und von den am konziliaren Prozess beteiligten Gruppen (z.B. durch das Ökumenische Netz Niedersachsen).“⁸⁰

Am 31. August 1990 hat der Arbeitskreis Konziliarer Prozess seine Arbeit aufgenommen und mich zum Vorsitzenden gewählt. Die Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig, die Ev.-luth. Kirche in Oldenburg sowie die Ev.-ref. Kirche delegierten jeweils zwei Personen. Die Ev.-luth. Landeskirche Hannovers war seit Mai 1991 durch vier Delegierte vertreten. Das ÖNN hat zehn weitere Delegierte benannt. Zusätzlich war die ACKN im Arbeitskreis durch eine Person vertreten. Der Versuch, auch die anderen Kirchen der ACKN zur Mitarbeit zu gewinnen, blieb ohne Erfolg.

Im Frühjahr 1991 hat der Arbeitskreis ein Faltblatt zur „Weiterarbeit im Konziliaren Prozess in Niedersachsen“ verfasst. Darin wird betont: „Die Glaubwürdigkeit des christlichen Zeugnisses erweist sich heute besonders in der Verantwortung für die Überlebensfragen unserer Zeit. Ohne ein deutliches Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung versäumen die Christinnen und Christen sowie die Kirchen ihre Aufgabe, den Gott des Lebens zu bezeugen.“ Kirchengemeinden und Gruppen wird empfohlen, konkrete Ansatzpunkte in der eigenen Umgebung aufzugreifen: „Gerade an den örtlichen Brennpunkten gilt es, Zeichen zu setzen, indem die Kirche Jesu Christi entschieden für die Armen, für Gewaltfreiheit und für das Leben der ganzen Schöpfung eintritt.“⁸¹

**„Die Glaubwürdigkeit
des christlichen
Zeugnisses erweist sich
heute besonders in der
Verantwortung für die
Überlebensfragen
unserer Zeit.“**

**Als besonders
ermutigend wurde
empfunden, im
Konziliaren Prozess mit
vielen anderen
verbunden zu sein.**

Im November 1991 hat der Arbeitskreis versucht, mit einem Fragebogen zu erheben, welche Erfahrungen Kirchengemeinden und Gruppen mit dem konziliaren Prozess gemacht hatten. Die Auswertung der Fragebögen wurde im Herbst 1992 in der Broschüre „Erfahrungen und Perspektiven im Konziliaren Prozess“⁸² zusammengefasst. Aus den Fragebögen wurde deutlich, dass aus den Anliegen des Konziliaren Prozesses eine Vielzahl konkreter Themen aufgegriffen wurde. Am häufigsten wurde der Bereich „Gerechtigkeit“ bearbeitet, mit einem Schwerpunkt auf der Eine-Welt-Arbeit sowie der Ausländer- und Asylfrage. Im Themenbereich „Bewahrung der Schöpfung“ wurden vorrangig lokale Probleme wahrgenommen, insbesondere die Möglichkeiten, in der eigenen Kirchengemeinde ökologische Gesichtspunkte stärker zu berücksichtigen. Das Thema „Frieden“ kam auf der Gemeindeebene vor allem in Gottesdiensten und in Friedensaktionen vor. Auffällig war, dass Anstöße der Niedersächsischen Erklärung nur selten direkt aufgenommen und umgesetzt wurden. Für die Praxis in den Kirchengemeinden hat sie offenbar nur eine geringe Bedeutung gehabt. Damit wird ein grundsätzliches Problem des konziliaren Prozesses deutlich: Die Rezeption der zahlreichen Erklärungen ist ein mühsamer und langwieriger Prozess, der die Gemeindeebene häufig nicht erreicht hat.

In den Fragebögen wurde auch nach ermutigenden Erfahrungen bzw. nach Enttäuschungen und Widerständen gefragt. Als besonders ermutigend wurde empfunden, im Konziliaren Prozess mit vielen anderen verbunden zu sein. Auch von kleinen Erfolgen in der eigenen Gemeinde wurde berichtet. Als Problem wurde häufig die Fülle der Erklärungen genannt. Zahlreiche Pastorinnen und Pastoren äußerten ihre Enttäuschung angesichts der Schwierigkeiten, den konziliaren Prozess im Alltag der Gemeinden zu verankern.

Aufgrund der Rückmeldungen zur Fragebogenaktion, aber auch in Gesprächen und Zuschriften hat der Arbeitskreis Konziliarer Prozess in den 1990er Jahren eine zunehmende Resignation bei denen festgestellt, die sich im konziliaren Prozess engagiert hatten. Persönlich erlebten offensichtlich viele die Diskrepanz zwischen dem, was als notwendig erkannt wurde, und dem, was auch tatsächlich umgesetzt werden konnte. Auffällig war zudem, dass sich insbesondere Pastor*innen aus dem konziliaren Prozess zurückzogen und sich anderen Schwerpunkten in ihren Gemeinden zuwandten. Bestärkt wurde die resignative Grundstimmung dadurch, dass die drängenden Überlebensfragen auch nach dem Zerfall des Ostblocks keineswegs gelöst waren.

In dieser Situation hat der Arbeitskreis Konziliarer Prozess vom 13. bis 15. August 1993 ein drittes Forum im Ev. Jugendhof Sachsenhain in Verden veranstaltet. In der Einladung heißt es: „Um den Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ist es ruhiger geworden. Nach Jahren, in denen er Bewegung in die Kirchen gebracht hat, scheint heute eher Ernüchterung eingetreten zu sein. Bei vielen, die diesen Weg mitgegangen sind, macht sich Resignation breit. Denn die Gefährdung und Zerstörung des Lebens auf dieser Erde ist nicht geringer geworden, und die Chance zu Umkehr und Neubeginn wurde kaum genutzt. Den zahlreichen Worten und Erklärungen sind nur wenige Taten gefolgt.“⁸³ So sollte das Motto des Forums „Gemeinsam unterwegs bleiben“ einen Aufruf, eine Ermutigung, aber auch eine Verpflichtung ausdrücken.

Während dieses Forums wurde immer wieder das Bild vom Weg aufgegriffen. Prof. Heinz-Günther Stobbe wies in seinem Vortrag darauf hin, dass der Konziliare Prozess als „eine prophetische Umkehrbewegung“ und als „eine kirchliche Erneuerungsbewegung“ von Anfang an von „Wegmetaphern“ begleitet war. Im Rahmen einer „Erntedank-Feier“ erzählten Teilnehmer*innen des Forums von ihren „Früchten des Konziliaren Prozesses“ und befestigten sie an einem Baum, der auf diese Weise zu einem Baum der Ermutigung und der Hoffnung wurde.

In den „Verabredungen zur Weiterarbeit im Konziliaren Prozess in Niedersachsen“, die auf dem Forum einstimmig beschlossen wurden, heißt es u.a.: „Der Konziliare Prozess in Niedersachsen ist ... nicht zu Ende. Er geht weiter in Gruppen, Gemeinden und Kirchen, die konkrete Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung unternehmen. Denn die Herausforderungen an das Leben und den Glauben der Christinnen und Christen sind nicht geringer geworden. Im Konziliaren Prozess suchen Christinnen und Christen in und mit Gruppen, Gemeinden und Kirchen angesichts der globalen Gefährdungen des Lebens nach Eindeutigkeit im Zeugnis und Verbindlichkeit im Handeln. Sie lassen deshalb nicht nach in dem Bemühen, die Forderungen, Empfehlungen und Anregungen der verschiedenen Erklärungen des Konziliaren Prozesses auf allen Ebenen kirchlichen Handelns in praktische Schritte umzusetzen.“⁸⁴

Im Sinne dieses Votums hat der Arbeitskreis Konziliarer Prozess seine Arbeit fortgesetzt. Dabei hat sich seine Zusammensetzung immer wieder verändert. Zu den Delegierten vor

der Konziliare Prozess als eine „prophetische Umkehrbewegung“ und „kirchliche Erneuerungsbewegung“

**Der Arbeitskreis
Konziliarer Prozess war
und ist der Konföderation
Evangelischer Kirchen in
Niedersachsen
zugeordnet.**

allem der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers gehörten zu Beginn auch einige, die dem konziliaren Prozess skeptisch gegenüberstanden. Diese haben sich aber schon nach kurzer Zeit aus der Mitarbeit zurückgezogen, als der Konziliare Prozess an innerkirchlicher Brisanz verlor. Erhalten geblieben ist bis heute, dass ein Teil der Mitglieder des Arbeitskreises von den vier beteiligten Landeskirchen delegiert wird, der andere Teil aus den am konziliaren Prozess beteiligt Gruppen stammt. Diese wurden zunächst vom ÖNN benannt. Da aber längst nicht alle engagierten Gruppen im ÖNN vertreten waren, wurden seit 1998 acht Mitglieder jeweils auf einem Forum für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Damit ist eine Verbindung sowohl in die Landessynoden als auch in die Gruppen und Gemeinden gewährleistet.

Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess war und ist der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen zugeordnet, die zwar nicht die Trägerschaft, wohl aber die Finanzierung übernommen hat. Die Mitarbeit geschieht überwiegend ehrenamtlich. 1992 wurde eine Arbeitsstelle zur Begleitung des Konziliaren Prozesses eingerichtet, die für die Dauer von drei Jahren ebenfalls von der Konföderation, anschließend bis 1996 von der Ev.-ref. Kirche finanziert wurde. Die Arbeitsstelle Konziliarer Prozess wurde der Arbeitsstelle „Ökumene und Entwicklung“ im Amt für Gemeindedienst in Hannover zugeordnet. Leiter der Arbeitsstelle war zunächst Pastor Wolfgang Gerdes, sein Nachfolger wurde der reformierte Pastor Wilfried Schutt. Beide haben dem Arbeitskreis Konziliarer Prozess angehört und die Geschäftsführung übernommen. Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess hat jeweils die Referenten für Ökumene und Entwicklung und/oder Friedensarbeit im Amt für Gemeindedienst (seit 2002 Haus kirchlicher Dienste) in den Arbeitskreis berufen: Joachim Zierau, Klaus J. Burckhardt, Dirk Stelter und Lutz Krügener. Auf diese Weise war eine enge Verbindung zu den kirchlichen Fachdiensten gewährleistet.

Wichtigster Arbeitsschwerpunkt des Arbeitskreises Konziliarer Prozess ist bis heute die Vorbereitung und Durchführung von ökumenischen Foren, die etwa alle zwei Jahre stattfinden. Seit dem Jahr 2000 hat der Arbeitskreis zusammen mit dem Ökumenischen Netz in Niedersachsen ökumenische Pilgerfahrten mit dem Fahrrad organisiert, die an Orte des Leidens, der Hoffnung und der Vergewisserung in Niedersachsen führten.

Immer wieder hat sich der Arbeitskreis mit der Frage nach der Zukunft des Konziliaren Prozesses beschäftigt. 2010 hat er die Broschüre „Gemeinsam auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – Positionsbestimmung im Konziliaren Prozess“ veröffentlicht. Darin heißt es: „Im Konziliaren Prozess suchen die Kirchen, Gemeinden und Gruppen nach Eindeutigkeit im Zeugnis und Verbindlichkeit im Handeln. Grundlegend sind die Verpflichtungen, die sich die Kirchen im Laufe des Konziliaren Prozesses zu eigen gemacht haben: die vorrangigen Optionen für die Armen, für Gewaltfreiheit und für den Schutz des Lebens. Diese Grundorientierungen sind auch angesichts der aktuellen Herausforderungen der Maßstab für das Zeugnis und den Dienst der Kirchen. Die vorrangige Option für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ist der Ausgangspunkt für die Erneuerung einer Kirche, die nicht nur für sich selbst da ist, sondern für die Welt. Angesichts der vielfältigen Bedrohungen für das Überleben von Mensch und Natur muss sich die Kirche stärker denn je als Kirche für die Armen, als Kirche des Friedens, als Kirche für die Bewahrung der Schöpfung verstehen. Der Konziliare Prozess bleibt unverzichtbar, damit die Kirche ihr prophetisches Wächteramt glaubwürdig wahrnimmt.“⁸⁵

„Der Konziliare Prozess bleibt unverzichtbar, damit die Kirche ihr prophetisches Wächteramt wahrnimmt.“

Nach intensiven Beratungen hat der Arbeitskreis im April 2016 vereinbart, sich künftig „Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ zu nennen, da der Begriff „Konziliarer Prozess“ sogar in den Kirchen zunehmend auf Unverständnis stößt, die globalen Herausforderungen und Bedrohungen aber weiterhin von grundlegender Bedeutung für die Kirchen sind.

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung hat sich immer wieder bemüht, auch andere Zielgruppen zu erreichen. Diesem Ziel dienten die Pilgerfahrten mit dem Fahrrad wie auch die Beteiligung am Landesjugendcamp der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers in Verden. Seit einigen Jahren gehört der Arbeitskreis zu den Unterstützern des Ostermarsches in Hannover und beteiligt sich an dessen Vorbereitung und Durchführung. Auf diese Weise können seine Positionen auch in der nichtkirchlichen Öffentlichkeit zur Sprache gebracht werden. So habe ich in einer Rede auf der Kundgebung des Ostermarsches 2017 die Idee des gerechten Friedens aufgegriffen: „Nach unserer Überzeugung gehören Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung untrennbar zusammen. Die Kirchen haben dafür den Leitbegriff des gerechten Friedens entwickelt. Unsere Vision

**Ende 2018 hat der
Arbeitskreis
Gerechtigkeit, Frieden,
Bewahrung der
Schöpfung seine Arbeit in
neuer Zusammensetzung
fortgesetzt.**

ist eine Welt, in der alle Menschen Zugang zur Fülle des Lebens haben, in der alle Menschen in Würde leben können, unabhängig von Klasse, Geschlecht, Religion oder ethnischer Zugehörigkeit. Nur so ist Frieden möglich. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit müssen zur treibenden Kraft werden für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik.“⁸⁶

Im Rahmen der Vorbereitung auf das Ökumenische Forum 2018, das 30 Jahre nach den ersten großen ökumenischen Versammlungen in Niedersachsen stattfinden sollte, hat der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung eine Veränderung seiner Zusammensetzung beschlossen. Neben den Delegierten der vier Landeskirchen sollen auf den Foren künftig nur noch vier Delegierte gewählt werden. Zusätzlich sollen vier Personen als „Expert*innen“ in den Arbeitskreis berufen werden. Auf dem Forum 2018 beendeten einige Mitglieder des Arbeitskreises ihre langjährige Mitarbeit. Nach 26 Jahren bin auch ich aus dem Arbeitskreis ausgeschieden und habe den Vorsitz abgegeben.

Ende 2018 hat der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen in neuer Zusammensetzung seine Arbeit fortgesetzt. Auf der konstituierenden Sitzung wurde Tobias Schäfer-Sell zum neuen Vorsitzenden gewählt. Ziel ist es, bestehende Angebote und Kampagnen aus kirchlichen und außerkirchlichen Netzwerken zu stärken und diese in die niedersächsischen Kirchen hinein zu vermitteln.

Der Arbeitskreis besteht derzeit aus Delegierten dreier Kirchen (Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig, Evangelisch-reformierte Kirche), auf einem Forum gewählten Mitgliedern und berufenen Expertinnen und Experten zu den drei Themenfeldern Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfung.

Neben Schreiben an die Synoden, der Unterstützung von Ostermärschen und Organisation von Vorträgen standen 2019 und 2020 insbesondere im Zeichen der Gründung von „Christians for Future“, einem mittlerweile deutschlandweiten ökumenischen Netzwerk von engagierten Christinnen und Christen, die sich mit den Forderungen und Protesten der Schüler*innen-Bewegung „Fridays for Future“ solidarisieren und diese unterstützen (<https://christians4future.org>).



*Abbildung 11.
Die Mitglieder des neuen Arbeitskreises Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung, 2019, (v.l.n.r. hinten): Steffen Marklein, Christiane Weichsel, Elvin Hülser, Jutta Sundermann, Thomas Fender, Lutz Krügener, Klaus Fischer, Almut Tobola; (v.l.n.r. sitzend): Birgit Stelzmann, Andreas Riekeberg, Tobias Schäfer-Sell.*

Auf einer Klausur Ende 2020 wurden zudem folgende Themenschwerpunkte als relevant für die niedersächsische Ökumene und die konkrete Weiterarbeit verabredet: Ökumene Leben – Verantwortung übernehmen, Klima- und Naturschutz, Atomare Kette Radioaktivität & Atommüll, Partizipative Demokratie sowie Kooperative Sicherheit.

Verfasste Kirche und Gruppen

**Kennzeichnend für die
Initiativgruppen in der
Kirche ist ihre
Lebendigkeit und
Beweglichkeit.**

Treibende Kraft im Konziliaren Prozess waren auch in Niedersachsen ökumenisch engagierte Gruppen. Seit den 1970er Jahren entstanden in den Kirchen in der Bundesrepublik wie in der DDR eine Vielzahl von Gruppen und Initiativen, Arbeitskreisen, Netzwerken und Basisbewegungen, die sich mit den Themen Gerechtigkeit, Dritte Welt, Frieden und Ökologie befassten. Dieser Prozess verlief parallel zur Entstehung neuer sozialer Bewegungen in der Zivilgesellschaft, die sich außerhalb bestehender Institutionen wie Parteien, Verbände und Kirchen entwickelten.

Kennzeichnend für die Initiativgruppen in der Kirche ist ihre Lebendigkeit und Beweglichkeit. Sie können ad hoc aus aktuellem Anlass entstehen, wenn Menschen sich durch einen gemeinsam empfundenen Problemdruck zusammenschließen. Sie können sich verändern und wieder auflösen oder mit neuer Zielsetzung erneut auftauchen. Viele, die sich in diesen Gruppen engagieren, sind in ihren Kirchengemeinden aktiv, vermissen dort aber, dass der gemeinsame Glaube zu konkretem Handeln führt. Von den Kirchenleitungen erwarten sie, dass sie ihre Verantwortung für die Welt wahrnehmen und den Bedrohungen des Lebens entschieden entgegentreten. Die Gruppen sind in der Regel handlungsorientiert und entwickeln eine Fülle von kreativen Aktionen. Sie bieten die Möglichkeit zu aktiver Partizipation: „Die Initiativgruppen führen Menschen aus den lähmenden Ohnmachtsgefühlen heraus, indem sie Ansätze möglichen und wirksamen politischen Handelns zeigen.“⁸⁷ Konfessionelle Grenzen spielen für die ökumenisch ausgerichteten Gruppen meist keine entscheidende Rolle mehr. Aus ihrer Praxis entwickeln sie neue Formen einer Spiritualität, die das Bekenntnis zum Gott des Lebens mit dem Widerstand gegen todbringende Gewalten vereinen.

Die Kirchenleitungen standen dem Engagement der Initiativgruppen zunächst abwartend bis ablehnend gegenüber, vor allem wenn sie dem konservativen Flügel des politischen Spektrums nahestanden. So entwickelte sich das Verhältnis von verfasster Kirche und Gruppen zu einem dauernden Konfliktfeld im Konziliaren Prozess. Im Kern geht es dabei um die Spannung zwischen dem Pluralismus der Volkskirche und dem Drängen auf Eindeutigkeit

in Initiativgruppen. Diese Spannung hat sowohl die Regionalen Foren in Niedersachsen bestimmt als auch die Weiterarbeit im Konziliaren Prozess.

Im Februar 1992 luden das Lutherstift in Falkenburg und der Arbeitskreis Konziliarer Prozess zu einem Forum „Kirche in Bewegung halten – Initiativgruppen in der Kirche“ ein.⁸⁸ Dr. Günther Linnenbrink, Vizepräsident des Landeskirchenamtes in Hannover, formulierte in seinem Referat notwendige „Verabredungen“ für das Verhältnis von Kirche und Gruppen. „Die Vertreter der verschiedenen Positionen müssen sich wechselseitig zugestehen, dass jeder/jede auf seine/ihre Weise ein treuer Zeuge/eine treue Zeugin des gemeinsamen Herrn sein will und wir alle miteinander in jeder Phase unserer Existenz der Vergebung Christi bedürfen.“ Im Streit um die Wahrheit, so Linnenbrink, dürfe nicht vergessen werden, „dass die Kirche Jesu Christi eine Gemeinschaft der Verschiedenen und nicht der Gleichgesinnten ist“. Der Konflikt in lebenswichtigen Fragen der Ethik solle „nicht nur widerstrebend toleriert, sondern als um der Sache willen notwendig ausgetragen werden“.⁸⁹ Pastor Herbert Dieckmann vom ÖNN verwies mit Bezug auf die Erklärung des Rates der EKD von 1990⁹⁰ darauf, dass die Kirchenleitungen die Themenbereiche Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung „als zentrale Bestandteile des Verkündigungs- und Sendungsauftrages der Kirche“ anerkennen. „Folglich muss nun ... die Gesamtkirche aus Treue zu ihrer Beauftragung auf allen Ebenen ihrer Sozialgestalt an den Themen des Konziliaren Prozesses mit Hingabe und Leidenschaft arbeiten.“⁹¹ Für das Verhältnis von Kirche und Gruppen bedeute das: „Die Beziehung zwischen der verfassten Kirche und den ökumenischen Gruppen ist nur denkbar als ein partnerschaftliches Verhältnis von gleichwertigen Gliedern einer konziliaren Kirche, die den ökumenischen Kontext als den verbindlichen Horizont ihrer heutigen christlichen Existenz begreift.“⁹²

Das spannungsreiche Verhältnis von verfasster Kirche und engagierten Gruppen im Konziliaren Prozess hat die ekklesiologische Frage nach der Kirche und ihren Sozialgestalten neu ins Bewusstsein gerückt. Der Aufruf der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver, dass die Kirchen „auf allen Ebenen“ in einem konziliaren Prozess zu einem Bund zusammenfinden sollten, hat alle Gestalten von Kirche gleichzeitig angesprochen, sich gemeinsam auf den Weg zu machen. Ulrich Duchrow nennt vier Sozialgestalten der Kirche: „Gemeinde am Ort, Nachfolgegruppen, Regionalkirche und Universalkirche“.⁹³ Alle Gestalten von Kirche seien „berufen zur Eindeutigkeit des Bekenkens und der Nachfolge Jesu Christi“.⁹⁴

„Die Beziehung zwischen der verfassten Kirche und den ökumenischen Gruppen ist nur denkbar als ein partnerschaftliches Verhältnis von gleichwertigen Gliedern einer konziliaren Kirche.“

**„Die unterschiedlichen
Sozialgestalten von
Kirche nehmen
füreinander
Stellvertreterfunktion
wahr und sind
wechselseitig
aufeinander
angewiesen.“**

Heino Falcke hat das Verhältnis von Gruppen und Kirche mit den Begriffen „Stellvertretung“ und „Angewiesensein“ beschrieben: „Die unterschiedlichen Sozialgestalten von Kirche nehmen füreinander Stellvertretungsfunktion wahr und sind wechselseitig aufeinander angewiesen.“⁹⁵ Der kirchenleitende Dienst am Zusammenhalt der Kirche bestehe darin, „den Prozess der Konfliktaustragung in der Kirche zu inszenieren“. Dabei müsse dafür gesorgt werden, „dass die Gruppen und Handlungsträger, die keinen ekklesialen Status haben, gleichberechtigt in kirchliche Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden“.⁹⁶ Die Auseinandersetzungen um die Niedersächsische Erklärung haben gezeigt, dass eben diese gleichberechtigte Einbeziehung von Gruppen in kirchliche Beratungs- und Entscheidungsprozesse auf erheblichen Widerstand gestoßen ist. Immerhin stellten die beiden Regionalen Foren ein Versuch der Kirchenleitung dar, den Prozess der Konfliktaustragung zu ‚inszenieren‘. Die Initiativgruppen, so Falcke, haben häufig „eine Impulsfunktion“: „Als Gruppen von Gleichgesinnten in relativer Unabhängigkeit haben sie am ehesten die Möglichkeit, dem Ruf Christi in das Risiko aktuellen Bekennens zu folgen. Sie werden der Kirche ihre Erkenntnis zur Prüfung vorlegen, sie fragen, ob sie nicht diese Erkenntnis teilen muss, und sie andernfalls um argumentative Widerlegung bitten.“⁹⁷ Die Gruppen könnten auch „Einübungsgemeinschaften“ sein, „die neue Lebensmöglichkeiten herausfinden und ihre Erprobung begleiten und stützen“.⁹⁸ Aus dem Konziliaren Prozess sind eine Reihe von Gemeinschaften erwachsen, die einfach, gewaltfrei, ökologisch und spirituell zu leben versuchen und sich auch politisch engagieren. Dazu gehört etwa die „Ökumenische Initiative Gorlebener Gebet“, die seit 1989 im Wald bei Gorleben – in Sichtweite des Erkundungsbergwerks für die Endlagerung von hochradioaktivem Müll – zu ökumenischen Andachten einlädt. Das Gorlebener Gebet ist Teil des Widerstands gegen die Atomanlagen im Wendland und will ermutigen zu Schritten der Umkehr. Ein Ort besonderer Bedrohung ist auf diese Weise durch Beten und Widerstehen zu einem Ort besonderer Hoffnung geworden.

Die Konflikte zwischen der verfassten Kirche und den ökumenischen Gruppen haben sich im Laufe der Jahre deutlich abgeschwächt. Das hat mehrere Gründe. Zum einen haben die Kirchenleitungen sich den Positionen der Basisgruppen teilweise angenähert, und im Konziliaren Prozess Engagierte haben kirchleitende Aufgaben übernommen. Zum andern haben nur wenige Gruppen den nötigen langen Atem behalten, um ihre Anliegen gegen alle Widerstände in die Kirchen und Gemeinden hineinzutragen. Viele Aktive haben sich

enttäuscht zurückgezogen oder in Gruppen außerhalb der Kirchen engagiert. Auch der gesellschaftliche Kontext hat sich erheblich verändert und damit die Kulturen und Handlungsweisen sozialer Bewegungen. Für sie spielt die Kirche als zivilgesellschaftlicher Akteur inzwischen eine deutlich geringere Rolle. Zudem haben sich die Formen der Kommunikation und des Protests verändert. Die Nutzung sozialer Medien hat den Zusammenschluss in Gruppen und ihre Vernetzung teilweise ersetzt.

Dennoch: Was Dr. Geiko Müller-Fahrenholz in seinem Vortrag auf dem Ökumenischen Pilgertag am 22. Mai 2000 in Nienburg sagte, behält trotz aller Veränderungen seine Gültigkeit: „Wir können uns zusammenschließen, voneinander lernen und unsere Kräfte bündeln. Manchmal werden unsere heimischen Kirchengemeinden uns dabei eine Hilfe sein, manchmal aber auch nicht. Denn leider sind unsere Kirchen immer noch in lehrmäßige Korsetts gezwängt, die neues Leben im Geist Christi erschweren. Ich denke zum Beispiel daran, dass doktrinäre Unbeweglichkeit uns immer noch daran hindert, miteinander die Eucharistie, das Abendmahl zu feiern. Daran zeigt sich, dass unsere Kirchen – als Institutionen – zu unbeweglich, zu machtzentriert sind, als dass sie unsere ‚ökodomische‘ Berufung vorantreiben könnten. Darum glaube ich, dass wir neue lokale ökumenische Gemeinschaften brauchen, in denen wir uns gegenseitig ein Zuhause bieten, uns gegenseitig bestärken und gemeinsam nach neuen und verbindlichen Wegen suchen. Diese lokalen ökumenischen Gemeinschaften verstehe ich als Knotenpunkte, die sich überallhin vernetzen können.“⁹⁹

„Wir brauchen neue lokale ökumenische Gemeinschaften, in denen wir uns gegenseitig ein Zuhause bieten, uns gegenseitig bestärken und gemeinsam nach neuen und verbindlichen Wegen suchen“

Konziliarer Prozess und Gemeinde

**Das Drängen auf
Eindeutigkeit und
Verbindlichkeit im
Konziliaren Prozess steht
in Spannung zum
Pluralismus
volkskirchlicher
Gemeinden.**

Im Konziliaren Prozess hat sich gezeigt, dass Spannungen nicht nur zwischen Kirchenleitungen und Gruppen bestanden. Auch in Ortsgemeinden wurde dem Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung häufig mit Misstrauen oder Abwehr begegnet. Manche Hauptamtliche oder Kirchenvorstände fürchteten eine Politisierung der Kirche oder auch kontroverse Debatten in der Gemeinde. Deshalb wurden engagierten Gruppen häufig keine kirchlichen Räume für ihre Zusammenkünfte oder Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Zugleich haben sich auch zahlreiche Ortsgemeinden vom Engagement der ökumenischen Gruppen anregen lassen und die Anliegen des Konziliaren Prozesses auf vielfältige Weise aufgegriffen – in Gottesdiensten, Diskussionen, Projekten oder Aktionen. In vielen Gemeinden wurden die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in die gemeindlichen Handlungsfelder integriert. Gelungen ist dies besonders in jenen Gemeinden, in denen eine Diskussions- und auch Streitkultur vorhanden ist. Ohne den ‚Blick über den Tellerrand‘ sind die Gemeinden häufig mit sich selbst beschäftigt geblieben und haben ihre Verantwortung für die Herausforderungen der Gegenwart kaum wahrgenommen.

Der Versuch, auch auf Gemeindeebene in einen „konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung (Bund) für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzutreten“ (Vancouver 1983), ist auf eine Reihe von Schwierigkeiten gestoßen:

1. Das Drängen auf Eindeutigkeit und Verbindlichkeit im Konziliaren Prozess steht in Spannung zum Pluralismus volkskirchlicher Gemeinden. Unterschiedliche politische Meinungen und Glaubensüberzeugungen stehen vielfach beziehungslos nebeneinander. Ein diskursiver und konziliarer Streit um die Wahrheit des Evangeliums in einer bedrohten Welt findet kaum statt. Häufig ist in der Gemeinde nicht einmal ein geeigneter Ort vorhanden, an dem ein solcher Streit ausgetragen werden könnte.
2. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen wächst der Trend, der Pflege des Mitgliederbestandes höchste Priorität in der Gemeindegarbeit zuzubilligen. Angebote, die Wohlbefinden und Geselligkeit fördern, scheinen die Mitglieder eher zu erreichen als das

Aufgreifen strittiger gesellschaftlicher Themen. Die Fixierung auf die Mitgliedschafts-problematik führt zu einer schleichenden Konfliktscheu, die dem Konziliaren Prozess entgegensteht.

3. Als Teil dieser Gesellschaft ist auch die Gemeinde von der Tendenz zur Individualisierung der Lebensvollzüge betroffen. Mitglieder der Gemeinde suchen sich diejenigen Angebote aus, die ihrer augenblicklichen Befindlichkeit entsprechen. Eine kollektive Identität als Gemeinde, als „Kirche für andere“ oder als „Gemeinschaft der Verschiedenen“ ist nur wenig ausgeprägt. Der Konziliare Prozess zielt aber gerade auf gemeinsame Grundüberzeugungen, auf verbindliches Handeln in der Gemeinde.
4. Der Konziliare Prozess widerspricht einem mit der parochialen Struktur der Gemeinden verbundenen Hang zum Provinzialismus und zur Ausgrenzung anderer. Das Denken in Gemeindegrenzen, die Orientierung am eigenen Kirchturm hemmt die Bereitschaft, sich als Teil der weltweiten Christenheit zu verstehen. Stattdessen bleibt die Gemeindegrenze beschränkt auf einen mehr oder weniger großen Kern der Gemeinde. Die Gemeinden tun sich schwer damit, Grenzen zu überschreiten: die Grenzen zu anderen Kirchen oder Religionen, die Grenzen zum Bereich der Politik und Wirtschaft.
5. Ob die Anliegen des Konziliaren Prozesses in einer Gemeinde aufgenommen werden, hängt vor allem davon ab, ob sich Frauen und Männer finden, die diese Arbeit tragen. Der Konziliare Prozess scheint dann nur wenig Chancen in der Gemeinde zu haben, wenn die Hauptamtlichen, vor allem die Pastor*innen, ihm ablehnend gegenüberstehen. Andererseits fühlen diese sich häufig überlastet, wenn sie sich nun auch noch mit Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung befassen sollen. Das Problem der ‚Pastor*innenkirche‘ wirkt sich also auch im Konziliaren Prozess aus. Einerseits stehen die Hauptamtlichen unter einem hohen Aktivitätsdruck. Andererseits werden die Gruppen, die sich längst diese Fragen zu eigen gemacht haben, viel zu wenig als eigenständiger Teil der Gemeinde oder zumindest als Partner akzeptiert.

**Der Konziliare Prozess
widerspricht einem mit
der parochialen
Gemeinde verbundenen
Hang zum
Provinzialismus und zur
Ausgrenzung anderer.**

Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gehören zum Profil der Gemeinde: als grundlegende Dimension des Gemeindelebens.

Trotz dieser Schwierigkeiten zeigen die Erfahrungen im Konziliaren Prozess, dass es durchaus zu einem fruchtbaren Wechselspiel von Ortsgemeinden und engagierten Gruppen kommen kann, aus dem Neues entsteht, wenn beide aufeinander bezogen bleiben. Die Chance der Ortsgemeinde besteht darin, dass sie ein überschaubarer sozialer Raum ist, an dem verschiedene Menschen, Kulturen und Wertesysteme sich begegnen können. Die Chance der Nachfolgegruppe ist die Eindeutigkeit, mit der sie verbindliches Leben und Handeln einübt und Alternativen zur herrschenden Lebenskultur aufzeigt. Die Gemeinde braucht kleine Gruppen oder Gemeinschaften, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung engagieren. Diese Gruppen wiederum brauchen die Ortsgemeinde, um in sie hineinwirken zu können und damit eine breitere Wirkung zu erzielen.

Der Konziliare Prozess muss nicht auf wenige ökumenisch Interessierte beschränkt bleiben, er kann auch zu einer Belebung und Erneuerung der Gemeinden führen. Dafür sind die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen:

1. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung gehören zum Profil der Gemeinde: nicht additiv als zusätzliche Pflicht, Alibi oder beliebiges Hobby, sondern integrativ als grundlegende Dimension des Gemeindelebens.

Die Suche nach ökumenischen Grundüberzeugungen angesichts der Bedrohungen dieser Welt muss in möglichst viele Bereiche des Gemeindelebens vordringen. Die Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung bewegen die Menschen in der Gemeinde durchaus. Aber sie werden eher am Stammtisch oder am Arbeitsplatz verhandelt als in der Kirchengemeinde. Es gilt, in der Gemeinde vorhandene Orte zu nutzen oder neue zu schaffen, um nach einer Antwort des Glaubens auf die drängenden Fragen zu suchen. Aufgabe einzelner Gruppen ist es, ihre Themen in die unterschiedlichen Bereiche der Gemeinde einzubringen. Die Ortsgemeinde sollte ein Ort des offenen Dialogs werden, an dem gemeinsam nach Orientierung gesucht wird. Sie sollte von innen und außen erkennbar sein als ein Ort, an dem die Überlebensfragen ernst genommen werden.

2. Die Chance der Gemeinde besteht darin, dass auf lokaler Ebene praktische Schritte erprobt werden können, die eine alternative Lebenskultur vorbereiten.

Die Suche nach konkreten Handlungsschritten braucht Räume, in denen sie geplant, erprobt und weiterentwickelt werden können. Die Ortsgemeinde ist ein solcher Raum, in dem Menschen lernen können, Verantwortung für den ei-genen Lebensraum zu übernehmen. Hier kann die Begegnung zwischen Menschen aus unterschiedlichen sozialen Bezügen und Kulturen eingeübt werden. Dazu ist es nötig, die aktuellen Nöte und Herausforderungen vor Ort wahrzunehmen. Die Ortsgemeinde kann der Nährboden für Gruppen sein, die sich der Gewalt gegen Asylsuchende und Fremde, dem Hass gegen Andersdenkende, den Folgen des Klimawandels oder anderen Gefahren entgegenstellen. Auch wenn diese Gruppen sicher nicht die Ortsgemeinde als ganze repräsentieren, sollten sie in ihrer Aufnahme, Begleitung und Unterstützung finden. Aufgabe der Ortsgemeinde ist es, in ihrem Bereich so vielen Initiativgruppen und ökumenischen Zellen wie möglich Raum zu eigenständiger Entfaltung zu bieten und sie z.B. im Gottesdienst miteinander zu verbinden. Im Kontext des Konziliaren Prozesses hat deshalb der Dienstgedanke neue Bedeutung gewonnen. Die Gemeinden können teilhaben am Konziliaren Prozess, indem sie freiwillige Mitarbeiter*innen mit einem konkreten Dienst für Gerechtigkeit, Frieden oder Schöpfungsbewahrung beauftragen.

Gemeinden müssen lernen, konziliar und im ökumenischen Horizont zu leben.

3. Gemeinden müssen lernen, konziliar und im ökumenischen Horizont zu leben.

Konziliarität in der Gemeinde bedeutet zunächst die aktive Partizipation möglichst vieler an der Mitverantwortung von Gemeinde. Es gilt die weitgehend nach innen gerichtete und auf den*die Pastor*in zentrierte Gemeinde zu öffnen. Zu den positiven Erfahrungen des Konziliaren Prozesses gehört, dass sich aktive Gruppen aufgrund ihres Engagements miteinander zum ersten Mal als Teil der Kirche zu verstehen gelernt haben. In der Ortsgemeinde sollte das gegenseitige Teilen und Lernen mit anderen vor Ort und weltweit geübt werden. Das bedeutet, in der Gemeinde das Gespräch mit Menschen am Rande oder außerhalb der eigenen Kirche zu suchen. Und es bedeutet, sich als Teil der weltweiten Ökumene zu verstehen. Ökumenische Begegnungen oder der ökumenische Austausch von Mitarbeiter*innen können dazu beitragen, sich selbst mit den Augen der anderen zu sehen und die Nöte der anderen zu teilen,

4. Gemeinden brauchen Gemeinschaften, in denen gemeinsam erzählt und geklagt, gebetet und gehandelt wird. Viele Gruppen des Konziliaren Prozesses haben zu einer

**Gemeinden brauchen
Gemeinschaften, in
denen gemeinsam
erzählt und geklagt,
gebetet und gehandelt
wird.**

neuen Spiritualität gefunden, in der Glaube und Weltverantwortung, Aktion und Kontemplation eng miteinander verbunden sind. Gemeinden, in denen diese Spiritualität auf das Gemeindeleben insgesamt ausstrahlt, haben deutlich an Lebendigkeit gewonnen.

Ökumenische Foren

Zu einem wesentlichen Element im Konziliaren Prozess in Niedersachsen haben sich die Ökumenischen Foren entwickelt, die der Arbeitskreis Konziliarer Prozess etwa alle zwei Jahre veranstaltet hat. Zunächst stand die Weiterarbeit im Konziliaren Prozess in Niedersachsen im Mittelpunkt, denn schon bald zeigte sich, dass aus den im vorherigen Abschnitt erläuterten Gründen die Anliegen des Konziliaren Prozesses schwieriger in die Kirchengemeinden hinein zu vermitteln waren als erwartet. Viele engagierte Gruppen arbeiteten zwar an ihren Themen weiter, hatten aber die Hoffnung verloren, die Kirchen nachhaltig verändern zu können. So dienten die Foren der vertieften Auseinandersetzung mit den drängenden Herausforderungen wie auch der Ermutigung, im Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung nicht nachzulassen.

Zielgruppe der Ökumenischen Foren waren vor allem diejenigen, die sich weiterhin im Konziliaren Prozess engagierten. Da sie in ihren Ortsgemeinden oft nur wenig Unterstützung fanden, suchten sie auf den Foren Anregungen für ihre Arbeit vor Ort und den Austausch untereinander. Damit trat allerdings der Dialogcharakter der Foren in den Hintergrund. Da sich Kritiker des Konziliaren Prozesses kaum beteiligten, blieben die Engagierten weitgehend unter sich. Sie nutzten die Foren, um sich über komplexe theologische und politische Fragestellungen zu informieren und auszutauschen.

Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess gestaltete die ökumenischen Foren im Laufe der Jahre zunehmend als Fachtagungen, die nicht mehr die ganze Breite des Konziliaren Prozesses abbilden sollten. Die Auswahl der Themen orientierte sich an dem Fortgang der ökumenischen Bewegung wie an den sich verändernden Herausforderungen. Zum Teil veranstaltete der Arbeitskreis die Foren in Kooperation mit anderen Institutionen und Einrichtungen wie der ACKN, dem Ev.-luth. Missionswerk in Niedersachsen (ELM) oder dem Haus kirchlicher Dienste in Hannover.

Auf diese Weise trugen die Ökumenischen Foren dazu bei, die Versammlungen der weltweiten Ökumene vorzubereiten und deren Ergebnisse zu rezipieren. Zugleich förderten

Die Foren dienten der vertieften Auseinandersetzung mit den drängenden Herausforderungen wie auch der Ermutigung, im Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung nicht nachzulassen.

**Wo Menschen
unversöhnt bleiben, kann
Versöhnung ein
Beschwichtigungswort
werden, um
Gerechtigkeit zu
vermeiden.**

sie die Auseinandersetzung mit Themen, die sonst kaum auf der Tagesordnung der Kirchen standen. Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess erstellte zu jedem Forum eine ausführliche Dokumentation der Vorträge, Beiträge und Ergebnisse, die von den Teilnehmer*innen für ihre Arbeit in Gruppen und Gemeinden genutzt wurden.

Im Folgenden soll in der gebotenen Kürze ein Überblick über die Foren, ihre Themen und Impulse gegeben werden.¹⁰⁰

„Versöhnung gestalten: Neue Herausforderungen sehen – andere Wege gehen“ – Ev. Jugendhof Sachsenhain, Verden 1996

Im Vorfeld von zwei ökumenischen Versammlungen (Erfurt 1996 und Graz 1997), in deren Motto jeweils das Wort „Versöhnung“ enthalten war, ging Dorothee Sölle in ihrer Bibelarbeit auf ihre Schwierigkeiten mit dem Begriff ein. Wo Menschen unversöhnt bleiben, kann Versöhnung „ein Beschwichtigungswort“ werden, „um Gerechtigkeit zu vermeiden“. Anders in der biblischen Geschichte von Jakob und Esau: „Esau vergibt dem Jakob. Er lässt sich ein auf die Geschenke, auf die Freundschaft, auf die Begleitung, zieht dann mit dem Bruder ins Land. Man könnte beinahe sagen, er tut etwas, was ich für notwendig halte in jeder wirklichen Vergebung, er betreibt Heilung der Erinnerung.“

In den Vorträgen und Arbeitsgruppen des vierten Ökumenischen Forums standen die Themen Migration und Asylsuche, Gewaltfreiheit und der verantwortliche Umgang mit Energie im Mittelpunkt. In den „Verabredungen zur Weiterarbeit im Konziliaren Prozess in Niedersachsen“ heißt es: „Der Konziliare Prozess bleibt auch in Zukunft notwendig, um in den Kirchen das Bewusstsein für die Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung wach zu halten und eine entsprechende Praxis zu gestalten. Der Konziliare Prozess dient der gemeinsamen Suche nach ökumenischen Grundüberzeugungen angesichts der globalen und lokalen Gefährdungen der Lebens, der Erneuerung der Kirchen und Gemeinden durch praktische Schritte gelebter Solidarität und Schöpfungsverantwortung, dem Dialog mit Kommunen und gesellschaftlichen Kräften (vgl. AGENDA 21) sowie der Ermutigung derer, die sich für Ge-



Abbildung 12.
„Tuch der Versöhnung“, 1997

rechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung engagieren. Dieser Prozess wirkt in die vorhandenen Strukturen der verfassten Kirchen hinein, ohne ganz in ihnen aufzugehen. Die Kirchen sollten ihn fördern als ein deutliches Zeichen ihrer Verantwortung für das Leben.“

„Unterwegs nach Graz“ – Kath. Bildungszentrum St. Clemens, Hannover 1997

Das Forum diente der Vorbereitung der II. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz im Juni 1997. Dazu waren Delegierte aus unterschiedlichen Kirchen in Niedersachsen eingeladen. Im Vorfeld wurden Gruppen und Gemeinden aufgefordert, ihre Erfahrungen von Versöhnung und Nicht-Versöhnung als Stoffbild zu gestalten. Die einzelnen Bilder wurden zu einem „Tuch der Versöhnung“ zusammengefügt und an einem Stand des Arbeitskreises während der Versammlung in Graz ausgestellt.

**„Wenn die Energiewende
politisch konsequent
verfolgt wird, ist der
Ausstieg aus der
Kernenergie innerhalb
von 15 Jahren möglich.“**

„10 Jahre unterwegs im Konziliaren Prozess“ – Haus Hessenkopf, Goslar 1998

Zu diesem Forum hatte der Arbeitskreis Konziliarer Prozess erstmals in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen (ACKN) eingeladen. Zu den Teilnehmenden gehörten auch Gäste aus der weltweiten Ökumene. Ein inhaltlicher Schwerpunkt war die gemeinsame Verantwortung für Europa im Anschluss an die II. Europäische Ökumenische Versammlung in Graz, ein anderer die Initiative „Ökumenische Pilgerwege 2000“. Den Abschluss des Forums bildete ein Hoffnungsweg durch die Innenstadt von Goslar. An mehreren Orten machten die Teilnehmer*innen Station und ließen sich informieren über soziale Nöte und mutmachende Projekte, sangen und beteten.

„Energiewende“ – Kloster Frenswegen, Nordhorn 1999

Erstmals stand bei diesem Forum mit der Energiewende nur ein Schwerpunktthema auf dem Programm. In einer Erklärung forderten die Teilnehmer*innen einen „Einstieg in die Energiewende“: „Wenn die Energiewende politisch konsequent verfolgt wird, ist der Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von 15 Jahren möglich, und gleichzeitig kann der Ausstoß des klimarelevanten Kohlendioxids um mehr als ein Drittel gesenkt werden.“ Die Kirchen wurden aufgefordert, sich für dieses Ziel politisch, aber auch praktisch beim eigenen Umgang mit der Energie einzusetzen.

„Gewalt überwinden“ – Braunschweig und Wolfenbüttel 2001

In seinem Vortrag „Elemente einer europäischen Sicherheitsarchitektur“ schilderte Egon Bahr, dass die Doktrin der Sicherheit in Amerika und Europa diametral entgegengesetzt ist. Die USA wollten ihre uneinholbare militärische Stärke zurückzugewinnen. Das europäische Modell sei dagegen der Gewaltverzicht: ein System von Verhandlungen, von kontrollierten Vereinbarungen, von Verträgen. „Das ist unsere Stärke: Verträge, Wirtschaft, Politik, Diplo-

matie, Kooperation.“ Bahr warnte davor, dass „eine langfristige Teilung der europäischen Sicherheitssphäre“ entstehen könne: „NATO und östlich der NATO“.

„Globalisierung – ein gefährliches Spiel ohne Grenzen“ – Verden 2002

Sven Giegold, Mitbegründer von Attac Deutschland, informierte über die Folgen der Globalisierung, die die Ungleichheit verstärkt, sowohl innerhalb von Ländern als auch zwischen Ländern. Sie bedroht durch wirtschaftliche Konzentrationsprozesse die Demokratie und schwächt die Möglichkeiten der Verfolgung ökologischer Ziele. Deshalb fordert Attac die Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht. Globalisierung kann zivilisiert werden. Hierfür bedarf es nationaler und internationaler Re-Regulierung. Diese kann nur erfolgen, wenn sie von der Bevölkerung gefordert wird. Giegold forderte von den Kirchen, dass sie sich stärker einbringen. „Denn trotz aller kirchlichen Sozialworte und allen Mahnens, die soziale Ungerechtigkeit auf der Welt wächst.“ In Arbeitsgruppen wurde über die Kampagnen „Saubere Kleidung“ und „Erlassjahr“ informiert.

„Krieg und Frieden“ – Haus Hessenkopf, Goslar 2003

Der Journalist Andreas Zumach bezeichnete in seinem Referat den Irak-Krieg des Jahres 2003 als den schwersten Angriff auf das Völkerrecht seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Er sei bewusst gegen den Willen der UNO geführt und einseitig mit der Präventivkriegs-Doktrin der USA begründet worden. Diese Doktrin fand auch Eingang in den Entwurf für eine EU-Verfassung. Reinhard Voß plädierte in seinem Referat für „friedenspolitische statt verteidigungspolitische Richtlinien“. Die Friedensbewegung dürfe nicht mehr nur den politischen Protest und den Aufbau von Alternativen ziviler Konfliktbearbeitung als sich ergänzende Strategien verfolgen. Sie müsse eine dritte Dimension stärker aktivieren und aktualisieren: „die Spiritualität politischer Friedens- und Versöhnungsarbeit, die Spiritualität der jesuanisch inspirierten Gewaltfreiheit, die Praxis des prophetischen Protests“.

**„Trotz aller kirchlichen
Sozialworte und allen
Mahnens, die soziale
Ungerechtigkeit auf der
Welt wächst.“**

„Auf Gewaltopfer hören – Anstöße zur Dekade zur Überwindung von Gewalt“ – Ökumenisches Zentrum St. Stephanus, Lüneburg 2004

Prof. Hans-Jürgen Benedict erinnerte in seinem Vortrag „Das Kreuz mit dem Kreuz“ daran, dass im Zentrum des Christentums eine Gewalthandlung steht: der Opfertod Christi. Die Kirche sollte das Kreuz nicht länger als Herrschaftsinstrument missbrauchen, sondern als Gedächtnis der Leidenden verstehen. Benedict plädierte dafür, das Verständnis von Gott als „allmächtigem Geschichtslenker“ zu verabschieden und ein Gottesverständnis zu stärken, „das Gott als Macht in Beziehungen entfaltet“. Roswitha Jarman, eine Quäkerin aus Großbritannien, berichtete über ihre Friedensarbeit im Nordkaukasus. Grundlage ihrer Arbeit sei „das tiefe, aktive Zuhören“: „Auf Gewaltopfer hören, das heißt für mich, auf beide, Täter und Opfer, zu hören.“ Ausführlich informiert wurde während des Forums über die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“, die der ÖRK 2001 ins Leben gerufen hat.

„Auf dem Weg nach Sibiu“ – Kath. Bildungszentrum St. Clemens, Hannover 2007

Das Forum diente der Vorbereitung der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung, die vom 4. bis 9. September 2007 in Sibiu in Rumänien stattfand. Werner Gebert kritisierte in seinem Einführungsreferat, dass es in Sibiu nur Delegierte gebe, Basisgruppen also nicht beteiligt würden: „Der Ausschluss großer Teile des Volkes Gottes ist gewollt.“ Die Teilnehmer*innen analysierten gemeinsam mit Delegierten der Versammlung die gegenwärtige Politik der EU aus christlicher Perspektive und im Hinblick auf die Themen des Konziliaren Prozesses. Ihre Ergebnisse fassten sie in drei Positionsbestimmungen zusammen und forderten die Delegierten der 3. EÖV auf, diese Anliegen des Konziliaren Prozesses in den ökumenischen Dialog in Sibiu einzubringen und zu unterstützen.



Abbildung 13. Programm des XV. Ökumenischen Forums, Hannover 2007

„Frieden auf dem Weg der Sicherheit?“ – Pavillon, Hannover 2008

In zwei Vorträgen wurde das Thema „Sicherheit“ aus psychologischer und aus theologischer Sicht beleuchtet. Der Sozialpsychologe Thomas Kliche referierte zum Thema „Zwischen Angst und Freiheit – Über die Faszination der Sicherheit“. Der Theologe Dr. Geiko Müller-Fahrenholz setzte in seinem Vortrag über „Sicherheit und Frieden – aus theologischer Sicht“ bei der grundsätzlichen Verwundbarkeit alles Lebendigen (Geschöpflichkeit) ein. Sie bedeute, dass wir endlich, unvollkommen, aufeinander angewiesen und elementar von den tragenden Kräften der Erde wie Wasser oder Luft abhängig seien. Deshalb gewinne die Frage nach Frieden und Sicherheit unter den Bedingungen selbstgemachter Endzeitlichkeit eine neue Schärfe: „Wir stehen vor der Tatsache, dass die tragenden Kräfte dieses Planeten (‘carrying capacities’) selbst verwundbar geworden sind. Die konstitutive Endlichkeit unseres Lebenssystems Erde stellt uns vor Herausforderungen, für die es in unserer Vergangenheit keine Orientierungen gibt.“ Am Schluss ging Müller-Fahrenholz auf den Zusammenhang von Gottesfrieden und Glaubensgewissheit ein: „Wir sind auf Gottes Frieden angewiesen, auch wenn die Wirklichkeit Gottes uns oft unanschaulich wird. Sicherheiten gibt es hier nicht, und wer sie verspricht, verführt Leute. Nicht ‚securitas‘ gibt es, aber doch das ständige Ringen um ‚certitudo‘, also um Glaubensgewissheit. Das ist für unsere Gemeinden, Kirchen und Gruppen immer wieder eine Herausforderung. Der Unanschaulichkeit Gottes standzuhalten, fällt schwer. Da überwiegt die Suche nach eindeutigen Antworten und überschaubaren Strukturen. Darum ziehen sich manche Gemeinden auf sich selbst zurück und blenden ökumenische Belange als zusätzliche Verunsicherungen aus.“

„Kirche des Friedens werden: gerecht, nachhaltig, gewaltfrei“ – Haus kirchlicher Dienste, Hannover 2011

Der Friedensbeauftragte der EKD Renke Brahms und andere Delegierte berichteten von der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation, die im Mai 2011 in Kingston/Jamaika stattgefunden hat. Das Fazit von Renke Brahms lautete: „1. Die Dekade zur Überwindung von Gewalt hat den Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der

**„Wir sind auf Gottes
Frieden angewiesen,
auch wenn die
Wirklichkeit Gottes uns
oft unanschaulich wird.“**

**„Es bleibt die Aufgabe,
in der Ökumene
Einigkeit und Einheit zu
finden unter dem
Leitbegriff des Gerechten
Friedens.“**

Schöpfung in viele konkrete Projekte und nachhaltige Handlungsweisen umgesetzt – das ist ihr klarer Erfolg und ihre nachhaltige Wirkung. Diesen Weg gilt es fortzusetzen. 2. Es bleibt die Aufgabe, in der Ökumene Einigkeit und Einheit zu finden unter dem Leitbegriff des Gerechten Friedens ... Hier ist noch viel theologische Arbeit zu leisten ... 3. Die Abschlusserklärung nennt das große Ausmaß der Gefahren für den Frieden und fordert, den gerechten Frieden auf die internationale Agenda zu setzen. Angesichts der Erfahrungen in Afghanistan und anderen Konfliktherden sind dringend Alternativen zu militärischen Einsätzen zu entwickeln. Dabei müssen wir uns als einzelne Christinnen und Christen und als Kirchen insgesamt in den politischen Dialog einmischen.“

„Wir lassen uns nicht spalten“ – Ökumenisches Forum zur Atommüll-Frage: Asse II, Schacht Konrad und BS-Thune – Jugendkirche, Braunschweig 2012

In Workshops und Diskussionsrunden ging es um die Gefahren, die von Atommüll-Standorten in Niedersachsen ausgehen. Durch die Kooperation mit der Jugendkirche Braunschweig hofften die Veranstalter, auch Jugendliche zur Teilnahme motivieren zu können. Dies gelang allerdings nur in bescheidenem Maße. Immerhin kamen eine Reihe von Jugendlichen mit Atomkraftgegnern der ersten Stunde ins Gespräch.

„Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“ – Kloster Frenswegen, Nordhorn 2013

Niedersächsische Delegierte der 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen berichteten über ihre Eindrücke in Busan. Der ÖRK hatte in Busan als Vision für den gemeinsamen Weg bis zur nächsten Vollversammlung 2020 eine „Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens“ beschlossen. Im Anschluss an das Forum rief der Arbeitskreis Konziliarer Prozess dazu auf, sich diese Vision auch in Niedersachsen zu eigen zu machen: „Unser Pilgerweg hat ein Woher und ein Wohin. Er fragt nach den Herausforderungen unserer Tage: nach

dem, was wir überwinden und hinter uns lassen müssen. Er führt uns an Orte, wo Konflikte, Ungerechtigkeit und die Zerstörung der Schöpfung offen zutage treten. Er führt uns aber hoffentlich auch zu Orten, wo die Früchte unseres bisherigen Weges schon keimen und etwas von Gottes Friedenswillen für die Welt sichtbar wird. Auf unserem Pilgerweg wollen wir uns neu vergewissern, welchen Weg uns der Gott des Lebens weist.“¹⁰¹

„Gewaltfrei für den Frieden. Die militärische Logik überwinden“ – Auferstehungsgemeinde, Hannover-Döhren 2016



Abbildung 14. Mitglieder des Arbeitskreises Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung mit den Referenten, (v.l.n.r.): Erika Tipke, Stefan Maaß, Tobias Schäfer-Sell, Jan Gildemeister, Hermann de Boer, Lutz Krügener, Susanne Bergengruen, Andreas Riekeberg, Christa Duesberg

In ihrer Friedensdenkschrift von 2007 spricht sich die EKD für die „vorrangige Option für Gewaltfreiheit“ aus, hält aber den „rechtserhaltenden militärischen Gewaltgebrauch“ als letztes Mittel für legitim, um gegen Verbrechen wie Völkermord oder ethnische Vertreibung vorzugehen. Jan Gildemeister, Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den

konkrete Schritte, um „Kirche des gerechten Friedens“ zu werden

Frieden (AGDF) forderte in seinem Vortrag das Eintreten für eine gewaltfreie Konflikttransformation ohne Wenn und Aber. „Es gibt keine wissenschaftlichen Beweise, dass militärische Interventionen in der Vergangenheit zu einer längerfristigen Gewaltminderung in Krisenregionen beigetragen haben.“ Stefan Maaß, Friedensbeauftragter der Ev. Landeskirche in Baden, schilderte den umfassenden friedensethischen Diskussionsprozess in seiner Landeskirche, der zu konkreten Schritten geführt habe, um „Kirche des gerechten Friedens“ zu werden. In Arbeitsgruppen formulierten die Teilnehmer*innen ihre Erwartungen, wie das Friedensthema auch in den Kirchen Niedersachsens dauerhaft verankert werden kann.

„Zukunft: Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung?“ – Martin-Luther-Gemeinde, Hannover-Ahlem 2018

30 Jahre nach den ersten Versammlungen im Konziliaren Prozess in Niedersachsen hat der Arbeitskreis Dr. Mirjam Laaser, Prof. Dr. Marco Hofheinz und Prof. Dr. Niko Paech eingeladen, jeweils in einer „Zeitansage“ zu den Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu formulieren, welche Bedrohungen heute unseren Glauben und unser Handeln herausfordern. Dr. Laaser ging in ihrer Zeitansage aus von Gerechtigkeit als „relationalem Begriff“, der ein gegenseitig verbindendes Verhalten bezeichne. Gerechtigkeit „zielt auf soziale, materielle und symbolische Kommunikation ab, in deren Mittelpunkt die Lebensmöglichkeiten der Menschen stehen. Damit ist das Wohlbefinden der Marginalisierten das entscheidende Kriterium für Gerechtigkeit ... Es geht um Rehabilitation/Wiedereinsetzung eines Menschen in sein Netz sozialer Beziehungen. Gerechtigkeit bezeichnet in diesem Sinne einen Möglichkeitshorizont, verbürgt durch eine Hoffnung, die aus der Zukunft auf uns zukommt.“

Prof. Hofheinz erinnerte an die „positive Utopie“ in Jesaja 2,2-5: „Es handelt sich um einen prophetischen Gegenentwurf zu einer Welt sich bekriegender Mächte, in der es um menschliche Machtentfaltung geht. In dieser Vision lässt sich Gott eben nicht machtpolitisch vereinnahmen. Er spricht über alle Völker Recht und wird so von allen Machtansprüchen seines eigenen Volkes getrennt und von allen Völkern anerkannt.“ Hofheinz zitierte den Alttes-

tamentler Rainer Albertz, der in diesem Text „eine wunderbare göttliche Friedensvermittlung“ sieht, „eine Art himmlischer UNO in Jerusalem, die mit ihrer gelingenden Mediation alle Schwierigkeiten und Misserfolge unserer irdischen UNO weit hinter sich lässt.“

Dr. Paech ging in seiner Darstellung einer „Postwachstumsökonomik“ davon aus, dass „die Wahrung der Schöpfung den Abschied vom Wachstumsdogma voraussetzt“. In seinem Vortrag entwickelte er vier Thesen:

- „Die Wahrung der Schöpfung (= nachhaltige Entwicklung) ist keine Kunst des zusätzlichen Bewirkens, sondern des ersatzlosen Unterlassens.
- Wer angesichts unverrückbarer planetarischer Grenzen einen Überschuss ‚gerecht‘ verteilen will, dessen Entstehung nicht gerecht sein kann, weil er auf der Plünderung beruht, führt den Gerechtigkeitsanspruch ad absurdum.
- Nachhaltige Entwicklung lässt sich nur anhand der ökologischen Gesamtbelastung individueller Lebensführungen bemessen und nicht an einzelnen Projekten, Produkten, Politikinstrumenten oder Technologien.
- Die Politik scheidet als Akteur eines reduktiven Wandels vorerst aus.“

Pastorin Renate Höppner aus Magdeburg brachte in ihrer Predigt im Abschlussgottesdienst die Frage nach Vergangenheit und Zukunft des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auf die bündige Formel „Erinnern, um Zukunft zu finden“.

„Erinnern, um Zukunft zu finden“

Ökumenische Pilgerwege mit dem Fahrrad

Das Pilgern als alte christliche Tradition ist schon seit längerer Zeit wiederentdeckt worden und erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. Im Blick auf die bevorstehende Jahrtausendwende entstand in den Kirchen Europas die Vision einer ökumenischen Pilger-Bewegung, die in der Initiative „Pilgrimage 2000+“ konkrete Gestalt annahm. Im Jahr 2000 führten Pilgerwege von Nord nach Süd und von Ost nach West durch ganz Europa, von Trondheim in Norwegen bis nach Santiago de Compostela ganz im Westen Spaniens.

ein sichtbares Zeichen der Hoffnung setzen

Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess und das Ökumenische Netz in Niedersachsen haben diese Idee frühzeitig aufgegriffen und zu einer Ökumenischen Pilgerfahrt entlang der Weser vom 14. bis 22. Juli 2000 eingeladen. Auf diese Weise sollte das Pilgern mit den Anliegen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung verbunden werden. Die Initiator*innen wollten ein sichtbares Zeichen der Hoffnung setzen, indem sie das Bemühen um eine zukunftsfähige Gesellschaft mit der Suche nach einer lebendigen Spiritualität verknüpften.

Das Pilgern erfolgte mit dem Fahrrad. Die Hauptroute orientierte sich am Weser-Radweg und verlief in zwei Richtungen: Ausgangspunkt im Süden war die Stadt Hannoversch Münden, wo Fulda und Werra zur Weser zusammenfließen. Im Norden begann die Pilgerfahrt auf beiden Seiten der Weser in Dorum bzw. Nordenham. Von Süden und von Norden führten die Routen bis nach Nienburg (Weser), wo ein ökumenischer Pilgertag den gemeinsamen Abschluss bildete. Die Ev. Jugend hat parallel zur Fahrradrouten eine Kanupilgerfahrt von Hannoversch Münden bis Nienburg organisiert. Auf der Etappe von Loccum nach Nienburg wurde zusätzlich ein zweitägiger Pilgerweg zu Fuß angeboten.

In seiner Begrüßung der Pilgerinnen und Pilger in Hannoversch Münden erläuterte Dr. Günther Overlach, einer der Initiatoren, die beiden Elemente der Pilgerfahrt: „Als Pilger begeben wir uns in diesen Tagen ganz bewusst auf die Suche nach uns selber, wir öffnen



*Abbildung 15.
U-Boot Bunker Valentin in Farge,
2000*

uns für die Mitfahrenden und wir wollen offen sein für Gott, die Quelle und das Ziel unseres Lebens, allen Lebens. Beim Pilgern ist der Weg das Ziel, die Erfahrungen auf dem Weg verändern uns und beschenken uns ... Diese Pilgerfahrt ist aber auch eine Wallfahrt, da sie ein Ziel hat, genauer: etliche Ziele. Wir werden an Orte leidvoller Gegenwart und Geschichte kommen, an denen die Bedrohungen von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung sichtbar

werden. Auch an Orte der Hoffnung mit zukunftsweisenden Projekten. Und an Orte der Vergewisserung im Glauben, wie sie schon immer Ziele von Wallfahrten waren: zu Kirchen und Klöstern, in denen die Gegenwart Gottes seit Jahrhunderten erfahren wurde.⁴¹⁰²

*Abbildung 16.
Vor dem
Scheunenviertel in Schlüsselburg
auf der Pilgerfahrt 2000*



Das Echo auf die Einladung zur Ökumenischen Pilgerfahrt entlang der Weser war überwältigend. Von Hannoversch Münden aus beteiligten sich 60 Frauen, Männer und Kinder mit Fahrrädern sowie 60 Jugendliche mit Kanus. In Dorum starteten 40 Pilger*innen, in Nordenham 22 Personen. An dem Pilgerweg von Loccum nach Nienburg beteiligten sich 15 Personen. So kamen zum abschließenden Pilgertag in Nienburg am 22. Juli rund 200 Pilger*innen zusammen, außerdem zahlreiche Interessierte aus Nienburg und Umgebung sowie eine Gruppe von 20 Jugendlichen aus der jüdischen Gemeinde in Witebsk, der Partnerstadt Nienburgs in Belarus.

Aus dem Pilgertagebuch vom 21. Juli 2000: „Glockengeläut empfing uns in der Pfarre St. Michael, irrtümlicherweise, denn es stellte sich heraus, dass der Kirchenvorstand ganz andere

Pilger erwartete! Macht nichts! Wir radelten weiter nach St. Martin – Verteilung auf die Quartiere, d.h. auch, die paar Kilometer weiterradeln zur Kreuzkirche; und hier – ist ein ‚Bienenhaus‘. Doch Frau de Boer mit ihren Helferinnen behält die Übersicht. Pilger, Pilger, nichts als Pilgerinnen und Pilger, nein: auch noch eine beachtliche Gruppe junger jüdischer Belorussinnen und Belorussen.“¹⁰³

In seinem Vortrag auf dem Ökumenischen Pilgertag am 22. Juli 2000 bezeichnete Dr. Geiko Müller-Fahrenholz die Bewohnbarkeit der Erde als das vorrangige Ziel. Ökumene, Ökonomie und Ökologie, die sich alle vom griechischen Wort „oikos“ für „Haus“ oder „Haushalt“ ableiteten, „müssen zusammenfinden und ein gemeinsames Bild von dem einen Haushalt des Lebens erarbeiten und dann eben auch gestalten.“ Die Ökumene müsse sich als „eine Ökumene der Erde“ begreifen lernen, die ihren Beitrag leiste, „damit die Erde bewohnbar bleibt“. „Bisher hat die Menschheit immer wieder versucht, die Erde zu beherrschen und ‚in den Griff zu bekommen‘, als wäre sie eine feindselige und bedrohliche Macht. In Zukunft wird es darauf ankommen, die Erde zu bewahren und feinfühlig mit ihren Kräften umzugehen; denn sie ist unsere Heimat und kann nur unser Zuhause bleiben, wenn wir ihre Belastbarkeit und Tragfähigkeit nicht überstrapazieren. Dazu gehört, dass wir Menschen ernst mit der Einsicht machen, dass diese Erde begrenzt und eben nicht unerschöpflich, dass sie zerstörbar und eben nicht unverwüstlich ist.“¹⁰⁴

Nach den außerordentlich positiven Rückmeldungen der Teilnehmer*innen entschlossen sich der Arbeitskreis Konziliarer Prozess und das Ökumenische Netz in Niedersachsen, vom 23. bis 29. Juni 2002 eine zweite Pilgerfahrt mit dem Fahrrad durchzuführen. Dieses Mal gehörten auch die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Niedersachsen und das Bistum Osnabrück zu den Veranstaltern. Unter dem Motto „Schöpfung bewahren“ führte diese Pilgerfahrt von Oldenburg auf zwei Routen durch das Emsland bis nach Nordhorn. Die Resonanz war wiederum sehr groß: ¹⁰⁵ Frauen, Männer und Kinder im Alter von 12 bis 76 Jahren nahmen an der Pilgerfahrt teil.

Aus einer Pilgerfahrt, die ursprünglich nur für das Jahr 2000 geplant war, wurde aufgrund des anhaltenden Interesses der Teilnehmer*innen eine regelmäßige Einrichtung. Alle zwei Jahre fanden weitere Pilgerfahrten mit dem Fahrrad statt. Unter dem Motto „Grenzerfah-

„In Zukunft wird es darauf ankommen, die Erde zu bewahren und feinfühlig mit ihren Kräften umzugehen.“

ungen“ führte die dritte Pilgerfahrt 2004 von Lüneburg durch das Wendland bis nach Salzwedel. Mit Grenze war zum einen die menschenverachtende Grenze zwischen Ost und West gemeint. Zum andern ging es auch darum, die Grenzen zu bedenken, die um des Lebens zukünftiger Generationen willen zu beachten sind und mit der Nutzung der Atomenergie überschritten wurden.

Die vierte Ökumenische Pilgerfahrt führte unter dem Motto „Zwischen Kloster und KZ“ 2006 rund um den Harz. Zu den Stationen gehörten die bedeutenden Stiftskirchen in Bad Gandersheim und Gernrode ebenso wie die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora bei Nordhausen.

Unter dem Motto „Ora et labora – Arbeit im Wandel der Zeit“ stand im Mittelpunkt der fünften Ökumenischen Pilgerfahrt 2008 das Thema Arbeit: Arbeit als Projekt beim Bau der Dome und Kirchen, Arbeit als Mittel zur Selbständigkeit und Freiheit oder als Zwang. Stationen

Abbildung 17.
Antikriegshaus in Sievershausen,
2012



waren die Ausstellung zur Zwangsarbeit im VW-Werk und das Konzentrationslager Bergen-Belsen, aber auch das Energieprojekt einer Schule in Gifhorn und die Jugendwerkstatt in Celle.

2010 folgte die sechste Ökumenische Pilgerfahrt von Bremen nach Hamburg, die unter dem Motto „Hören“ stand. Zu Hörerlebnissen wurden die täglichen Andachten wie die kleinen Kirchen des Alten Landes mit ihren Arp-Schnitger-Organen und die Fahrten auf den Deichen des Elbe-Weser-Dreiecks.

Die siebte Ökumenische Pilgerfahrt führte 2012 rund um Hannover, das Motto lautete „Aufbruch und Einkehr“. Ausgangspunkt war die ev.-ref. Kirche in Hannover, Zielort die Michaeliskirche in Ronnenberg. Dazwischen lagen weitere Kirchen sowie die Gedenkstätten in Hannover-Ahlem und das Antikriegshaus in Sievershausen.

Die achte und letzte Ökumenische Pilgerfahrt mit dem Fahrrad fand 2014 von Goslar nach Uelzen statt, ihr Motto: „Wege – Irrwege – Irre Wege“. Stationen waren u.a. der Schacht Asse II, in dem radioaktiver Müll eingelagert ist, und das Missionszentrum in Hermannsburg.

Nach 15 Jahren und acht Pilgerfahrten hielten die Veranstalter den Zeitpunkt für gekommen, dieses erfolgreiche Projekt zu beenden. Denn im Laufe der Jahre hatte sich der Kreis der Teilnehmer*innen deutlich verkleinert. Manche konnten sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr beteiligen, neue Teilnehmer*innen waren zuletzt kaum noch hinzugekommen. Möglich waren diese aufwändigen Pilgerfahrten mit dem Fahrrad nur durch das große ehrenamtliche Engagement derer, die sie vorbereitet, gestaltet und geleitet haben: Susanne Bergengruen, Christa Duesberg, Gerhild und Wolfgang Kramer, Dr. Günther Overlach, Joachim Zierau und viele andere.

Nach 15 Jahren und acht Pilgerfahrten hielten die Veranstalter den Zeitpunkt für gekommen, dieses erfolgreiche Projekt zu beenden.

Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens: Pilgerwege in Niedersachsen

„Diese Vollversammlung ruft euch auf, euch unserer Pilgerreise anzuschließen.“

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat auf seiner 10. Vollversammlung 2013 in Busan/Südkorea die Christ*innen in der Welt aufgerufen zu einer „Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens“: „Wir leben in einer Zeit globaler Krisen. Wir sind konfrontiert mit wirtschaftlichen, ökologischen, soziopolitischen und spirituellen Herausforderungen ... Wir wollen uns neu dazu verpflichten, für Befreiung zu arbeiten und in Solidarität zu handeln. Möge das erleuchtende Wort Gottes uns auf unserer Reise leiten. Wir wollen den Weg gemeinsam fortsetzen. Herausgefordert durch unsere Erfahrungen in Busan rufen wir alle Menschen guten Willens dazu auf, ihre von Gott gegebenen Gaben für Handlungen einzusetzen, die verwandeln. Diese Vollversammlung ruft euch auf, euch unserer Pilgerreise anzuschließen. Mögen die Kirchen Gemeinschaften der Heilung und des Mitgefühls sein, und mögen wir die gute Nachricht aussäen, damit Gerechtigkeit gedeihen kann und Gottes tiefer Frieden auf der Welt bleibe.“¹⁰⁵

Die Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens ist die Vision für den gemeinsamen Weg, den der ÖRK bis zu seiner nächsten Vollversammlung 2021 gehen will. Diese Pilgerreise führt den Weg weiter, den die Kirchen in den 1980er Jahren im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung begonnen haben.

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung hat dazu aufgerufen, sich auch in Niedersachsen auf den Weg einer Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens zu machen. Pilgerwege, jeweils an einem Tag, sollen an die Orte führen, wo Konflikte, Ungerechtigkeit und die Zerstörung der Schöpfung offen zutage treten. Sie führen aber auch zu Orten, wo schon jetzt etwas von Gottes Friedenswillen für die Welt sichtbar wird. Pilgern in diesem Sinne ist ebenso spirituell wie politisch. Es fordert heraus zu Veränderungen im eigenen Leben, in den Kirchen und in der Gesellschaft.

Bisher haben folgende Pilgerwege in Niedersachsen stattgefunden:

- Pilgerweg „Dem Leiden nachgehen“ von Bremervörde nach Sandbostel mit einem Rundgang auf dem Gelände der Gedenkstätte Lager Sandbostel (1. Oktober 2016)
- Pilgerweg „Wachet und Betet“ von Groß Denkte zur Schachtanlage Asse II mit Teilnahme an der Ökumenischen Asse-Andacht vor den Toren der Schachtanlage (18. Juni 2017)
- Pilgerweg „Beten und Widerstehen“ von Gedelitz nach Gorleben mit Teilnahme am Gorlebener Gebet an den Kreuzen (15. Oktober 2017)
- Pilgerweg in Salzgitter: Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte - Ausländerfriedhof Jammertal – Schachtanlage Konrad (21. April 2018)
- Pilgerweg von Unterlüß zum Werksgelände von „Rheinmetall Waffe Munition“ (8. Mai 2018)

Der Arbeitskreis Konziliarer Prozess hat sich auch beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung von zwei Ökumenischen Pilgerwegen für Klimagerechtigkeit. 2015 hat ein ökumenisches Bündnis aus Landeskirchen, Diözesen, christlichen Entwicklungsdiensten, Missionswerken und Verbänden zu einem internationalen Pilgerweg zur Welt-Klimakonferenz in Paris eingeladen. An die Konferenzteilnehmer*innen richteten sich die Forderungen der Pilger*innen:

- Ein rechtlich verbindliches und faires Klimaabkommen – Jetzt!
- Gerechte, ehrgeizige und dauerhafte Klimaschutzmaßnahmen.
- Eine deutliche Erhöhung der finanziellen Mittel für Anpassung und Klimaschutz.

Der Weg von Flensburg nach Paris wurde in Etappen eingeteilt, von denen der Arbeitskreis die Etappen von Hamburg nach Bremen und von Bremen nach Osnabrück geplant

**Pilgern ist ebenso
spirituell wie politisch.
Es fordert uns heraus zu
Veränderungen im
eigenen Leben, in den
Kirchen und in der
Gesellschaft.**

Abbildung 18. Pilgergruppe beim
Ökumenischen Pilgerweg für Klima-
gerechtigkeit 2015 in Buxtehude



und organisiert hat. Zum Pilgerweg gehörten ökumenische Andachten und Besuche von „Kraftorten“ und „Schmerzpunkten“ entlang des Weges.

Auch am 3. Ökumenischen Pilgerweg für Klimagerechtigkeit von Bonn nach Berlin zur 24. Klimakonferenz in Katowice hat sich der Arbeitskreis beteiligt. Gemeinsam mit anderen Einrichtungen wurden die Tagesetappen auf der Strecke von Bad Pyrmont bis nach Königs-
lutter vorbereitet und gestaltet.

Kirche des Friedens, der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung werden

Weil wir aus dem Licht der Liebe Gottes und in seinem Frieden leben, setzen wir uns als Kirche für gerechten Frieden ein: Für das friedliche Zusammenleben aller Menschen im Einklang mit der Schöpfung.¹⁰⁶ Diese Sätze stehen am Beginn des Wortes der Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, das diese im November 2016 beschlossen hat. Diese Erklärung bezieht sich ausdrücklich auf den Aufruf der Vollversammlung des ÖRK in Busan zu einem „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ und stellt eine späte Frucht des Konziliaren Prozesses dar, ohne diesen allerdings zu erwähnen. An den Konziliaren Prozess erinnert, dass hier ein Begriff von „Frieden“ zugrunde gelegt wird, „der weit über politische und militärische Vorstellungen hinausweist und im biblischen Sinne des ‚Schalom‘ eine umfassende Bewahrung der Schöpfung und eine gerechte Verteilung der Lebensressourcen für alle Menschen umschließt“.¹⁰⁷ Was im Streit um die Niedersächsische Erklärung 1990 noch von Teilen der Landessynode als „Schalom-Theologie“ abgelehnt wurde, weil sie der Zwei-Reiche-Lehre widerspreche, hat endlich auch Eingang in kirchliche Verlautbarungen gefunden.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass wesentliche Anliegen des Konziliaren Prozesses auch von der Kirche als Institution aufgenommen worden sind. Vermutlich ist dies den heute handelnden und entscheidenden Personen in den Kirchen kaum noch bewusst, weil die Dokumente wie auch die Streitpunkte des Konziliaren Prozesses weitgehend in Vergessenheit geraten sind. Auch das Leitbild des gerechten Friedens, dem sich die Kirchen in Deutschland verpflichtet sehen, ist ohne den Konziliaren Prozess nicht denkbar.

**Wesentliche Anliegen
des Konziliaren Prozesses
sind auch von der Kirche
als Institution
aufgenommen worden.**

**Aus dem Konziliaren
Prozess, der auf ein
Konzil oder eine
Weltversammlung
zuläuft, sind
unterschiedliche
konziliare Prozesse
geworden.**

Bemerkenswert im Wort der Hannoverschen Landessynode ist auch, dass sie positiv auf das große Engagement an der Basis der Kirche Bezug nimmt: „Als Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers sind wir dankbar für die vielfältigen Schritte zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, die in den Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, Sprengeln und Einrichtungen unserer Landeskirche schon geschehen. Sie sollen verstärkt und ins Zentrum des kirchlichen Bewusstseins und Handelns gerückt werden.“¹⁰⁸

Als konkreten Schritt auf dem Weg zu einer „Kirche des gerechten Friedens“ hat die Landessynode beschlossen, einen Fonds „Friedenswege“ einzurichten, „der das Ziel hat, in verschiedenen Regionen der Landeskirche ‚Begegnungsorte‘ auf dem Weg des Friedens zu etablieren, an denen exemplarische Friedensarbeit stattfindet, die in Kirchengemeinden und Kirchenkreise ausstrahlt“.¹⁰⁹

Der Konziliare Prozess ging ursprünglich von der Vision aus, dass die christlichen Kirchen auf die globalen Bedrohungen eine gemeinsame und verbindliche Antwort finden. Diese Hoffnung auf ein weltweites Konzil der Christenheit, auf ein kraftvolles Friedenszeugnis aller Kirchen hat sich nicht erfüllt. Auch die Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul konnte diesem Anspruch nicht gerecht werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Anliegen des Konziliaren Prozesses erledigt wären. Allerdings haben sich die Formen, in denen sich dieser Prozess weiterentwickelt, verändert. An die Stelle des einen Wortes, „das die Welt nicht überhören kann“, sind zahlreiche Worte der Kirchen getreten, die sich an der Thementrias „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ orientieren. Aus dem Konziliaren Prozess, der auf ein Konzil oder eine Weltversammlung zuläuft, sind unterschiedliche konziliare Prozesse geworden, in denen die Kirchen um ihre Positionen zu einem gerechten Frieden im Einklang mit der Schöpfung ringen und diese dann auch in konkrete Schritte umsetzen.

Diese Entwicklung entspricht dem Bedeutungsverlust der Kirchen in der Gesellschaft, der in den zurückliegenden Jahren deutlich erkennbar ist. Heute wäre die Erwartung, dass die Kirchen ein Wort sprechen, das unmittelbar in die Welt hineinwirkt und Veränderungen bewirken kann, kaum noch vorstellbar. Die Kirchen stellen neben den anderen Weltreligionen

und einem breiten Spektrum säkularer Organisationen nur einen Teil der globalen Zivilgesellschaft dar, wenn auch weiterhin einen wichtigen. Entscheidend wird sein, dass die Kirchen und die ökumenische Bewegung dem „oikos“, also dem „ganzen Erdkreis und denen, die darauf wohnen“, zugewandt bleiben. Andernfalls kämen die Kirchen ihrem öffentlichen Auftrag nicht mehr nach. Der Ökumene würde eine Verengung auf das Verhältnis der Kirchen untereinander und auf ein konfessionelles Profilierungsstreben drohen.

Die grundlegende Einsicht des Konziliaren Prozesses, dass Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung untrennbar zusammenhängen, ist vielfach innerhalb wie außerhalb der Kirche aufgegriffen und weitergeführt worden. Diese Wirkungen stellen ohne Zweifel eine Erfolgsgeschichte dar. So endet die Schlusserklärung der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 mit den Worten: „Frieden, Entwicklung und Umweltschutz hängen voneinander ab; sie lassen sich nicht trennen.“¹¹⁰ Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die 2016 beschlossen wurde, nennt 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung („Sustainable Development Goals“, SDGs), die einen universellen Frieden festigen sollen. Im ersten Satz der Präambel wird als übergreifendes Ziel festgehalten: „Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“¹¹¹ Diese „Säkularisierung“ der Themen des Konziliaren Prozesses, also ihre Bearbeitung auch außerhalb kirchlicher Strukturen, „ist nicht etwa ein Unglück für die Kirchen. Im Gegenteil, sie ist Teil ihres Erfolges.“¹¹²

Ein Beispiel unter vielen, das zeigt, wie Themen des Konziliaren Prozesses außerhalb kirchlicher Strukturen konkret umgesetzt wurden, ist das „Forum Ziviler Friedensdienst“, das 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet wurde als Reaktion auf die Balkankriege. Angestoßen auch durch die Debatten im Rahmen des Konziliaren Prozesses über die zivile Konfliktbearbeitung als Alternative zum Primat des Militärischen ist eine Organisation entstanden, die Friedensfachkräfte ausbildet und in Konfliktregionen einsetzt.

Aus christlicher Sicht ist der innere Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung in der biblischen Grundorientierung auf den Schalom begründet und ins Zentrum kirchlicher Weltverantwortung gerückt. „Die in der christlichen ökumeni-

**Die grundlegende
Einsicht des Konziliaren
Prozesses, dass
Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der
Schöpfung untrennbar
zusammenhängen, ist
vielfach aufgegriffen und
weitergeführt worden.**

**Der Konziliare Prozess
hat Bewegung in die
Kirche gebracht und sie
verändert. Aber eine
radikale Umkehr konnte
er nicht bewirken.**

schen Diskussion bekräftigte Trias von ‚Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung‘ benennt die entscheidenden Wertorientierungen, an denen sich eine neue Weltordnung ausrichten muss, wenn sie lebensfähig und nachhaltig sein soll.“¹¹³

Auch Papst Franziskus hat in seiner Enzyklika „Laudato si“ ihre zentrale Bedeutung herausgestellt: „Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung sind drei absolut miteinander verbundene Themen, die nicht getrennt und einzeln behandelt werden können, ohne erneut in Reduktionismus zu verfallen. Alles ist aufeinander bezogen, und alle Menschen sind als Brüder und Schwestern gemeinsam auf einer wunderbaren Pilgerschaft, miteinander verflochten durch die Liebe, die Gott für jedes seiner Geschöpfe hegt und die uns auch in zärtlicher Liebe mit ‚Bruder Sonne‘, ‚Schwester Mond‘, Bruder Fluss und Mutter Erde vereint.“¹¹⁴

Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung bleiben zentrale Anliegen aller christlichen Konfessionen. Dem Konziliaren Prozess, besonders auch in Niedersachsen, ist es jedoch nicht gelungen, die Kirchen – bei aller Übereinstimmung im Einzelnen – in diesen grundlegenden Fragen zu vereinen. Diese Engführung zu überwinden, bleibt eine Aufgabe der Zukunft.

Der Konziliare Prozess hat Bewegung in die Kirche gebracht und sie verändert. Aber eine radikale Umkehr konnte er nicht bewirken. Viele der Herausforderungen, die den Konziliaren Prozess vor mehr als 30 Jahren ins Leben gerufen haben, bestehen auch weiterhin und haben sich – wie der Klimawandel zeigt – noch verschärft. Die alles entscheidende Frage, ob unsere Erde noch zu retten ist, ist nach wie vor unbeantwortet. Darum gilt es, „das Unabgeholte der Vision des Konziliaren Prozesses wach zu halten und in vorrangigen Verpflichtungen für Gewaltfreiheit, für die Armen und für bedrohte Mitgeschöpfe geltend zu machen“.¹¹⁵

Anhang

Veröffentlichungen des Arbeitskreises Konziliarer Prozess

Faltblätter und Broschüren

- Weiterarbeit im Konziliaren Prozess in Niedersachsen, 1991.
- Erfahrungen und Perspektiven im Konziliaren Prozess, 1992.
- Gemeinsam auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – Eine Positionsbestimmung, Hannover 2010.
- Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens. Eine ökumenische Perspektive – auf für Niedersachsen, 2013.

Dokumentationen der Ökumenischen Foren

- „Versöhnung gestalten. Neue Herausforderungen sehen – andere Wege gehen“, 16.–18.2.1996, Ev. Jugendhof Sachsenhain, Verden.
- „Ökumenisches Forum für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, 25.–26.9.1998, Haus Hessenkopf, Goslar.
- „Energiewende“, 7.–9.5.1999, Kloster Frenswegen, Nordhorn.
- „Gewalt überwinden“, 24.–26.8.2001, Braunschweig/Wolfenbüttel.

- „Globalisierung – ein gefährliches Spiel ohne Grenzen“, 2.11.2002, Verden.
- „Krieg und Frieden“, 24.–25.10.2003, Haus Hessenkopf, Goslar.
- „Auf Gewaltopfer hören“, 30.10.2004, Ökumenisches Zentrum St. Stephanus, Lüneburg.
- „Auf dem Weg nach Sibiu“, 12.5.2007, Kath. Bildungszentrum St. Clemens, Hannover
- „Frieden auf dem Weg der Sicherheit?“, 26.9.2008, Pavillon, Hannover
- „Kirche des Friedens werden: gerecht, nachhaltig, gewaltfrei“, 16./27.9.2011, Haus kirchlicher Dienste, Hannover.
- „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“, 16.11.2013, Kloster Frenswegen, Nordhorn.
- „Gewaltfrei für den Frieden – Die militärische Logik überwinden“, 3.9.2016, Auferstehungsgemeinde, Hannover-Döhren.
- „Zukunft: Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung?“ – 17.11.2018, Martin-Luther-Gemeinde, Hannover-Ahlem.

Dokumentationen der Ökumenischen Pilgerfahrten mit dem Fahrrad:

- Ökumenische Pilgerfahrt entlang der Weser 14.–22.7.2000.
- „Schöpfung bewahren“ – II. Ökumenische Pilgerfahrt 23.–29.6.2002.
- „Grenzerfahrungen“ – III. Ökumenische Pilgerfahrt von Lüneburg nach Salzwedel, 11.–18.7.2004.
- „Zwischen Kloster und KZ“ – IV. Ökumenische Pilgerfahrt rund um den Harz, 22.–30.7.2006.
- „Ora et labora – Arbeit im Wandel der Zeit“ – V. Ökumenische Pilgerfahrt von Magdeburg nach Verden entlang der Aller, 12.–19.7.2008.

- „Hören“ – VI. Ökumenische Pilgerfahrt von Bremen nach Hamburg, 26.6.–3.7.2010.
- „Aufbruch und Einkehr“ – VII. Ökumenische Pilgerfahrt rund um Hannover, 21.–29.7.2012.
- „Wege – Irrwege – Irre Wege“ – VIII. Ökumenische Pilgerfahrt von Goslar nach Uelzen, 2.–9.8.2014.

Veröffentlichungen des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen

Netzbrief Nr. 1–43, 1985–2010.

Anmerkungen

Das verwendete ungedruckte Material entstammt dem Privatarchiv des Verfassers.

- ¹ Arbeitskreis Konziliarer Prozess, Gemeinsam auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – Eine Positionsbestimmung, Hannover 2010.
- ² Bonhoeffer, Dietrich, Kirche und Völkerwelt, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Auf dem Weg zu einem Konzil des Friedens. Texte und Dokumente, Berlin 1986, S. 10.
- ³ Zentralaussschuss des ÖRK, Beschluss von Canterbury 1969, in: Anti-Rassismus Programm der Ökumene, epd dokumentation, Bd. 5, Witten, Berlin 1971, S. 26.
- ⁴ Ebd., S. 28.
- ⁵ Ebd., S. 32.
- ⁶ Vgl. Stellungnahme des Rates der EKD zur Erneuerung des Mandats für das Programm zur Bekämpfung des Rassismus vom 12. Juli 1974, in: Die Denkschriften der EKD, Band 1/1, Gütersloh 1978, S. 242.
- ⁷ Frieden wahren, fördern und erneuern. Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1981, S. 43.
- ⁸ Ebd., S. 58.
- ⁹ Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche. Eine Erklärung des Moderaments des Reformierten Bundes, Gütersloh 1982, S. 27.
- ¹⁰ Zitiert nach Huber, Wolfgang, Folgen christlicher Freiheit, Neukirchen-Vluyn 1983, S. 255.
- ¹¹ Meadows, Dennis u.a., Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972, S. 17.
- ¹² Ökumenische Initiative Eine Welt – OIEW, in: Ökumenisches Netz in Deutschland, Mitgliedsgruppen des ÖNiD, Bad Hersfeld o.J.
- ¹³ Zit. nach Huber, Wolfgang, Hans-Richard Reuter, Friedensethik, Stuttgart 1990, S. 161.
- ¹⁴ Zit. nach ebd., S. 163f.
- ¹⁵ Botschaft der 4. Vollversammlung des ÖRK, Uppsala 1968, zit. nach Krüger, Hanfried, Ökumenischer Katechismus, Frankfurt am Main 1985, S. 65.
- ¹⁶ Zit. nach Huber, Reuter (Anm. 13), S. 165.
- ¹⁷ Erklärung zu Frieden und Gerechtigkeit, in: Baltruweit, Fritz und Johanna Linz, Jesus Christus – Das Leben der Welt, VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983, Hannover o.J., S. 43.
- ¹⁸ Bonhoeffer (Anm. 2), S. 10.
- ¹⁹ Coenen, Lothar, Wolfgang Traumüller (Hg.), Ökumenischer Rat der Kirchen, Vancouver 1983. Zeugnisse, Predigten, Ansprachen, Vorträge, Initiativen von der 6. Vollversammlung des ÖRK (BeihÖR 48), Frankfurt/Main 1984, S. 203ff.
- ²⁰ Ebd., S. 116.
- ²¹ Zit. nach Duchrow, Ulrich, Ökumene versus kapitalistisches Imperium: Der Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Befreiung der Schöpfung, in: Link, Hans-Georg, Geiko Müller-Fahrenholz (Hg.), Hoffnungswege, Frankfurt am Main 2008, S. 300.
- ²² Falcke, Heino, Über die Mauer hinweg miteinander unterwegs. Die ökumenische Bewegung und die Kirchen in der DDR, in: Link, Müller-Fahrenholz (Anm. 21), S. 106.
- ²³ epd-Dokumentation 45/1982, S. 16f.
- ²⁴ Huber (Anm. 10), S. 262.

- ²⁵ Ebd., S. 263.
- ²⁶ Duchrow (Anm. 21), S. 303.
- ²⁷ Coenen, Lothar (Hg), *Unterwegs in Sachen Zukunft. Das Taschenbuch zum konziliaren Prozeß*, Stuttgart/München 1990, S. 88.
- ²⁸ von Weizsäcker, Carl Friedrich, *Die Zeit drängt. Eine Weltversammlung der Christen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung*, München 1986, S. 11.
- ²⁹ Coenen (Anm. 27), S. 91.
- ³⁰ Materialdienst der Ökumenischen Centrale 1988/IV, S. 1.
- ³¹ Ebd.
- ³² Wort der Ökumenischen Versammlung, in: epd-Dokumentation Nr. 21/1989, S. 1.
- ³³ Falcke, Heino, *Bedeutung und Deutungen der Ökumenischen Versammlung der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*, in: Ders., *Einmischungen. Aufsätze, Reden und Vorträge aus 40 Jahren*, Leipzig 2014, S. 191.
- ³⁴ Ebd., S. 194.
- ³⁵ Kunter, Katharina, *Erfüllte Hoffnungen und zerbrochene Träume. Evangelische Kirchen in Deutschland im Spannungsfeld von Demokratie und Sozialismus (1980–1993)*, Göttingen 2006, S. 58.
- ³⁶ Duchrow (Anm. 21), S. 310.
- ³⁷ Das Schlussdokument von Basel, in: epd-Dokumentation Nr. 24/1989, § 45, S. 11.
- ³⁸ Botschaft an die Christen Europas, in: Ebd., S. 28.
- ³⁹ Das Schlussdokument von Basel (Anm. 37), § 39, S. 9f.
- ⁴⁰ Ökumenischer Rat der Kirchen, *Die Zeit ist da. Schlussdokument & andere Texte*, Genf 1990, S. 5.
- ⁴¹ Botschaft der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, Seoul 1990, in: epd-Dokumentation Nr. 16/1990, S. 6f.
- ⁴² Ebd.
- ⁴³ von Weizsäcker, Carl Friedrich, in: Coenen (Anm. 27), S. 250.
- ⁴⁴ Botschaft der 10. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes, Winnipeg 2003, in: Kairos Europa e.V., *Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens. Von Winnipeg 2003 über Accra 2004 nach Porto Alegre 2006*, Heidelberg 2005, S. 15f.
- ⁴⁵ Generalversammlung des Reformierten Weltbundes, Accra 2004, in: Ebd., S. 20f.
- ⁴⁶ Zentralausschuss des ÖRK, *Rahmenkonzept für die Dekade zur Überwindung von Gewalt*, Genf 1999, in: Käßmann, Margot, *Gewalt überwinden. Eine Dekade des Ökumenischen Rates der Kirchen*, Hannover 2000, S. 153.
- ⁴⁷ Ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden, Genf 2011, in: epd-Dokumentation 23/2011, S. 22.
- ⁴⁸ Linz, Johanna, *Faltblatt „Initiative für ein Ökumenisches Netz in Niedersachsen“*, o.O. 1984.
- ⁴⁹ Ökumenisches Netz in Baden für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung, in: Duchrow, Ulrich, *Weltwirtschaft heute – Ein Feld für bekennende Kirche?* München 1986, S. 304.
- ⁵⁰ *Einladung zum Treffen in Hannover-Wettbergen*, o.O. 1985.
- ⁵¹ *Pressemitteilung vom Netztreffen in Garbsen*, o.O. 1985.
- ⁵² de Boer, Hermann, in: *Netzbrief*, Februar 1994.
- ⁵³ *Pressemitteilung des ÖNN*, 2010 (unveröffentlicht).
- ⁵⁴ *Erstmals erschienen in: Ev. Frauenhilfe in Deutschland e.V., Arbeitshilfe zum Weitergeben Nr. 2 April 2002: Gewalt überwinden. Dekade 2001-2010*, S. 33f.
- ⁵⁵ *Vorbereitungskreis Ökumenische Versammlung Niedersachsen (Hg.)*, Dokumentation, Hannover 1988, S. 10.

- ⁵⁶ Ebd., S. 17.
- ⁵⁷ Ebd., S. 100.
- ⁵⁸ Einladung zu einem Regionalen Forum in Niedersachsen, o.O. o.J.
- ⁵⁹ Vgl. Verabredungen auf dem Regionalen Forum in Niedersachsen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung am 4./5.11.1988, in: Dokumentation (Teil I), Hannover o.J., S. 4ff.
- ⁶⁰ Evangelische Zeitung, 20. November 1988.
- ⁶¹ Vorbereitungskreis Regionales Forum Niedersachsen (Hg.), Niedersächsische Erklärung zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Hannover 1990, Abs. 1.
- ⁶² Ebd., Abs. 5.
- ⁶³ Ebd., Abs. 8.
- ⁶⁴ Ebd., Abs. 9.
- ⁶⁵ Ebd., Abs. 10.
- ⁶⁶ Ebd., Abs. 11.
- ⁶⁷ Ebd., Abs. 16.
- ⁶⁸ Ebd., Abs. 25.
- ⁶⁹ Ebd., Abs. 53.1.
- ⁷⁰ Ebd., Abs. 68.
- ⁷¹ Vgl. Vereinigung „Lebendige Volkskirche“ e.V., Heft 2/91.
- ⁷² Ebd., S. 4.
- ⁷³ Rüttgart, Jan Olaf, Niedersächsische Erklärung wie eine Klage-mauer, in: MAGOK Heft 3+4 (1991), S. 15.
- ⁷⁴ Ebd., S. 18.
- ⁷⁵ Ebd., S. 21.
- ⁷⁶ Landeskirchliches Archiv Hannover, Aktenstück Nr. 27 der 21. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers: Bericht des Landeskirchenamtes über den konziliaren Prozess, S. 5.
- ⁷⁷ Ebd., S. 7.
- ⁷⁸ Becker, Ulrich, Was wäre unsere Kirche ohne konziliaren Prozess?, in: MAGOK Heft 3+4 (1991), S. 26.
- ⁷⁹ Ebd., S. 31.
- ⁸⁰ Niedersächsische Erklärung (Anm. 61), Abs. 69.
- ⁸¹ Arbeitskreis Konziliarer Prozess, Weiterarbeit im Konziliaren Prozess in Niedersachsen, o.O. 1991.
- ⁸² Arbeitskreis Konziliarer Prozess, Erfahrungen und Perspektiven im Konziliaren Prozess, o.O. 1992.
- ⁸³ Dokumentation III. Ökumenisches Forum, o.O. 1993.
- ⁸⁴ Ebd.
- ⁸⁵ Arbeitskreis Konziliarer Prozess, Gemeinsam auf dem Weg zu Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – Eine Positionsbestimmung, Hannover 2010.
- ⁸⁶ de Boer, Hermann, Rede auf dem Ostermarsch Hannover 2017, <https://frieden-hannover.de/rede-von-hermann-de-boer-beim-ostermarsch-2017-in-hannover/> (Stand 14.11.2020).
- ⁸⁷ Falcke, Heino, Kirchen im Friedensbund Gottes – Ekklesiologische Aspekte des Friedensauftrags der Kirchen heute, in: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Anm. 2), S. 74.
- ⁸⁸ Lutherstift in Falkenburg, falkenburger blätter 12: Kirche in Bewegung halten, Ganderkesee 1992.
- ⁸⁹ Ebd., S. 16f.
- ⁹⁰ Vgl. Die Kirche im konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (EKD-Texte 33), Hannover 1990.
- ⁹¹ falkenburger blätter 12 (Anm. 88), S. 23.
- ⁹² Ebd., S. 27.
- ⁹³ Duchrow (Anm. 49), S. 246.

⁹⁴ Ebd., S. 248.

⁹⁵ Falcke (Anm. 87), S. 76.

⁹⁶ Ebd., S. 77.

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Ebd., S. 76.

⁹⁹ Dokumentation „Ökumenische Pilgerfahrt entlang der Weser“, o.O. 2000, S. 86.

¹⁰⁰ Die Zitate der folgenden Abschnitte sind der jeweiligen Dokumentation eines Forums entnommen, siehe dazu die Liste der Veröffentlichungen des Arbeitskreises Konziliarer Prozess, Dokumentationen der Ökumenischen Foren im Anhang.

¹⁰¹ Arbeitskreis Konziliarer Prozess, Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens. Eine ökumenische Perspektive – auch für Niedersachsen, o.O. 2013.

¹⁰² Dokumentation „Ökumenische Pilgerfahrt entlang der Weser“ (Anm. 99), S. 13f.

¹⁰³ Ebd., S. 47f.

¹⁰⁴ Müller-Fahrenholz, Geiko, Wie kann es weitergehen?, in: Ebd., S. 79ff.

¹⁰⁵ Botschaft der 10. Vollversammlung des ÖRK 2013, in: Link, Hans-Georg, Dagmar Heller, Konrad Raiser, Barbara Rudolph (Hg.), Busan 2013. Offizieller Bericht der 10. Vollversammlung des ÖRK, Leipzig/Paderborn 2014, S. 63.

¹⁰⁶ Aktenstück Nr. 73A der 25. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers: Auf dem Weg zu einer „Kirche des gerechten Friedens“, S. 2, https://www.landeskirche-hannovers.de/dam-files/default/evlka/wir-ueber-uns/landessynode/synode_25/siebte-tagung-25-landessynode/Aktenstuecke/Nr_73A.pdf-742b4e03c9be48fc33259d452191a8ee.pdf (Stand 14.11.2020).

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Ebd., S. 4.

¹⁰⁹ Aktenstück Nr. 73 B der 25. Landessynode der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers: Bericht des Ausschusses für Mission und Ökumene, S. 2, https://www.landeskirche-hannovers.de/dam-files/default/evlka/wir-ueber-uns/landessynode/synode_25/achte-tagung-25-landessynode/Aktenstuecke/Nr_73B.pdf-91d2f177ce01593df5d1881b7dc6bd15.pdf (Stand 14.11.2020).

¹¹⁰ Zit. nach Ökumenischer Informationsdienst 110 (2016), S. 7.

¹¹¹ Zit. nach Ökumenischer Informationsdienst 113 (2017), S. 8.

¹¹² Schindehütte, Martin, Den „Konziliaren Prozess“ weiterdenken? Zielbestimmung und öffentliche Wahrnehmung der Denkschrift, Manuskript des Vortrags auf der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum, 2.–4. Juni 2008, Manuskript, S. 4.

¹¹³ Raiser, Konrad, Religion – Macht – Politik. Auf der Suche nach einer zukunftsfähigen Weltordnung, Frankfurt/Main 2010, S. 21.

¹¹⁴ Papst Franziskus, *Laudato si*, Rom 2015, Abs. 92.

¹¹⁵ Falcke (Anm. 22), S. 109.



Hermann de Boer hat sich über viele Jahre aktiv am Konziliaren Prozess in Niedersachsen beteiligt. Als Gemeindepastor in Reinstorf, Garbsen und Nienburg (Weser) hat er die Eine-Welt- und Friedensarbeit gefördert, als Dozent am Lutherstift in Falkenburg war er u.a. für die Begleitung ökumenisch engagierter Gruppen in der Kirche zuständig. Als Superintendent des Kirchenkreises Ronnenberg war ihm die Auseinandersetzung der Kirche mit gesellschaftspolitischen Themen ein wichtiges Anliegen. Die großen Versammlungen im Konziliaren Prozess 1988 hat er als Mitglied des Ökumenischen Netzes in Niedersachsen mit vorbereitet. Von 1992 bis 2018 war er Vorsitzender des Arbeitskreises Konziliarer Prozess der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen.

In seinem Buch stellt Hermann de Boer die Hintergründe, Ziele und Anliegen des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung dar und geht den Hoffnungen nach, die viele mit diesem Prozess verbunden haben, und den Enttäuschungen, die nicht ausgeblieben sind. Im Mittelpunkt stehen die Entwicklungen in Niedersachsen: die ökumenischen Versammlungen und Foren, die Spannungen zwischen der verfassten Kirche und den Initiativgruppen, das Pilgern mit dem Fahrrad und zu Fuß an Hoffnungs- und Schmerzorte. So entsteht das Bild einer Bewegung, die die Kirche verändert hat.